



Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 24 — Folge 32

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 11. August 1973

C 5524

Karlsruher Gericht verbietet Maulkorb

Wer für die deutsche Einheit in Freiheit eintritt, erfüllt ein oberstes Gebot unseres Grundgesetzes

Die Sache

mit dem Kaktus...

KREFELD — Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe habe eindeutig klargestellt, daß auch der Grundvertrag keine Grundlage dafür abgibt, durch entsprechende gesetzliche oder verwaltungsmäßige Maßnahmen, Äußerungen, die der „DDR“ unerwünscht sind, zu unterbinden. Entsprechendes gelte auch für das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. Auch die Bildung von Vereinigungen, die der anderen Seite wegen ihres Programms unerwünscht sind, könne, solange sie sich an die grundgesetzliche Ordnung halten, nicht an die Zügel genommen werden, wenn der Vertragspartner ihre Ziele und Propaganda als mit dem Inhalt und dem Geist der Verträge unvereinbar angreift und verlangt, daß sie wegen angeblicher Einmischung in die inneren Verhältnisse der „DDR“ verboten werden.

Unter Hoffnung auf den eindeutigen Text des Karlsruher Urteils wies der Chefredakteur des Ostpreußenblattes, Wellem, am letzten Wochenende auf dem Jahreshaupttreffen der Insterburger in deren Patenstadt Krefeld darauf hin, daß diese Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts auch hinsichtlich der Forderungen der polnischen Presse nach einem Verbot der Vertriebenenorganisationen und ihrer Presse volle Gültigkeit haben müsse.

Das Karlsruher Urteil habe, wie eine Berliner Zeitung treffend feststellte, eindeutig die Position jener Kräfte gestärkt, die die Einheit in Freiheit als deutsche Existenzfrage erkannt haben und die übertriebenes Wohlverhalten gegenüber Moskau und Ost-Berlin als lebensgefährlichen Verstoß gegen dieses oberste Gebot jeder deutschen Politik verurteilen.

E. B.



Die Richter von Karlsruhe bei der Bekanntgabe ihrer Entscheidung

Foto dpa

H. W. — Joseph Goebbels, Hitlers Propagandaminister, dem man Kenntnis seines Meisters ebenso nachsagte wie die Fähigkeit, auf alles eine Antwort zu haben, wurde einmal mit der Frage konfrontiert, ob es nicht auch für die Propaganda ausweglose Situationen gebe. Gewiß, so antwortete er, gebe es solche Fälle.

„Stellen Sie sich doch einmal folgende Situation vor: Da findet ein Fest statt — in einem Schloß, in einem besonders schönen Saal. Die Kerzen brennen. Er ist festlich gerichtet und Blumen stehen überall. Die Gäste sind hervorragend ausgewählt und von besonderer Qualität. Der Frack dominiert und die Gesellschaftsroboten der Frauen sind wunderbar. In der Ecke des Saales konzertiert eine diskrete Musik. Erstklassige Künstler. Plötzlich steht irgendwo ein Mann auf — geht in die Mitte des Saales — läßt plötzlich die Hosen herunter und setzt auf das herrliche Parkett einen riesigen Kaktus. — Glauben Sie, diese Sache ist mit Propaganda zu erledigen? Nein, da ist gar nichts zu wollen. Der ist nun einmal da, und man kann ihn mit den besten Redensarten nicht entlernen. Da kann man nur hoffen, daß irgend etwas passiert, daß das Schloß einstürzt, daß der Blitz einschlägt. Irgend etwas Neues, etwas anderes, was die Leute ablenkt und was noch furchtbarer ist als das, was eben passierte.“

Oberst Martin, bis Mitte 1944 Verbindungs-offizier des OKW beim Reichspropagandaminister, erzählt uns diese amüsant-„anrühige“ Geschichte („Unser Mann bei Goebbels“, Volk-Verlag, Neckargemünd 1973), mit der ihm der Minister eingestand, daß es Situationen gibt, denen man sozusagen machtlos vis-à-vis steht. Und das wollte bei Goebbels schon sehr viel heißen.

Diese Geschichte scheint uns irgendwie geeignet, im Falle Steiner/Wienand angezogen zu werden. Da brauchte zwar niemand mehr auf Parkett zu gehen, doch könnte irgendwer darauf gehofft haben, daß „irgend etwas passiert, irgend etwas Neues, das die Leute ablenkt“. Nun, Goebbels meinte, das Schloß habe einstürzen oder der Blitz habe hineinfahren können. In Bonn tat man es billiger. Gerade als es um die konkrete Frage ging, woher denn Steiner die unbestritten existenten 50 000 Mark wohl gehabt haben kann und ob er diesen Betrag — wie von ihm behauptet — von Karl Wienand erhalten hat, da passierte etwas Neues: nämlich die Geschichte mit Herbert Wehners Panzerschrank. Funk und Fernsehen, die Presse aller Schattierungen, kurzum alles war mobil. Bis sich herausstellte, daß kein Agent des „Rechtskartells“ sich daran zu schaffen gemacht, die festgestellten Kratzer vielmehr älteren Datums waren und mit einem Einbruchversuch in keinem Zusammenhang standen. Jedenfalls, die Leute waren abgelenkt, und es war — um den makabren Vergleich heranzuziehen, ein neuer Kaktus auf das Bonner Parkett gesetzt.

Doch der reichte nicht aus. Bald war die Luft wieder klar. Und wieder stand die Frage im Raum: woher stammen denn nun eigentlich die 50 000 Mark? Dumme Frage? Wieso? Darum handelt es sich doch letztlich und das müßte doch herauszukommen sein.

In der Sache selbst konzentriert man sich auch in Bonn auf diskrete Musik. Erstklassige Künstler. Man achtet auf das Parkett — und dennoch konnte man nicht verhindern, daß wieder einmal ein Kaktus gepflanzt wurde. Diesmal wurde das Gewächs durch das Wochenblatt „Die Zeit“ serviert. Dort will ein ungenannter Autor wissen, daß es der sowjetische Geheimdienst war, der dem Steiner die 50 000 Mark gegeben hat. Damit ist nun wieder „etwas Neues, etwas anderes da, was die Leute ablenkt und was noch furchtbarer ist als das, was eben passierte“. Eben war es noch der (inzwischen ad absurdum geführte) Einbruchversuch, jetzt sollen es die Russen sein, die Steiner bestochen haben.

Was wird da nicht noch alles passieren, damit eben nichts passiert; damit nicht festgestellt wird, woher der Steiner das Geld denn nun wirklich gehabt hat. Wenn das so weitergeht, dann wird — man gestatte diesen Vergleich — in den nächsten Wochen und Monaten in Bonn eine prächtige Kakteenzucht erblühen. In dem Sinne, daß immer wieder etwas Neues passiert, was die Leute ablenkt und was noch furchtbarer ist als das, was eben passierte.

Nun, wir finden, was so an Kakteen herumsteht, das reicht vollends. Man sollte nun mit Ablenkungsmanövern jeder Art aufhören und sich der Kernfrage zuwenden: Hat Karl Wienand dem Herrn Steiner 50 000 Mark gegeben? Darum geht es. Um viel, viel Geld und nicht um Kakteen.

Es geht auch um die Auslegung der Ostverträge

Das Deutsche Reich besteht fort — Das Karlsruher Urteil zum Grundlagenvertrag

Bonn — Zum großen Leidwesen aller auf die Wahrung der Rechtstitel in der Deutschlandfrage bedachten politischen Kräfte, insbesondere auch der vertriebenen Deutschen, haben es die berufenen Organe, die Parteien des Bundestages und die Länder seinerzeit unterlassen, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Feststellung zu beantragen, ob die mit Moskau und Warschau abgeschlossenen Verträge, insbesondere hinsichtlich der die Grenzfragen betreffenden Passagen, mit dem Grundgesetz vereinbar sind oder ob sie gegen das Grundgesetz verstoßen. Hätten sie einen solchen Antrag gestellt, so würde Karlsruhe mit Sicherheit ebenso wie jetzt im Falle des Antrages der Bayerischen Landesregierung betreffend den Grundlagenvertrag mit der „DDR“ zu dem Schluß gekommen sein, daß auch die Ostverträge, so wörtlich im Karlsruher Urteil, „in der sich aus Gründen ergebenden Auslegung mit dem Grundgesetz vereinbar seien.“

Auf die Begründung des Urteils wäre es auch in diesem Falle entscheidend angekommen. Die Verfassungsrichter gehen mit ihrer Feststellung, daß der Grundlagenvertrag mit dem Grundgesetz vereinbar sei, davon aus, daß der Vertragsinhalt doppeldeutig und somit unterschiedlich auslegbar sei. Sie folgern, daß nur die Auslegung seitens der Bundesregierung, nicht die kontroverse Auslegung seitens der „DDR“ den verfassungsgemäßen Charakter des Vertrages ausweisen könne. Der gleiche Schluß gilt auch für die Ostverträge. Im Falle des Grundvertrages ist Bonn und im Falle eines entsprechenden Urteils über die Ostverträge wäre Bonn nach Maßgabe dieses höchstrichterlichen Urteils daran gebunden, die deutsche Auslegung auch gegenüber den östlichen Vertragspartnern und der internationalen Öffentlichkeit nachhaltig zu vertreten und die Vertragsfolgen diesen verfassungsrechtlichen Kriterien zu unterwerfen.

Auch ohne einen ausdrücklichen Rechtsakt des Bundesverfassungsgerichtes ergeben sich somit, abgeleitet aus der Begründung des Urteils vom 31. Juli d. J., eine Fülle von Bezugspunkten für die Auslegung der Ostverträge und ihre Auswirkungen. Im wesentlichen handelt es sich um folgende grundlegende Feststellungen der Urteilsbegründung:

1. „Das Deutsche Reich besteht fort und ist rechtsfähig, auch wenn es zur Zeit selbst nicht handlungsfähig ist.“ Daß das Reich „in den Grenzen von 1937“ gemeint ist, ergibt sich aus den in der Begründung zitierten früheren Feststellungen des Bundesverfassungsgerichtes zu dieser Frage. Schlußfolgerung: Die Bundesrepublik Deutschland ist „teilidentisch“ mit dem Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“. Kein Verfassungsorgan darf die Wiederherstellung der nationalen Einheit als politisches Ziel aufgeben. Alle Organe sind gemäß Auftrag des Grundgesetzes verpflichtet, „den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten“.

2. Deutsche, die im Reichsgebiet wohnten oder wohnen, bleiben „deutsche Staatsangehörige“, auch wenn ihnen ein anderer Staat (Sowjetunion, Polen, „DDR“) diese Staatszugehörigkeit aberkennt. Schlußfolgerung: Der Regierung der Bundesrepublik Deutschland obliegt die Schutzpflicht für alle deutschen Staatsangehörigen, ohne Ansehung von Grenzen. Sie hat „ihre Stimme zu erheben, ihren Einfluß geltend zu machen. Sie hat einzutreten für die Interessen der deutschen Nation“ und „jedem einzelnen Deutschen Hilfe zu leisten“, der sich an eine ihrer Dienststellen wendet. Auf den ostdeutschen Teil der Bevölkerung bezogen, heißt das, daß der Bundesregierung auch die Schutzpflicht

für die vertriebenen Deutschen und für die in den Ostgebieten verbliebenen Deutschen obliegt. Das gilt sowohl für das Recht auf Freizügigkeit wie für die Wahrung der Bürger- und Menschenrechte.

3. „Grenzen“ im Sinne des Grundlagenvertrages sind nach Ansicht der Verfassungsrichter nicht die Grenzen des Deutschen Reiches, sondern „staatsrechtliche“ Grenzen von der Qualität etwa der Ländergrenzen innerhalb der Bundesrepublik. Diese Feststellung der Karlsruher Richter gründet sich auf die im Grundlagenvertrag sowie in den Ostverträgen verankerten Vorbehalte hinsichtlich der ehemaligen Alliierten für „Deutschland als Ganzes“ und hinsichtlich der früher abgeschlossenen West- und Ostverträge, so vor allem des Deutschlandvertrages vom Jahre 1955. Es fällt allerdings auf, daß die Karlsruher Richter in diesem Zusammenhang zwar hinsichtlich des Wiedervereinigungsgebots auf Absatz 2 Art. 7 des Deutschlandvertrages verweisen, den Absatz 1, demzufolge die endgültige Grenzregelung einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland vorbehalten bleiben sollte, nicht zitieren.

Die positiven Merkmale der Begründung des Karlsruher Urteils haben gleichwohl lebhaftes Interesse in politischen Führungskreisen der Vertriebenen ausgelöst. BdV-Präsident Czaja stellte in einer Presseerklärung fest, daß dieses Urteil „weittragende Folgen auch für das Verhältnis zu Warschau und für die Rechtslage der Vertriebenen haben“ werde, so vor allem hinsichtlich der Schutzpflicht für alle Deutschen, für die Geltendmachung der deutschlandpolitischen Rechtstitel seitens der Vertriebenen und für die in Karlsruhe noch anstehenden Privatklagen im Zusammenhang mit dem Moskauer und Warschauer Vertrag. Clemens J. Neumann



**AUS
ALLER
WELT**

Dänische Jusos gegen NATO

Niels Enevoldsen, Vorsitzender der dänischen Jungsozialisten, ließ die deutschen Juso-Führer wissen, er hoffe auf dem nächsten Parteitag der dänischen Sozialdemokraten einen „Anti-NATO-Beschluß“ durchzusetzen. Gegen die NATO wolle er auch mit den Jungkommunisten „wie bei unserer leider fehlgeschlagenen Kampagne gegen den EWG-Beitritt“ zusammenarbeiten. In der Haltung zur NATO gibt es zwischen den Jusos in der Bundesrepublik und den dänischen Genossen keine Meinungsverschiedenheiten.

Aktionen der vereinigten Linken

Für die Zeit vom 25. bis 29. Oktober plant die Initiative „Weg mit den Berufsverböten“ eine Aktionswoche. In Mainz wurden bei einem Treffen Pläne von 40 örtlichen Ausschüssen koordiniert. Auf Bundesebene wirken VDS, SHB, Spartakus, Jungdemokraten, SDAJ, Bund demokratischer Wissenschaftler und andere zusammen. Jungsozialisten wollen sich „als Einzelpersonen“ im Universitätsbereich engagieren, ebenso DGB-Funktionäre in Ortsausschüssen. An Schwerpunkten sind Hearings geplant. Über einen „Marsch nach Bonn“ wird noch diskutiert.

Gaullisten in Finanznot

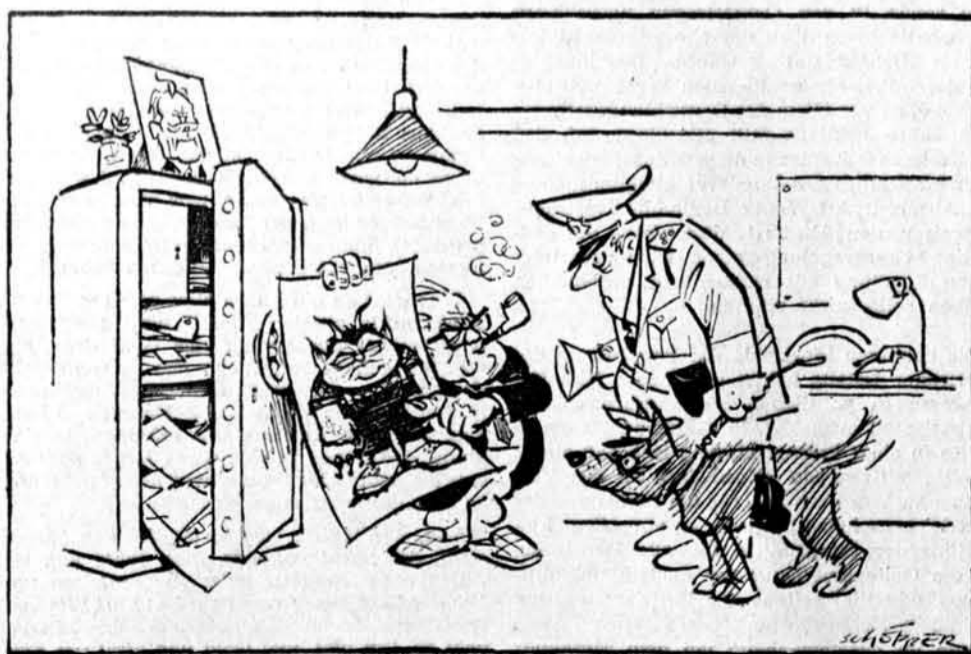
Die französischen Gaullisten stecken in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten, da der Wahlkampf zur Nationalversammlung zu Jahresbeginn die Parteikassen leerte, weniger Spenden einkamen und auf eine linke Propaganda geantwortet werden muß, die aus dem Vollen schöpft. Einschneidende erste Maßnahme der Gaullisten: Verdoppelung der Mandatsträgerabgabe von 200 auf 400 Franks monatlich an die Partei.

Jusos machen FDJ Freude

Die Juso-Delegation beim Jugendfestival scheint der gastgebenden FDJ sehr viel Freude zu machen. Nachdem es sich Juso-Chef Roth schon nicht hat nehmen lassen, die Delegation der Jungen Union zu kritisieren, hat sein Stellvertreter Loke Mernitzka in einem Fernsehinterview (3. WDR-Pogramm) seine Eindrücke geschildert: „Ich glaube, daß es sehr viele gibt, die einsehen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland unter sehr vielen schwierigeren Bedingungen, wie es sich von hier aus darstellt, für den demokratischen Sozialismus kämpfen, für demokratische Formen im Staat überhaupt“. Diese Äußerung unterscheidet sich in nichts von Erklärungen kommunistischer SDAJ-Funktionäre, die ebenfalls die Ansicht vertreten, daß in der Bundesrepublik erst einmal „demokratische Formen im Staat überhaupt“ eingeführt werden müßten und daß dies äußerst schwierig sei. Der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende hat offenbar nicht nur den kommunistischen Sprachgebrauch übernommen, sondern auch den Inhalt. Die FDJ wird also die Juso-Funktionäre bei ihren Diskussionen nicht mehr beaufsichtigen müssen.

Deutlich wird an diesem Zitat auch, daß von einer gemeinsamen Basis der Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien nicht mehr gesprochen werden kann, wenn der Juso-Vorsitzende Roth die Hinweise der Jungen Union auf die Unfreiheit im Ostblock als „missionarisch“ bezeichnet. Eine mögliche enge Kontaktpflege zwischen Jusos und FDJ im Anschluß an das Festival dürfte nicht ohne Folgen für die innerparteiliche Entwicklung der SPD sein und — solange die SPD Regierungspartei ist — auch innenpolitische Folgen haben.

Wie ANDERE es sehen:



„Natürlich habe ich keine Vermutung, aber ...“ Zeichnung aus „Kölnische Rundschau“

Warschau:

Kaum mehr als 5000 Juden in Polen

Gierek sucht „Makel des Antisemitismus“ zu beseitigen

Der polnische Parteichef Gierek macht nach Ansicht westlicher Beobachter Anstrengungen, um den „Makel des Antisemitismus“ zu beseitigen, mit dem die Volksrepublik besonders seit der Zeit des Gomulka-Regimes behaftet ist. Auf Betreiben des früheren polnischen Innenministers und „Partisanen“-Chefs Moczar hatte Warschau nach 1967 unter dem Namen des „Antizionismus“ eine scharfe antisemitische Kampagne durchgeführt, die zum Exodus von Tausenden polnischer Staatsbürger jüdischer Herkunft bzw. mosaischen Glaubens geführt hatte. Die Juden waren zur Auswanderung gezwungen worden, weil man sie — soweit sie Mitglieder der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“ waren — aus der Partei stieß und ihnen in jedem Falle die Möglichkeit nahm, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie wurden nach völliger Enteignung in der Regel „nach Wien“ abgeschoben, von wo aus sie sich entweder nach Israel oder nach Amerika bzw. in andere europäische Länder — besonders nach Dänemark — begaben. Der frühere Parteichef Gomulka selbst hatte die antisemitischen Aktionen — zuletzt auch durch eine Hetzrede in Kattowitz — nachhaltig unterstützt, um sich die politische Hilfe der „Partisanen“ zu sichern. Von Wien aus hatte Simon Wiesenthal die neue antisemitische Welle in der Volksrepublik Polen gebrandmarkt. Auch israelische und amerikanische Massenmedien hatten das Vorgehen des Gomulka-Regimes scharf verurteilt. Nach dem „Machtwechsel“ in Warschau im Dezember 1970 hat der neue Parteichef Gierek die unter Gomulka und Moczar eingeleitete und partiell durchgeführte antisemitische Aktion unterbunden.

In diesem Jahr wurde nun auf Veranlassung Giereks des Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gedacht, indem vor allem in der Warschauer Philharmonie eine Stunde des Gedenkens an das jüdische Martyrium anberaumt wurde. Das Partei-Zentralorgan „Trybuna Ludu“ veröffentlichte einen Artikel des jetzigen „Partisanen“-Chefs Wronski, der dazu bestimmt war, den „Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“ (ZBOWID), der sich besonders aktiv an den antisemitischen Maßnahmen beteiligt hatte, zu „entlasten“. Wronski machte zugleich den Versuch, den von jüdischen Historikern — u. a. von dem Geschichtsschreiber des Warschauer Ghettos, Dr. Emanuel Ringelblum, — erhobenen Vorwurf zurückzuweisen, die polnische Bevölkerung habe sich während des Zweiten Weltkrieges in ihrer Mehrheit an den Judenverfolgungen beteiligt, und besonders die polnischen „Partisanen“ hätten den sich im Warschauer Ghetto verteidigenden Juden jedwede nachhaltige Unterstützung verweigert. In der „Trybuna Ludu“ behauptete Wronski, die polnische Bevölkerung sei nicht

in der Lage gewesen, die von den nazistischen Schergen an den Juden begangenen Verbrechen zu verhindern, woraufhin er sogleich den Westmächten die Schuld daran zuschrieb, daß die Judenverfolgungen andauerten: Die westlichen Alliierten der Sowjetunion hätten sich nämlich geweigert, eine „zweite Front“ im Kampfe gegen Hitler-Deutschland zu schaffen. Im Gegensatz zur zeitgeschichtlichen Wahrheit erklärte Wronski sogar, dieses „Wunder“ sei „nicht erfolgt“.

Westliche Korrespondenten haben naturgemäß eingehend über die Gedenkstätte in der Warschauer Philharmonie berichtet. Ihnen wurden auch Informationen über die „Normalisierung“ des jüdischen Lebens in der Volksrepublik Polen unter Gierek zugeleitet: Nicht nur erscheine die Zeitung „Folks Sztyme“ in jüdischer Sprache mit rd. 3000 Exemplaren, sondern auch das „Jüdische Theater“ und das „Institut für jüdische Geschichte“ in Warschau würden mit staatlichen Subventionen bedacht.

Zur Frage, wie groß die jüdische Minderheit in Volkspolen nach den „antizionistischen“ Maßnahmen des Gomulka-Regimes noch ist, liegen allerdings keine offiziellen Zahlenangaben vor. Von polnischer Seite wurde behauptet, es handle sich um „etwa 15 000“, doch sind westliche Beobachter der Ansicht, daß die Zahl der noch in der Volksrepublik Polen lebenden Juden sich „auf kaum mehr als 5000“ beläuft.

Agitation:

Leber zum Friedensfeind gestempelt

Bundesverteidigungsminister in der Sicht Moskauer Propaganda

In der weiten Ebene der europäischen Entspannung, in der die sowjetischen Blühträume von der „Pax Sovietica“ heranreifen, hat Moskaus Friedenswacht einen neuen Kalten Krieger ausgemacht: Georg Leber, den Bonner Verteidigungsminister. Gegen den SPD-Politiker, der in der Bundesrepublik von seinen eigenen Genossen weniger in Schutz genommen wird als von der CDU/CSU-Opposition, schießt die kommunistische Propaganda jetzt aus allen Rohren. Richtig zur Zielscheibe ist Leber aber erst geworden, seitdem seine Reden von Peking häufig zitiert werden als Beweis dafür, daß auch ein prominenter deutscher Politiker der Sowjetunion expansionistische und militaristische Tendenzen unterstellt.

Das ist für Moskau zuviel. Minister Leber marschiert nach Meinung der Sowjets in Reih' und Glied mit denen, die noch immer in den Schützengräben des Kalten Krieges hocken und hält eine Kalte-Kriegs-Rede nach der anderen. Ausgerechnet ein SPD-Politiker will den Ent-

Die größte Gefahr, der sich die Menschheit heute gegenübersteht, ist der Kommunismus. Schlimmer als der westliche Imperialismus ist es, wenn man zur Bekämpfung des westlichen Imperialismus auf den Kommunismus zurückgreift.

Staatschef Libyens
Muammar Ghadhafi

Die Regierung müßte den Mut haben, dem Volk zu sagen, daß wir über unsere Verhältnisse leben. Wir können zur Zeit unseren Lebensstandard nicht mehr voll bezahlen.

CDU-Generalsekretär
Kurt Biedenkopf

Meinungsfreiheit und Achtung vor dem Menschen sind die Meilensteine Europas. Wer diese beiden Grundsätze nicht respektiert, gehört nicht zu Europa.

Salvador de Madariaga

Stabilität fällt nicht vom Himmel, Stabilität tut weh.

Franz-Josef Strauß,
CSU-Vorsitzender

Die Jungsozialisten sind mit ihren klassenkämpferischen Parolen die eigentlichen Reaktionskräfte unserer Zeit.

Willi Weyer,
NRW-Innenminister

Als ich ins Auswärtige Amt einzog, hieß Breslau schon Wroclaw.

Egon Bahr

Wer keinen Charakter hat, muß sich wohl oder übel eine Methode zulegen.

Albert Camus

Wir brauchen Frieden für unser Land, und damit ihn keiner zerstört, tragen wir Waffen aus Arbeiterhand: Unser Ziel ist bekannt! Zweite Strophe eines Liedes für die Grenztruppen der „DDR“ zu den kommunistischen X. Weltjugendspielen in Ost-Berlin

spannungsprozeß in Europa bremsen, schimpfen Moskau und Ost-Berlin. Seine Militärpolitik dient in Theorie und Praxis der Erhaltung der Aggressionsfähigkeit, findet „Neues Deutschland“, und damit, so resümiert der Moskauer Rundfunk, ruft er die im Sterben liegende Politik des Kalten Krieges wieder ins Leben zurück.

Bei dieser Polemik gegen Verteidigungsminister Leber muß aber festgestellt werden, daß von kommunistischer Seite in letzter Zeit wiederholt das eigene Recht auf weitere militärische Verstärkung betont wurde. Auf eine Hörerfrage, warum trotz zunehmender Entspannung in Europa von notwendiger militärischer Stärkung jedes einzelnen sozialistischen Staates gesprochen werde, antwortete beispielsweise „Radio DDR“, daß angesichts der Versuche der aggressiven Kreise der imperialistischen Staaten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, eine ständige Festigung der überlegenen Macht der Warschauer Vertragsstaaten notwendig sei. Und „Neues Deutschland“ verkündete als „Gesetzmäßigkeit“: Je weiter der Sozialismus auf dem Wege der Stärkung seiner sozialökonomischen und militärischen Positionen vordringt, mit desto größerer Kraft und Effektivität kann er für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit kämpfen.

Dies bedeutet im Klartext, daß das strategische Hauptziel der östlichen Politik tatsächlich expansiver Natur ist und daß dazu eine weitere militärische Verstärkung des Ostblocks gehört.

Franz Modesto

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG
FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur:

Hugo Wellem
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellvert. Chefredakteur:

Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Chef vom Dienst:

Hans-Ulrich Stamm
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles
Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen
Horst Zander

Anzeigen:

Heinz Passarge

Bonner Redaktion:

Clemens J. Neumann

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.

Bezugspreis Inland 4,- DM monatlich

Ausland 5,20 DM monatlich

Postcheckkonto für den Vertrieb

Postcheckkonto Hamburg 64 26

Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung,

2 Hamburg 13, Parkallee 84

Telefon 45 25 41 42

Bankkonto Landesbank Hamburg BLZ 200 500 0x

Konto-Nr. 192 344

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehalten

Rücksendung nur wenn Porto beiliegt

Postcheckkonto für Anzeigen

907 00 Postcheckamt Hamburg

Druck Gerhard Rautenberg, 235 Leer

Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 / 42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17



Trotz Stacheldraht und Mauer: Deutschland hat den Zusammenbruch des deutschen Reiches von 1945 überstanden und im völkerrechtlichen Sinne weiter Bestand

„Jeder aufrechte Deutsche ersehnt die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, ohne die Einheit Deutschlands kann unser Volk nicht leben. Sachsen kann nicht ohne das Ruhrgebiet existieren und Bayern nicht ohne die Provinz Sachsen.“

Walter Ulbricht im Jahre 1946, zitiert in dem Buch „Ulbricht“ von Carola Stern.

Wenige Tage sozusagen vor dem 13. August, dem einschneidenden Datum des Mauerbaus im Jahre 1961, ist bei Berlin Walter Ulbricht, dem Namen nach noch Präsident des Staatsrats der „DDR“, im Alter von 80 Jahren gestorben. Vor wenigen Wochen huschte sein Greisen- gesicht mit dem Spitzbart über die deutschen Bildschirme, als die Rundfunkanstalten die Gratulationscour der SED-Prominenz für wichtig genug hielten, um sie dem bundesdeutschen Publikum vorzustellen. Ulbricht hat seinen 80. Geburtstag nur um wenige Wochen überlebt. Als der Rundfunk und die Zeitungen nun seinen physischen Tod meldeten, erfüllten sie eigentlich nur noch eine Chronistenpflicht, denn politisch war der ehemalige „Genosse Zelle“, wie man ihn drüben nannte, längst entmachteter. Zwar erfüllte er noch die repräsentativen Pflichten des Vorsitzenden des sogenannten Staatsrats, wenngleich er sich auch hier bereits gelegentlich vertreten ließ, doch entscheidenden politischen Einfluß vermochte er nicht mehr zu nehmen. Erich Honecker, einst Chef der „Freie Deutsche Jugend“, die in diesen Tagen in Ost-Berlin mit riesigem propagandistischem Rummel ein Festival arrangierte, hatte ihm längst das politische Heft aus der Hand genommen.

Folgt man den ärztlichen Verlautbarungen, so war der frühere SED-Chef Walter Ulbricht in den letzten Tagen seiner Krankheit schwerlich noch in der Lage, aufzunehmen, was sich um ihn herum und in der Welt allgemein tat. Er wird das Jugendfestival wohl nicht mehr wahrgenommen haben und er hat nicht mehr die Töne des Spitzenmanagers der Jungsozialisten, Roth, gehört, die auf ihn vielleicht belebend gewirkt hätten. Und er hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe in der Normenkontrollklage des Landes Bayern gegen den Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ nicht mehr zur Kenntnis nehmen können.

„Sachsen kann nicht ohne das Ruhrgebiet existieren und Bayern nicht ohne die Provinz Sachsen“, so hatte Ulbricht sich vor 25 Jahren geäußert — und ausgerechnet das Land Bayern hat vor dem obersten Gericht der Bundesrepublik jene Klage angestrengt, zu der die Karlsruher Richter ganz eindeutig festgestellt haben, daß das Deutsche Reich im Jahre 1945 nicht untergegangen ist, sondern auch weiterhin fortbesteht.

Es mag für Ulbrichts Nachfahren eine gewisse Genugtuung sein, zum Ableben des längst abgehalften Altmeisters der deutschen Teilung die Kondolenz des Bundespräsidenten empfangen zu haben und in Bonn mag man davon ausgehen, daß im Zuge der „Normalisierung“ (oder dessen, was darunter verstanden wird) dieser protokollarischen Gepflogenheit habe Genüge geleistet werden sollen. Die politischen Machthaber in Mitteldeutschland dagegen wissen sehr wohl, daß solche Beileidsbezeugung verblaßt gegenüber (wenn ein Vergleich überhaupt möglich ist) der in diesen Tagen in Karlsruhe getroffenen Entscheidung. Für sie wie für alle, die mit dem Grundvertrag die Zweiteilung Deutschlands als eine unabänderliche Tatsache anerkannt wissen wollen, sei hier angeführt, was die Karlsruher Richter u. a. einstimmig verkündeten:

„Es wird daran festgehalten, daß Deutschland den Zusammenbruch des Deutschen Reiches von 1945 überdauert hat, also im völkerrechtlichen Sinne nach wie vor Bestand hat, obwohl es als Gesamtstaat selbst nicht handlungsfähig ist. Dieses Deutschland besitzt ein (gesamt)deutsches Staatsvolk, von dem die Bevölkerung der Bundesrepublik ein untrennbarer Teil ist und ein (gesamt)deutsches Staatsgebiet, zu dem das Ge-

biet der Bundesrepublik Deutschland untrennbar gehört.“

Erinnern wir uns, was von der anderen Seite aufgegeben wurde, um die „Eigenstaatlichkeit“ der „DDR“ zu betonen, politische Argumente ebenso wie kleinliche Schikane, erinnern wir uns auch an ein gewisses Entgegenkommen, vielleicht, um die andere Seite nicht zu „reizen“, dann können wir erlauben, was es für Ulbricht — hätte er es noch erlebt — bedeutet haben würde, lesen zu müssen, daß nach der verbindlichen Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes die Bundesrepublik Deutschland mit dem Gesamt-Deutschland „teilidentisch“ ist. Zwar beschränke sie ihre Hoheitsgewalt auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes, fühle sich aber „verantwortlich für das ganze Deutschland“, denn:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist im Verhältnis zu Deutschland und zum Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht Ausland.“

Genau das aber war und ist das Ziel der Kommunisten in Mitteldeutschland: zwei deutsche Staaten, die in keiner Beziehung zueinander stehen. Wer immer auch geglaubt (und darauf hingearbeitet) haben mag, auf der Grundlage des Grundvertrages „diesen Fakten des verlorenen Krieges nüchtern Rechnung zu tragen“, muß nun erkennen, daß ihm und solchem Treiben durch die Entscheidung des Karlsruher Gerichts ganz entscheidende Grenzen gesetzt worden sind. Die Opposition wird gut tun, die künftige deutschlandpolitische Geschäftigkeit etwa des Herrn Bahr und auch jede Veranlassung der Bundesregierung an den Worten der Karlsruher Entscheidung zu prüfen und zu werten. Denn, so heißt es im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, alle Verfassungsorgane hätten „den Wiedervereinigungsanspruch des Grundgesetzes im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten“. Das bedeutet in praxi, daß alle — offenen oder getarnten — Versuche, den Gedanken an die deutsche Einheit aus dem Bewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung zu verdrängen — ganz eindeutig der Verfassung widerspricht.

Die Theorie von den „zwei deutschen Staaten“, drüben aufgebracht, hier nicht nur nachgebetet, die wir immer als ausgemachten Unfug bezeichnet haben, hat durch die Karlsruher Entscheidung den entscheidenden Knacks bekommen: die Deutschen sind ein Staatsvolk. Und denjenigen, denen die Vokabel von der „souveränen DDR“ so glatt von den Lippen schlüpfen kann, weil sie sich mit Herz und Hirn längst damit abgefunden haben, haben aus Karlsruhe mehr als einen Nasenstüber erhalten: die Karlsruher Richter — jene, von denen in Bonn erzählt wurde, daß man sich von diesen „acht Arschlöchern nicht die Deutschlandpolitik kaputt machen lasse“ — haben ein Urteil gefällt, an dem sich einfach nicht rütteln läßt.

Sicherlich werden wir uns in Zukunft noch

oft mit diesem entscheidenden Urteil zu befassen haben. Vor allem deshalb, weil Urteil und Urteilsbegründung den eifrigen Vorreitern der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik unüber-springbare Hürden aufbauen. Die Opposition wird darüber zu wachen haben, daß die Regierung nicht jener Karlsruher Entscheidung entgegenhandelt, die da besagt, daß die Bundesrepublik befugt ist, allen Deutschen Schutz und Fürsorge zu gewähren.

Und, was von eminenter Bedeutung ist: Der Grundvertrag ist kein Teilungsvertrag. Nur deshalb steht er nach der Auffassung der Karlsruher Richter nicht im Widerspruch zum Grundgesetz. Der Grundvertrag schließt weder heute noch für die Zukunft aus, daß die Bundesrepublik jederzeit alles Mögliche für die Wiedervereinigung tut.

„Obwohl die Karlsruher Richter die von der Verfassung geforderten Grenzpfähle unmißverständlich gesetzt haben“, — so schreibt die

das Karlsruher Urteil und seine Begründung den Liberalen die Argumente an die Hand geben, wie der Grundvertrag zu handhaben sein wird. Man sollte in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt lassen, daß die gegenwärtige Praxis an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ mit dem Grundvertrag unvereinbar ist. Genau ausgesprochen bezieht sich das auf die Mauer, den Stacheldraht, die Todesstreifen, die automatischen Tötungsanlagen und letztlich auf den Schießbefehl selbst.

Statt zu überlegen, wie das einst von Ulbricht geschaffene Gefängnis ausbruchsicher gemacht werden kann, sollte man die Aufhebung des Schießbefehls fordern. Das Karlsruher Urteil läßt den Herrn Grabert und Bahr, oder wer sonst im Kanzleramt über die Verurteilung von Fluchthelfern sinnieren mag, wenig Raum, Wohlverhalten gegenüber den Machthabern in Mitteldeutschland zu üben. Man wird auch

Und Ulbricht hat nicht gesiegt

Wiedervereinigung bleibt das Gebot für alle Deutschen

Tageszeitung „Die Welt“ — „Ist freilich den- noch nicht gewährleistet, daß sie auch immer beachtet werden. Wenn es nämlich zutrifft, daß einige besonders einflußreiche Protagonisten der Bonner Ost- und Deutschlandpolitik aus den Reihen der SPD mit ihrer Politik ganz andere Ziele verfolgen, als die vorgeben, dann könnten diese Politiker versucht sein, so lange und so haarscharf an den Grenzpfählen entlangzuschlei- chen, bis es schon nicht mehr auffällt, daß sie den Fuß zuerst zaghaft, später aber immer ausgreifender über die Grenzen setzen.“

Auch wir teilen die Auffassung, daß hier die höchste Wachsamkeit geboten ist. Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit. Sie muß sich auch auf den so oft zitierten „Wandel durch Annähe- rung“ beziehen, vor allem, nachdem man von drüben zu erkennen gegeben hat, daß diese Annäherung nur dadurch zu erreichen ist, in- dem wir uns zu einem sozialistischen Staat zu wandeln bereit sind.

Wenn es zwischen Bahr und der F.D.P. gegen- teilige Auffassungen in entscheidenden Fragen der Deutschlandpolitik geben sollte, dann würde

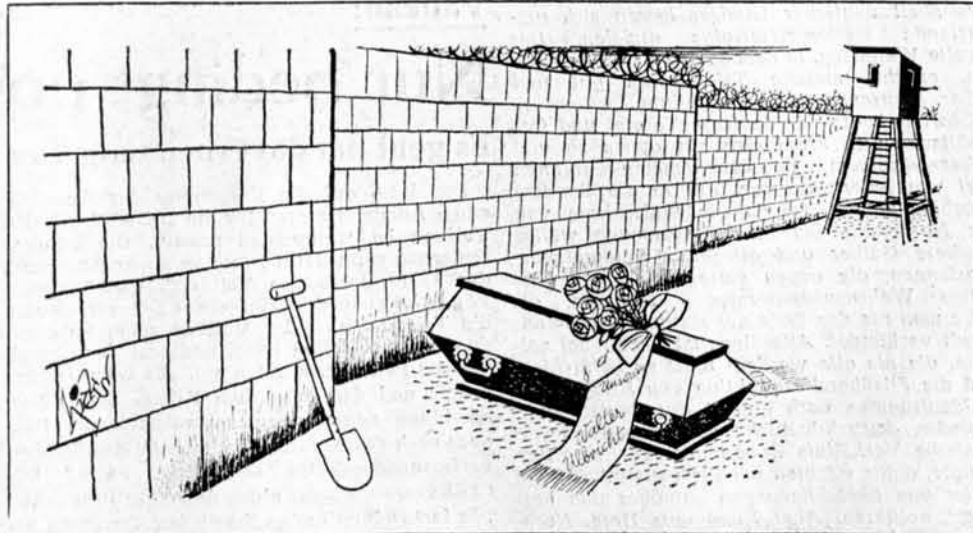
weiterhin vom „Land Berlin“ sprechen dürfen und die juristischen Spitzfindigkeiten, mit denen Bonn praktisch denen drüben Entgegenkommen demonstrieren wollte, haben nach Karlsruhe ihre rechtliche Grundlage verloren.

Die Richter von Karlsruhe haben klare Ge- bote und Verbote ausgesprochen. Zwar habe die Bundesregierung, so heißt es, als ein zu politischem Handeln berufenes Organ die Frei- heit, selbst zu entscheiden, welchen Weg sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung für zweckmäßig ansehen wolle. Und: „Die Abschät- zung der Chancen ihrer Politik ist die Sache der Bundesrepublik und der sie tragenden par- lamentarischen Mehrheit.“ Die Richter haben keine Auffassung über die Aussichten der der- zeitigen Bonner Politik geäußert. Das kann auch nicht ihre Aufgabe sein, doch sie haben dem Gesetzgeber ganz eindeutig die Grenzen auf- gezeigt.

Dem Grundvertrag sollen bekanntlich die vor- gesehenen „Folgeverträge“ folgen. Jene Ab- kommen, in denen im einzelnen das innerdeut- sche Miteinander geregelt werden soll. Hier wird man präzise ins Detail gehen müssen und die andere Seite wird dabei den Grundvertrag an- ders auslegen als Karlsruhe es jetzt getan hat.

Ulbricht, letztlich nur Statthalter einer frem- den Macht in Mitteldeutschland, hat einmal — wir zitierten es eingangs — gesagt, Bayern könnte nicht ohne die Provinz Sachsen leben. Fast am Tage seines Todes bescheinigte das höchste deutsche Gericht nun ausgerechnet dem Sachsen Walter Ulbricht, daß Deutschland fort- besteht und daß die Grenze zwischen der Bun- desrepublik und der „DDR“ ähnlich zu quali- fizieren ist wie die Grenzen zwischen den ein- zelnen Bundesländern. Ulbricht, der Mittel- deutschland mit Hilfe der Sowjets den soziali- stischen Staat aufgezwungen hat, ist zum Teil schon vergessen, weggestorben. Er konnte den Wunsch der meisten Deutschen in Ost und West, in einem Staat zusammenzuleben, nicht brechen. Nach dem Richterspruch von Karlsruhe werden seine Nachfolger wissen, daß jedermann — vor- allem die Verfassungsorgane der Bundesrepu- blik Deutschland — erst recht verpflichtet ist, den Wiedervereinigungsanspruch des Grund- gesetzes wachzuhalten und nach außen beharr- lich zu vertreten.

Davon heißt nun keine Maus mehr einen Faden ab. H. WELLEMS



Der Ehrenplatz

Zeichnung aus „Die Welt“



**NEUES
AUS
BONN**

Was verdient die Ministerialbürokratie?

Nach dem Stand Frühjahr 1973

Nachstehend veröffentlichen wir ein Gehaltsverzeichnis der in der Bonner Ministerialbürokratie tätigen Beamten. Zugrunde gelegt ist dabei ein Verheiraterter mit zwei Kindern bei neun Dienstjahren. Die Gehälter steigen mit den Dienstjahren automatisch.

Staatssekretär	B 11	9041,45 DM
Ministerialdirektor	B 9	7113,82 DM
Ministerialdirigent	B 3	6090,54 DM
Ministerialrat	A 16	4050,37 DM
Regierungsdirektor	A 15	3636,54 DM
Oberregierungsrat	A 14	3366,01 DM
Regierungsrat	A 13	3068,09 DM
Oberamtsrat	A 13	3068,09 DM
Amtsrat	A 12	2791,42 DM
Reg.-Amtmann	A 11	2599,42 DM
Reg.-Oberinspektor	A 10	2424,65 DM
Regierungsinspektor	A 9	2103,09 DM
Amtsinspektor	A 9	2103,09 DM
Reg.-Hauptsekretär	A 8	1947,63 DM
Reg.-Obersekretär	A 7	1840,78 DM
Reg.-Sekretär	A 6	1769,14 DM
Reg.-Assistent	A 5	1647,14 DM
Oberamtsmeister	A 4	1587,35 DM
Hauptamtsgehilfe	A 3	1527,43 DM
Oberamtsgehilfe	A 2	1465,03 DM
Amtsgehilfe	A 1	1424,20 DM

Bei der Bewertung der Höhe des Gehalts ist auch die relativ hohe Pension auch für Beamtenwitwen einzubeziehen.

Bei dem noch immer unbestrittenen Treueverhältnis, das Beamte, — die Fluglotsen nehmen wir aus, — gegenüber dem Staat besitzen und den hohen Gehältern, die heute die Privatwirtschaft an Männer auf verantwortlichen Posten bezahlt, muß der Bund automatisch ebenfalls tief in die Tasche greifen. Die Gehälter vor allem der höheren und höchsten Beamten wären demnach verantwortbar, wenn hier eine gleiche Leistungsauslese erfolgen würde wie bei der Wirtschaft.

Bis zur Machtübernahme in diesem Staat durch die Regierung Brandt mußte sich zum Beispiel ein Oberregierungsrat durch überdurchschnittliche Leistung und überragendes Fachwissen in langen Jahren zu dem begehrten Posten ein Ministerialrats hochdienen. Bis zum November 1969 wurde auch wenig nach dem Parteibuch der Beamten auf Führungsstellen gefragt. (Aus „Europäische Sicht“, Bonn)

Fernsehen:

Weltkrieg II-Stories auf dem Bildschirm

Ein weiteres Jahr TV-Krieg in westlichen Wohnzimmern

Vor 28 Jahren fielen die letzten Schüsse des Zweiten Weltkrieges. Im britischen, im französischen und im amerikanischen Fernsehen aber geht der Krieg seither weiter, auf der Erde, zu Wasser und in der Luft. Allerdings im Film und vor allem im Fernsehen. Zwei Archetypen, die in immer neuer Verkleidung wiederkehren, beherrschen die Szenen, die bösen Deutschen (fast alle Nazis) und die guten Alliierten (samt und sonders Antifaschisten und Demokraten).

Gewiß, die Film- und TV-Industrie brauchen Stoffe, bei denen sich mit leichter Mühe dramatische Knoten schürzen und lösen lassen. Was eignet sich hierzu besser, als der zweite Weltkrieg mit seiner Vielschichtigkeit und wechselnden Szenerie der Kriegsschauplätze, den zahllosen Episoden vom Kampf der Agenten, dem Verrat der Kollaborateure bis zu den Geheimdiensten, die im Dunkeln wirkten. Unerschöpfliche Möglichkeiten von der offenen Feldschlacht bis zum Kommando-Raid, der Gefangenschaft und Flucht bieten sich filmgeeignet an. Die Phantasie genießt ungehemmte Freiheit. Ohne Rücksicht auf etwaige (deutsche) Verärgerungen können Brutalität und Terror reinster Menschlichkeit und selbstloser Aufopferung gegenübergestellt werden. Auf ein bißchen mehr oder weniger an Worthurerei, lächerlichen Übertreibungen und banalen Liebesgeschichten kommt es den Drehbuch-Autoren nicht an. Ein für Shakespearesche Dramatik willig aufnahmebereites Publikum kehrt sich nicht an den Unwahrscheinlichkeiten, läßt sich aber auch nicht davon verhetzen, wie es die vielen Leserbriefe beweisen. Das ist tröstlich.

Als einmal vierzehn Tage lang kein solcher „Antikriegsfilm“ — so nennt man fast jeden dieser Streifen, um ihnen eine sinnige und rechtfertigende Spitzmarke zu verleihen — über die englischen Bildschirme flimmerte, mokierte sich eine Londoner Zeitung: „Im Krieg gegen die Deutschen haben wir jetzt zwei ruhige Wochen gehabt!“ Danach war der Waffenstillstand wieder zu Ende.

Kirchentag im Zwielficht:

Alles war einige Nummern zu groß angelegt

Mehr als die Kollekte beim Abschlußgottesdienst kostete die Unterkunft der Manager

Der 15. Deutsche Evangelische Kirchentag ist vorüber. Drängend stellt sich nun die Frage, wie es weitergehen soll. Die Leitung in Fulda hat zunächst auf die gewohnte Art reagiert: Das nächste „Treffen des evangelischen Deutschlands“, wie es einmal anspruchsvoll genannt wurde, findet in Frankfurt statt. Unbeantwortet blieb jedoch bis jetzt, welche Folgerungen aus dem Dilemma zu ziehen sind, daß der Kirchentag in Düsseldorf nur noch für rund 8000 Menschen attraktiv war. Präsident Heinz Zahrnt hat sich bislang nur zu der Feststellung durchringen können, daß die Zahl der Gläubigen halt abnehme, die Messehallen der Welt aber immer größer würden.

Für viele stellt sich jedoch die Frage, ob das „Drei-Millionen-Mark-Fiasko von Düsseldorf“ nicht doch kritischer analysiert werden müsse. Interessant wäre es zu erfahren, wie das Kirchentags-Etablissement mit den zur Verfügung gestellten Mitteln gearbeitet hat, von denen eine Million Mark aus Zuschüssen der öffentlichen Hand bestand: Der Bund gab 400 000 Mark, das Land Nordrhein-Westfalen 600 000 Mark. Elegant hat sich die gastgebende Stadt Düsseldorf aus der Affäre gezogen: sie gab nichts.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Arbeit der Düsseldorfer Geschäftsstelle. Hier muß eine der wesentlichsten Quellen für das magere Abschneiden des Kirchentages gesucht werden. Chef der Geschäftsstelle war der Duisburger Bürgermeister Friedl Heinen. Durch seine vielfältigen Verpflichtungen als Landtagsabgeordneter, Kommunalpolitiker, Abteilungsleiter beim Diakonischen Werk Rheinland, Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) und Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses des Landtages kam es zu dem, was unter Mitarbeitern der Geschäftsstelle als „Strukturproblem“ bezeichnet wurde. Eine teilweise Paralyse der Arbeit, weil Entscheidungen nicht getroffen werden konnten oder ad hoc fielen, ohne den Sachverstand der zuständigen Mitarbeiter zu nutzen.

Ursprünglich war der „Profi“ Steege (Kirchentagsleitung Fulda) für diese Aufgabe vorgesehen, der sich auch schon in Düsseldorf um eine Wohnung bemühte. Doch dann mußte man einsehen, daß „an Heinen vorbei“ kein Kirchentag in Düsseldorf zu machen ist: Steege wird also erst beim nächsten Kirchentag in Frankfurt Geschäftsführer werden.

Bestes Beispiel für die Düsseldorfer Schwierigkeiten ist die Einschaltung des Rheinischen Rechenzentrums für Kirche und Diakonie in die Quartierwerbung. In letzter Sekunde wurde noch vom Computer auf „Handbetrieb“ umgeschaltet. Gekostet hat diese Entscheidung mehr als 50 000 Mark — eingebracht hat sie kaum etwas. Die entscheidende Zahl von Quartieren kam erst, nachdem auf die bewährten Kanäle der Gemeinden wie Rundschreiben, Abkündigungen und Hausbesuche durch die Gemeindebeauftragten zurückgegriffen wurde. Ein geflügeltes Wort ging um, daß die EDV-Aktion gestartet worden sei, weil Geschäftsführer Heinen sich damit als „Mann des modernen Managements“ empfehlen wollte.

Aus diesem Wunsch nach Selbstdarstellung mag es auch herrühren, daß immer wieder fal-

sche Zahlen an die Öffentlichkeit gegeben wurden. So sprach man auf einer Pressekonferenz, an der die Vertreter der Kirchentagsleitung Fulda und der Geschäftsstelle Düsseldorf teilnahmen, bereits zu einem Zeitpunkt von rund 25000 Anmeldungen, als dem Quartierbüro erst 500 vorlagen. Auch die abschließenden Angaben über die erreichten 8000 Dauerteilnehmer während des Kirchentages sind eindeutig zu hoch gegriffen. Das Quartierbüro hatte zu Beginn der Veranstaltung erst 3100 Anmeldungen registriert, zu denen noch einige hundert Besucher kommen, die sich erst während des Kirchentages als Dauerteilnehmer meldeten. Selbst wenn der altbewährte Trick berücksichtigt wird, daß alle anwesenden Mitarbeiter und Journalisten als Besucher zu rechnen, wird die offizielle Zahl um mehr als 2000 Personen unterschritten.

Besonderen Ärger gab es um eine andere „Randerscheinung“. Nachdem monatlang in Düsseldorf um kostenlose Privatquartiere geworben wurde, stellte sich zum Schluß heraus, daß rund 300 Mitarbeiter in den Nobelhotels „Hilton“ und „Intercontinental“ untergebracht worden waren. Zwar versicherte die Kirchentagsleitung, einen besonders günstigen Über-

nachtungspreis von 50 Mark ausgehandelt zu haben — doch selbst dies ergibt, auf vier Nächte umgerechnet, eine Summe von 60 000 Mark. Mehr, als die Kollekte beim Abschlußgottesdienst eingebracht hat, als rund 20 000 Menschen versammelt waren.

Unter dem Strich bleibt der Eindruck, daß der gewählte Rahmen für den Kirchentag — Düsseldorf, Neue Messe und das Rheinstadion — einige Nummern zu groß war. Allein die Anmietung dieser beiden Projekte hat mehrere hunderttausend Mark verschlungen, brachte jedoch nichts als fatal gähnende Leere. Und der Abschlußgottesdienst blieb mit 20 000 Besuchern noch hinter dem Treffen der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ zurück, die sich vom Kirchentag distanziert hatte und am Himmelfahrtstag immerhin rund 24 000 Gläubige in die Dortmunder Westfalenhalle brachte.

Was dem Kirchentag nützt, ist nach Ansicht vieler eingehende Selbstbesinnung, nicht der Wunsch nach Repräsentation in supermodernen Veranstaltungshallen. Das Kirchentags-Präsidiumsmitglied Dr. Helmut Simon hat dies ziemlich eindeutig erkannt: „Kirchentage können solange arbeiten, wie es sinnvoll ist; sie können aber auch sterben.“

Peter Steffen

Der Fall Götz:

Weyer stoppt Kollegen Posser

Werden die SPD-Minister dem Druck der Radikalen erliegen?

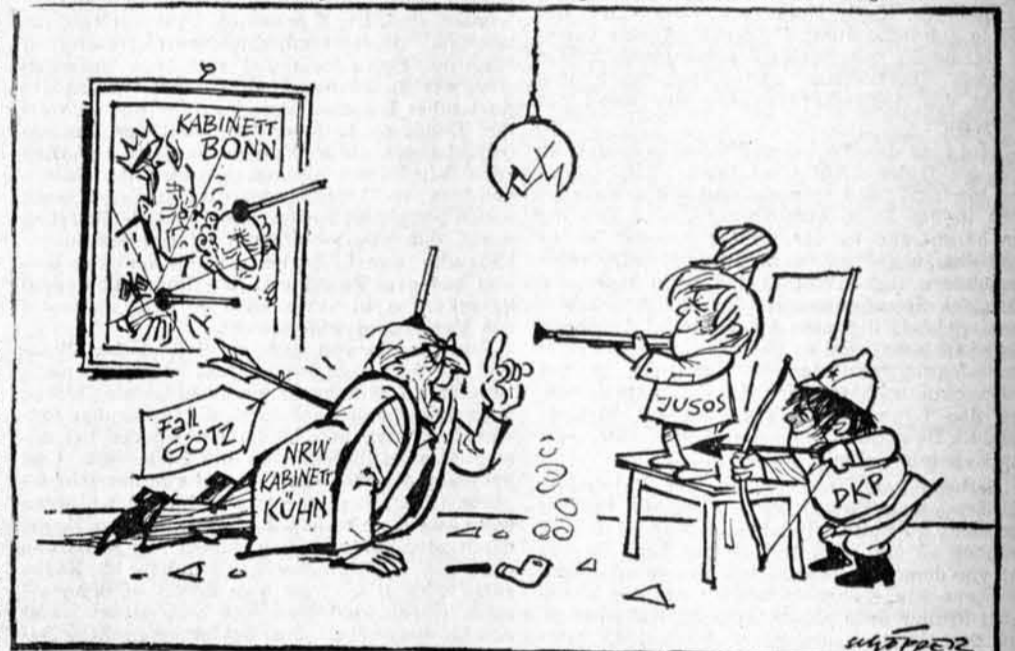
Die Auseinandersetzung um die Einstellung eines DKP-Richters durch den nordrhein-westfälischen Justizminister Posser, früher gemeinsam mit dem jetzigen Bundespräsidenten Heinemann in einer Anwaltskanzlei tätig, macht nach Ansicht Düsseldorfer Beobachter den tiefen Riß deutlich, der bei entscheidenden Fragen zwischen den demokratischen Parteien herrscht. Während sich die FDP ebenso wie die CDU für eine „kämpferische Demokratie“ entscheidet, sehen sich SPD-Minister gezwungen, nach parteiinternen Rücksichten zu taktieren. SPD-Minister, wie etwa Hamburgs Innensenator Ruhnau, die eindeutig gegen DKP-Beamte Position beziehen, setzen sich der Gefahr aus, innerhalb der SPD als „konservativ“ und damit auf Parteitage als nicht mehr wählbar zu gelten. Nach den Erfahrungen auf dem Parteitag in Hannover wird diese Tendenz noch zunehmen. Insofern herrscht innerhalb der SPD bereits ein „imperatives Mandat“.

Immerhin hat der nordrhein-westfälische Innenminister Weyer das Vorgehen Posser als „gesetzwidrig“ genannt, ein harter Vorwurf des Innenministers gegen den Justizminister. Dieser Vorgang zeigt aber auch, wie wenig Posser das Funktionieren eines demokratischen Systems erfaßt hat. Bei klarer Analyse ist es einfach

undenkbar, einen Kommunisten, der laut DKP-Eintrittserklärung die Ziele der DKP vertreten muß — die ohne jeden Zweifel die Drei-Gewalten-Teilung und damit unser derzeitiges demokratisch-parlamentarisches System ablehnt —, zu einem Mitglied der Dritten Gewalt in unserem Staat zu machen. Als Richter müßte er ständig gegen das DKP-Programm verstoßen, da dies ja auch nach Ansicht des Bundesinnenministers „verfassungsfeindlich“ ist.

Würde man ein DKP-Mitglied zum Richteramt zulassen, müßte man ihm auch die Chance geben, bis zum höchsten Richteramt aufzusteigen. Angesichts der Zukunftsperspektiven eines mit DKP-Mitgliedern besetzten Senats des Bundesverfassungsgerichtes dürfte die Haltung der SPD als völlig unverständlich erscheinen.

Kritiker weisen darauf hin, innerhalb der SPD zeichne sich immer stärker die Gefahr ab, daß die geistige Kraft fehle, sich deutlich von kommunistischen und damit antidemokratischen Vorstellungen abzusetzen. Dies sei das eigentliche Problem. Eine absolute Mehrheit der SPD unter diesen Vorzeichen könne dann eine ernste Bedrohung darstellen. Damit werde nicht an der demokratischen Grundhaltung sozialdemokratischer Minister gezweifelt, wohl aber an der nötigen Einsicht und Standfestigkeit.



„Nun nehmt doch Vernunft an, ihr jungen Racker!“

Aus „Kölnische Rundschau“

Vatikan:

Nur bedingt positives Echo

Es geht um die Ernennung von „DDR“-Administratoren

Das Echo auf die Ernennung der Apostolischen Administratoren für die „DDR“ durch den Vatikan ist weitgehend positiv. Die Bundesregierung sieht darin „noch keine Anerkennung der ‚DDR‘ durch den Vatikan“. CDU-Sprecher Weiskirch erklärte, die CDU respektiere die Tatsache, daß der Vatikan seine Entscheidung erst getroffen habe, nachdem der Grundvertrag in Kraft getreten sei. „Es wäre freilich besser und den möglichen Folgen dieser Entscheidung angemessener gewesen, wenn Rom auch noch das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abgewartet hätte.“ Die CDU verkenne zwar nicht, daß diese Ernennung „de facto einen ersten Schritt zur Trennung bedeuten kann“, es müsse aber anerkannt werden, daß „der Vatikan keine territorialen Ab-

grenzungen vorgenommen und eine definitive Regelung wohl einem späteren Friedensvertrag vorbehalten hat“. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Julius Döpfner, erklärte, die deutsche Bischofskonferenz stehe „positiv zu diesen Maßnahmen“, sie habe eine solche Lösung bereits auf ihrer Vollversammlung im März als sinnvoll bezeichnet. Begrüßt hat die Entscheidung des Vatikans auch der Bischof von Berlin, Kardinal Alfred Bengsch, da er sich von ihr eine „Verbesserung der seelsorgerischen Möglichkeiten in der ‚DDR‘“ verspricht. Aus „gut unterrichteten Kreisen in Rom“ hat der Korrespondent der „Welt“ erfahren, daß es „bis zur Entsendung eines Apostolischen Nuntius nach Ost-Berlin und eines ‚DDR‘-Botschafters beim Heiligen Stuhl noch eine Weile dauern dürfte“.

Unser Auslandsbericht:

Von Ost und West umworben: Der Schah

In aller Welt spekuliert man auf künftige iranische Erdöllieferungen

Als 1901 ein persischer Landesvater zum erstenmal Südslawien besuchte, weigerte er sich, seinen Sonderzug zu verlassen. Er übernachtete lieber in einem Eisenbahncoupé des Balkanexpress, statt sich in ein „verdächtiges“ balkanisches Bett zu legen. Im Sommer 1973 besuchte das jetzige iranische Staatsoberhaupt, Schah Reza Pahlawi, gleich drei Balkanländer hintereinander: Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Und überall gefiel es ihm gut: In Slowenien besichtigte das Kaiserpaar die Lipizaner, die hier ihre Heimat haben, auf dem Adriailand Vanga ließ Tito den Schah-in-Schah und dessen Gemahlin Farah sogar einen Blick in sein privates „Wochenendhäuschen“ tun, und in Belgrad notierte die Kaiserin sorgfältig Rezepte für die höfische Küche in Teheran. Sowohl die Jugoslawen als auch die Rumänen und Bulgaren ließen keinen Zweifel daran, daß ihnen der hohe Besucher aus dem persischen Reich ein willkommener Gast war.

Das kommunistische Interesse an dem Herrscher aus Mittelost ist erklärlich, denn lange Schlangen vor den Tankstellen künden im Winter in Jugoslawien davon, daß es an Benzin fehlt, und in Rumänien mußten die Fabriken in Pitesti schon wochenlang ihre Produktion einschränken, weil es an Erdöl fehlt. In Rumänien, einst dem zweitgrößten Erdölproduzenten Europas, sind seit den fünfziger Jahren keine nennenswerten Ölfunde mehr gemacht worden, und was man teilweise schon aus 6000 Metern Tiefe fördert, reicht schon nicht mehr aus, die aufgeblasene petrochemische Industrie des Landes in Gang zu halten.

Auf der anderen Seite wird auch die Sowjetunion mit ihrem Erdöl immer knauseriger, so daß nicht nur die Jugoslawen, Bulgaren und Rumänen Schwierigkeiten haben, aus dieser Quelle ihren Bedarf zu befriedigen, sondern in zunehmendem Maße auch die Ungarn und die Tschechoslowaken, denen durch die sogenannte „Völkerfreundschafts-Pipeline“ zu wenig sowjetisches Erdöl zufließt. Sogar die DDR zeigt sich daher am Iran interessiert, zu dem sie gegen den Widerstand iranischer Kommunisten, die jahrelang von Ost-Berlin unterstützt wurden, jetzt auch diplomatische Beziehungen unterhält.

Obgleich die südeuropäischen Staaten allesamt mehr oder minder noch Entwicklungsländer sind, die auf westliche Kredite spekulieren, scheuen sie keine Kosten, die Sympathien des Schah von Persien für sich zu erobern. Da der Iran in jedem Jahr rund 6 Milliarden Dollar für neue Investitionen braucht, hat Ungarn zunächst einmal 50 Millionen, Rumänien sogar schon 100 Millionen Dollar Kredit zur Verfügung gestellt, beträchtliche Summen also, für die man mit Erdöl entschädigt werden möchte. Übertroffen wer-

den sie nur noch von der Sowjetunion, die allein für den Bau einer Pipeline 326 Millionen Dollar ausgeben will. Durch diese Pipeline soll interessanterweise iranisches Erdgas in die Sowjetunion strömen, obgleich die Sowjetunion gegenwärtig im Westen als Energiekoloss auftritt, der angeblich soviel Erdgas liefern kann wie er nur will.

Neben der Energierechnung gibt es natürlich auch ein strategisches Kalkül der osteuropäischen Kommunisten beim Liebeswerben um den Schah von Persien, doch gerade dieser zweite Aspekt hat nun auch die Volksrepublik China auf den Plan gerufen, die offenbar daran denkt, entlang der ehemaligen Seidenstraße ihr eigenes Einflußgebiet aufzubauen, zu dem neben Pakistan auch der Iran gehören müßte. So gibt es zwischen dem Iran und China, die vor zwei Jahren diplomatische Beziehungen aufnahmen, heute schon Handels-, Zahlungs- und Luftverkehrsabkommen, und obgleich die Ehefrau Mao Tse-tungs als professionelle Kulturrevolutionärin eher den proletarischen Stil pflegt, ließ sie

es sich nicht nehmen, Kaiserin Farah Diba persönlich zu bewirten.

Das ist nun auch den iranischen Maoisten aufgefallen, die sich darüber beschwerten. Ihr Protest dürfte in der arabischen Welt Gehör finden, die in dem kommunistischen Tanz um das schwarze Gold des Iran gleichzeitig einen Verrat an ihren eigenen Interessen sieht, denn der Iran unterhält zu Israel normale Beziehungen. In Teheran spekuliert man bereits über mögliche Beziehungen zwischen China und Israel, die ganz in die gleiche politische Linie passen würden — Gerüchte zunächst, die durch den angeblich irrümlichen Besuch eines chinesischen Diplomaten in der israelischen Botschaft zu Athen noch gestützt werden.

Schließlich, und darin sind sich iranische Maoisten und radikale Araber einig, wird China überhaupt keinen qualitativen Unterschied zwischen Beziehungen zum Iran und zu Israel mehr sehen. Doch alle Proteste helfen nichts: Niemand ist auch im Osten — ähnlich wie im Westen — so beliebt wie der Schah. **Hans Peter Rullmann**

Patriotismus:

Sowjetdenkmal für Kutusow

Moskau macht Anleihe bei der Vergangenheit

Die Sowjetführung ist nachhaltig um die Pilege einer Art von Sowjetpatriotismus bemüht, in der die historischen Züge des zaristischen Imperialismus und der Sowjetära in ein gemeinsames „vaterländisches“ Image verschmolzen werden. Jüngste Manifestation dieser offiziellen Tendenz ist die Enthüllung eines Denkmals für den russischen Oberbefehlshaber im Kriege mit Napoleon 1812, Feldmarschall Kutusow, in der vergangenen Woche.

Das Reiterstandbild Kutusows wurde neben dem Bau mit dem „Panorama der Schlacht von Borodino“ errichtet, eines Kolossalgemäldes mit 3000 Einzelfiguren, das zur Hundertjahrfeier der Schlacht von 1812 seinerzeit (1912) im Zarenreich enthüllt, nach der Oktoberrevolution 1917 beseitigt und in einem Magazin verstaut und dann Anfang der sechziger Jahre wieder ausgegraben und in einem repräsentativen Bau neu aufgestellt wurde.

Bei der Enthüllung des Kutusow-Denkmals, gewidmet der Erinnerung an Michail Illarionowitsch Kutusow und an die ruhmbedeckten Söhne des Volkes, die im vaterländischen Krieg von 1812 siegten, hielten der Bürgermeister von Moskau und der Leiter der Militärademie Frunse, Armeegeneral Radsijewski, die Gedenkrede. Der Denkmalssockel zeigt im Halbreif neben Offizieren und Soldaten auch die Bilder

von Partisanen, die sich auf diese Weise in die offizielle russische Militärgeschichte auch bildhaft unter einem Marschall eingereiht finden.

Nach dem demonstrativen Einbau der Zaren Iwan des Schrecklichen und Peter des Großen, des Marshalls Suworow und — natürlich — aller Bürgerkriegsgenerale und Heerführer des Zweiten Weltkrieges, ist mit der Denkmalsetzung für Kutusow die militärische Tradition Rußlands auch figürlich in der Hauptstadt auf eine kontinuierliche Formel gebracht worden.

Andere Sitten

Die Verlegerin der „Washington Post“ und des Nachrichtenmagazins „Newsweek“, Katherine Graham, hat in einem Fernsehinterview in New York über eine Auseinandersetzung mit dem verstorbenen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson berichtet. Der Texaner hatte damals die einflussreichste Verlegerin der USA in seine Privatgemächer im Weißen Haus gebeten, um sich mit ihr über kritische Berichte in der „Post“ zu unterhalten. Während des Gesprächs zog sich Johnson aus, schlüpfte in seinen Pyjama und stieg ins Bett. Katherine Graham: „Er bat allerdings darum, daß ich mich umdrehe. Das hat die Situation etwas erleichtert.“

Briefwechsel

Bundeskanzler Brandts Brief an Südafrikas Regierungschef Johannes Vorster, den der frühere Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller bei seinem Südafrikabesuch (Ende Mai/Anfang Juni) überbrachte, wird vorerst unveröffentlicht bleiben. Möller hatte am 2. Juni vor der Presse in Südafrika geäußert, daß dieser Kanzlerbrief von Vorster „mit Freude gelesen“ worden sei. Sowohl der Brief als auch die Antwort der südafrikanischen Regierung darauf würden zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

Drüben:

SED-Propaganda auf ZDF-Wellen

Argumente zur Rechtfertigung der Einreisebeschränkungen

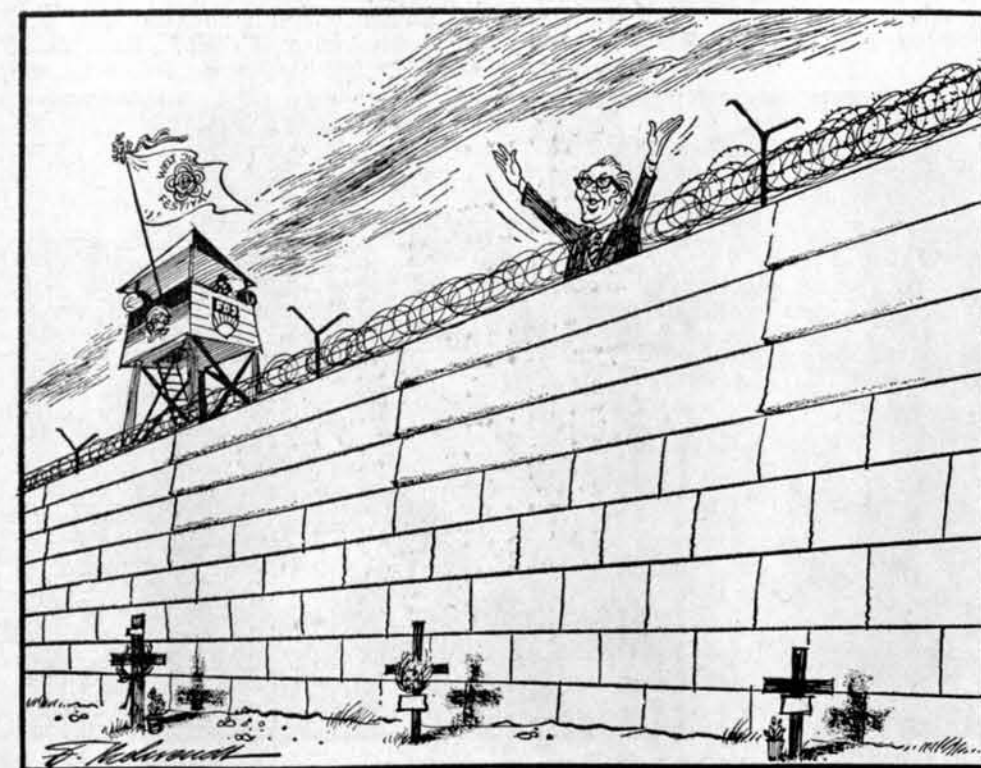
Berlin/Mainz (rsi) — Als treuer SED-Propagandist erwies sich jetzt wieder einmal Hanns Werner Schwarze in „Drüben“ (ZDF). Schwarze warb um Verständnis für die Haltung der SED im Zusammenhang mit den geplanten Besuchsbeschränkungen in Ost-Berlin. Damit es nicht zu solchen offiziellen Schritten kommen müsse, empfahl er von West-Berlin aus: „Bei vernünftigem Nebeneinander gäbe es durchaus einen normalen Weg, finde ich, nämlich einen Appell Ost-Berlins im Zusammenwirken mit Bundesregierung und Berliner Senat, während der acht Tage des Festivals möglichst auf Besuche zu verzichten. Aber so normal ist man leider hierzulande noch nicht.“ Dank Schwarzes eifriger Bildschirmarbeit wird diese „Normalität“ aber sicher bald vorhanden sein. Die Bundesregierung und der Berliner Senat als Komplizen der SED-Regierung, wenn es darum geht, West-Berliner und Bundesbürger von den Besuchern der Weltfestspiele fernzuhalten. Die SED wird es danken.

Aber dieser Appell zur Normalisierung reichte Schwarze noch nicht. Es trieb ihn, die Einreisebeschränkungen der SED mit guten Argumenten zu rechtfertigen. Das hörte sich dann so an: „Im übrigen sehe ich nicht Quartiersorgen, sondern das Sicherheitsproblem, die Furcht etwa vor jungen studentischen Störenfriedern, deren politischer Standort links von der SED, nämlich ganz dicht bei Mao anzusiedeln ist.“ Er kann sich der Zustimmung seiner Zuschauer sicher sein. Wer hat denn kein Verständnis dafür, wenn sich die SED gegen „studentische Störenfriede“, die dazu noch in der Nähe von Mao anzusiedeln sind, zur Wehr setzt. Wir kennen diese Typen. Recht tut die SED. Oder soll sie sich etwa das Ost-Berliner Rathaus stürmen lassen. Nein. Wer etwa glaubt, die SED habe vor ganz normalen Demokraten Angst und sehe diese als ein Sicherheitsrisiko für das Gelingen der großen Show an, der irrt gewaltig.

Damit auch alles in den großen Zusammenhang paßt, hat Schwarze auch noch eine

Deutung der deutschen Spaltung zur Hand, die den Zuschauer vollends in den Zustand des Angeklagten und Beschämten setzt: „Nach meiner Ansicht war Deutschland nicht zuletzt deshalb teilbar, weil der überwiegende Teil der Westdeutschen in den 50er und 60er Jahren den Ostdeutschen den Rücken zugekehrt hat. Und auf ähnlichem Wege wäre auch die Nation teilbar — auf lange Sicht.“ Wer wagt da noch Forderungen an die „DDR“ zu stellen.

Die „Frankfurter Allgemeine“ sieht Ost-Berlins Jugendfestival



Honecker: „Ich rufe die Jugend der Welt zu friedlich-fröhlichen Spielen nach Berlin!“

Andere Meinungen

Frankfurter Allgemeine

Wiedervereinigungsanspruch bekräftigt

Frankfurt — „Nach einem Verfassungsprozeß ist es üblich, daß der Sieger sich strahlend dem Volke zeigt, während der Verlierer in einer dunklen Ecke sich die Wunden leckt. Doch nach dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts im Prozeß um den Grundvertrag hat der Sieger, die Bundesregierung, wenig Grund zu Triumphgeschrei, und der Verlierer, die bayerische Regierung, braucht nicht verzweifelt zu sein. Das Verfassungsgericht hat auf dem Wege der verfassungskonformen Auslegung in den Vertrag Pilöcke eingeschlagen, die der Regierung einen Halt geben — aber freilich auch vorschreiben. Diese Hinweise lassen allesamt den Text des Vertrages unangefochten. Aber sie geben seinem Sinn bestimmte Richtungen und sperren andere. Das Verfassungsgericht hat die Fortexistenz des einen deutschen Staates festgestellt, der ein Staatsvolk und ein Staatsgebiet hat. Es hat den Wiedervereinigungsanspruch der Verfassung bekräftigt und die Organe der Bundesrepublik darauf verpflichtet. In diesem Sinne hat das Gericht dem Grundvertrag den Charakter eines Teilungsvertrages, wie er ihm bei uns und im Ausland vielfach bescheinigt wird, kategorisch abgesprochen. — So staatspolitisch töricht war die bayerische Klage in Karlsruhe also doch nicht.“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wehners Riffi

Hamburg — „Für einen Mann wie Herbert Wehner, dem es nichts ausmacht, gefürchtet zu werden, ist Spott das Ärglichste. Den hat er sich nun selbst verdient. Wie konnte er sich den Coup mit dem Panzerschrank auch so vermasseln lassen! Dabei hatte alles so erfolgversprechend begonnen: Kratzspuren am Safe, eine aufgelöste Sekretärin, die Papiere in Unordnung — war dies vielleicht gar die Tat jenes großen Unbekannten, der schon einmal gesichtet wurde, als er im Foyer des Bundeshauses umherstrich und den unbescholtenen Volksvertreter Fläming zu korrumpieren suchte? Das alles roch stark nach Rechtskomplott. Aber diesmal machten sich richtige Kriminalisten an die Untersuchung und erkannten: kein Einbruch. War die Theorie über den nicht stattgefundenen Einbruch etwa schlappig konstruiert? Oder hatte der Geheimnisträger Wehner, der immer gleich Konspiration wittert, nur die Nerven verloren?“

Neue Zürcher Zeitung

Ostblock — Jugendsorgen

Zürich — „Trotz aller vorbeugenden Maßnahmen spürt man, daß im Ostblock eine ideologische Unsicherheit herrscht. Kein geringerer als der sowjetische Spitzenfunktionär Boris Ponomarew hat im Juni-Heft der Prager Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ geschrieben, daß die Entwicklung der Jugendbewegung die kommunistischen Parteien vor viele ernste politische und theoretische Probleme stelle. Einen besonderen Anlaß zur Wachsamkeit gibt dem sowjetischen Politiker die Verbreitung von maoistischen, trotzkistischen und linksextremistischen Ideen. Damit hat aber Ponomarew nur einige kritische Aspekte erwähnt. Wäre er fair gewesen, so hätte er auch andere Symptome, wie etwa die kritische Einstellung zur herrschenden Ideologie, mangelhaftes Engagement, Entideologisierung und Entpolitisierung, wachsender Zynismus und Nihilismus der Jugend im eigenen Machtbereich, ansprechen müssen.“

LES ÉCHOS

Überrumpfung gelungen

Paris — „Die Neun scheinen von dem sowjetischen Vorschlag, Verhandlungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und dem Comecon einzuleiten, überrumpelt worden zu sein. . . . Muß man in dem von den Neun bewahrten klugen Schweigen Zeichen einer Zurückhaltung oder zumindest einer gewissen Verwirrung sehen? . . . Die Neun wollen vor allem ihre bilateralen Beziehungen zu jedem der sozialistischen Länder aufrechterhalten. Infolgedessen ergibt sich ein neuer Prüfstein für die politische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft . . .“

DIE TAT

Linksdruck bei Labour

Zürich — „Heath und die Gewerkschaften werden aller Wahrscheinlichkeit nach außerstande sein, sich auf ein Wirtschaftsprogramm für 1973/74 zu einigen. Wilson seinerseits wird als Oppositionsführer seine liebe Not haben, um die Labour Party bei ihrer am 1. Oktober im nordenglischen Seebad Blackpool beginnenden Jahreskonferenz auf einem Kurs zu halten, der genügend gemäßigt und realistisch ist, um die Partei nicht von vornherein ihrer Wahlchancen zu berauben. Links von der Mitte, aber nur wenig links“ ist die Leitlinie für Wilson. Selbst der Landesvorstand ging der Fraktionsführung schon zu weit nach links, indem dort die Forderung gutgeheißen wurde, eine kommende Labour-Regierung solle 25 der größten Unternehmen in Staatseigentum überleiten.“

Warum hat sie denn überhaupt geheiratet?

Manches wird mit dem Schlagwort 'Emanzipation' bezeichnet — und hat nichts damit zu tun

Sie war noch sehr jung, hübsch, mit einem gewinnenden Lächeln. Er war nur wenig älter. Sein Gesicht deutete darauf hin, daß er aus dem Nahen Osten stammte. Er sprach vorzüglich Deutsch. Sah man ihn mit seiner Frau zusammen, blieb es einem nicht verborgen, wie sehr er sie liebte.

Ich lernte die beiden in meiner Ferienpension kennen, wo es auch eine Gästeküche gab, in der ich mir abends zuweilen Tee aufbrühte. Bei dieser Gelegenheit unterhielt ich mich mal mit dem einen oder anderen, aber wohl mehr mit ihr als mit ihm: über das Wetter, über die Preise in den Eßlokalen, eben über alle jene Dinge, über die man im Urlaub so zu sprechen pflegt. Um die beiden machte ich mir keine Gedanken. Warum auch?

Dann aber, einen Tag vor meiner Abreise, geschah es, daß ich mit den beiden noch einmal zusammentraf. Er stand, ein Handtuch um den Leib gebunden, in der Küche und wusch ab, während sie, mit einem hellen Sommerjäckchen und langen blauen Hosen angetan, gegen den Türrahmen lehnte. Wir grüßten einander, sprachen ein paar Worte und lachten wohl auch.

„Es ist nicht ganz leicht“, sagte die junge Frau unvermittelt, und ihr gebräuntes Gesicht veränderte sich dabei, wurde ernst, fast bekümmert, „mit einem Ausländer verheiratet zu sein. Wie man sich auch verhalten mag, überall begegnet man Vorurteilen.“

„Aber ich denke doch“, entgegnete ich, „daß wir darüber längst hinweg sind!“

„Haben Sie eine Ahnung!“

Ihr Mann, der seine Arbeit fortsetzte, wenn auch langsamer jetzt, schaute gelegentlich herüber. Sein Gesichtsausdruck ließ erkennen, daß ihm unser Gespräch nicht behagte. Schließlich unterbrach er uns, indem er seine Frau fragte, ob sie ihm beim Abtrocknen behilflich sein wolle.

„Willst du etwa“, war ihre Antwort, wobei sie an dem Sommerjäckchen zupfte, „daß ich mir die hübsche Jacke schmutzig mache, für die du so viel Geld bezahlt hast?“

„Vielleicht ist es nur hier so“, setzte ich das unterbrochene Gespräch fort, „in diesem kleinen Ort...“

„Daß sie zu einem hinübersehen, wenn man im Restaurant beim Essen sitzt? — Es sind ja gar keine Leute von hier, es sind Leute, die aus der Großstadt kommen. Übrigens ist es bei Männern anders. Ihnen sieht man es eher nach, wenn sie eine Ausländerin heiraten. Aber eine Frau?“

Sie schwieg und fügte dann hinzu: „Das ist nicht nur bei uns so. Wir waren in England, Frankreich und in der Schweiz, da ganz besonders — überall ist es das gleiche. Die Menschen blicken einem nach. Man hört förmlich, wie sie miteinander flüstern.“

Der Mann hatte inzwischen das Abtrocknen beendet. Er nahm ein Tablett, holte eine Teekanne aus dem Schrank, zwei Tassen, einen Teller mit Gebäck und stellte alles auf das Tablett. Darauf sah er wieder wortlos zu uns her, mit großen dunklen Augen, mehr zu seiner Frau als zu mir.

„Ist was?“ fragte die Frau. Und noch ehe er hätte antworten können: „Es hat dich doch nicht etwa gestört, daß ich dich habe abwaschen lassen?“ Und zu mir gewandt: „Auch das ist eine Frage der Emanzipation.“

„Nein“, unterbrach der Mann sie mit leiser Ungeduld, „es hat mich nicht gestört. Du weißt, daß es mich nicht stört! Aber...“

„Aber was?“ Und auch diesmal kam die Frage seiner Antwort zuvor, indem sie zu mir weitersprach: „Ich bin nun einmal so. Kann ich etwas dafür? Ich fordere für uns Frauen die gleichen Rechte, wie auch die Männer sie beanspruchen. — Zu Haus bin ich das einzige Kind gewesen. Ich wollte studieren. Wenn ich Hausfrau hätte werden wollen, die ihren Mann und die Kinder versorgt dann hätte — finde ich wenigstens — die Mittelschule genügt. Meine Mutter hat mich noch gewarnt. Nur mein Vater hat zu mir gehalten. 'Wenn sie es sich in den Kopf gesetzt hat, studieren zu wollen', hat er gesagt, 'dann laß sie!' Ich will keine Kinder...“

Ein Standpunkt, dachte ich, dennoch lag es mir auf der Zunge zu fragen, warum sie dann überhaupt geheiratet habe. Etwa nur,

um eines Mannes sicher zu sein? Aber ich behielt meine Frage für mich.

„Ich will Karriere machen!“ fuhr sie fort. „Wozu habe ich denn sonst mein Abitur gemacht?“

„Aber es nimmt dir doch niemand das Recht!“ warf der Mann ein und hob das Tablett auf. Er schickte sich an, an uns vorbei ins Zimmer zu gehen.

„Dieses Recht lasse ich mir auch nicht nehmen, von keinem! Wenn ich es täte, dann hätte man mich damals nicht weiter zur Schule gehen lassen sollen!“

Würdest du mir bitte wenigstens die Tür aufmachen?“ sagte der Mann sanft und doch mit einem vibrierendem Unterton in der Stimme.

Die junge Frau warf mir einen Blick zu, mit einem Lächeln, das nun fast hilflos wirkte. Darauf folgte sie ihrem Mann. Auch ich kehrte ins Zimmer zurück. Mir fiel ein, daß ich ja noch meinen Koffer packen mußte, so daß mir gar keine Zeit blieb, über das Geschehene nachzudenken. Erst jetzt, da ich wieder zu Hause bin, wird mir klar, wie sehr dieses Gespräch mich beschäftigt hat.

Heiraten, überlege ich, heißt das nicht auch: Ich habe gewählt, und ich will alles tun, um aus meiner Wahl das Beste zu machen? War aber die junge Frau wirklich bereit, so zu handeln? Oder machte sie sich nicht etwas vor? Ob sie wohl eines Tages selber erkennen würde, daß sie einen folgenschweren Irrweg ging? Hans Colberg



„Sah man ihn mit seiner Frau zusammen, blieb es einem nicht verborgen, wie sehr er sie liebte...“ Foto np

Fleisch - das beste Gemüse

Für viele gehört Fleisch zu einer vollständigen Mahlzeit

Fleisch wird in fast allen deutschen Haushalten vier- bis fünfmal in der Woche gegessen. Der deutsche Verbraucher ist überzeugt, daß der Genuß von Fleisch Kraft gibt. Man hält Fleisch für ein wichtiges Nahrungsmittel, das ein besonderes Genußerlebnis vermittelt. Außerdem gehört für die meisten Deutschen Fleisch einfach zu einer vollständigen Mahlzeit. Dies ergab eine Untersuchung, die von der Marktforschungsabteilung der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) durchgeführt wurde.

Am liebsten wird in der Bundesrepublik Schweinefleisch gegessen. Es steht mit 50,6 Prozent des Fleischverbrauchs weit an der Spitze. So versteht es sich auch, daß der Braten meist ein Schweinebraten ist. Danach folgen Rindfleisch mit 30,4 Prozent und weit abgeschlagen Kalbfleisch mit 3,7 Prozent. Wild, Hasen, Kaninchen, aber auch Lamm und Hammel sind mit 1,9 Prozent noch längst nicht in jedem Kochtopf zu finden. Kalbfleisch wird in Deutschland nicht besonders gerne gegessen, da es verhältnismäßig teuer ist und im Geschmack etwas fade empfunden wird.

Die Preise stehen meist bei Fleischeinkäufen im Mittelpunkt der Überlegungen der Verbraucher. Es hat sich jedoch gezeigt, daß bei steigendem Einkommen meist teurere Fleischsorten gekauft werden. Bei Preissteigerungen kauft die deutsche Hausfrau zwar häufiger billigeres Fleisch, z. B. zum Kochen oder für Gulasch, statt zum Kurzbraten oder Grillen, oder auch Schweine- statt Rindfleisch. Jedoch hat die

Untersuchung gezeigt, daß die Ausgaben und die Mengen konstant bleiben.

Der deutsche Verbraucher betrachtet jedoch Fleisch als ein teures Nahrungsmittel und fühlt sich mangels Warenkenntnis und aus einem daraus resultierenden Qualitätsmißtrauen heraus besonders unsicher beim Einkauf. Bei einer Studie über Wurst wurde deutlich, daß die Verbraucher in der Wurst keine Vitamine und nur selten Eiweiß, aber fast durchweg Fett erwarten. Auch ist man überwiegend der Meinung, daß vor allem minderwertiges Fleisch zu Wurst verarbeitet wird. Die CMA sieht es als eine ihrer bedeutendsten Aufgaben an, solche falschen Vorstellungen abzubauen und dem Verbraucher wichtige Informationen über die Zusammensetzung von Lebensmitteln zu geben. BfH

Leder ist ein Statussymbol

Ende August wird in Offenbach die neue Ledermode gezeigt

Bequem und leicht, lässig und locker — das sind die Schlagworte für die kommende Herbst- und Wintermode. Mit der leuchtenden Farbenpracht des Sommers ist es aus und vorbei. Braun beherrscht das Spektrum der Herbst- und Winterfarben der neuen Saison, womit sich auch die Offenbacher Lederwarenhersteller abfinden müssen. Auf der 49. Internationalen Lederwarenmesse vom 25. bis 29. August in Offenbach werden sich die neuen Lederwaren vorwiegend in Braun zeigen. Diese Braunskala reicht von Mocca über Cola und Kupfer, einer rotstichigen Kastanie bis zu einem Naturton, der als modischer Geheimtip gilt.

Was den Taschenmachern jedoch an Farbe für diesen Herbst versagt blieb, haben die Modelleure der Lederwarenindustrie mit Ideenvielfalt bei Handtaschen, Kleinlederwaren und Reisegepäck wiedergutmachen können. English-Style, Retro-Mode, Puzzle-Spiel und Freizeit-Uniform heißen die Schlagworte der Textilindustrie. Dazu passend werden in Offenbach die neuesten Lederwaren gezeigt. Weil der Handtasche ausfallende Farbe vorenthalten ist, hat sie sich mit einem deutlichen Wandel vom Hoch- zum gemäßigten Querformat bemerkbar gemacht. Sie ist blickfangendes Accessoire, kann am Schulterriemen getragen werden und auch unter dem Arm. Dieses Querformat haben die Mädchen und Frauen bereits in der letzten Saison selbst beeinflusst: Sie trugen ihre Taschen unter dem Arm. Das war ein Hinweis für die Modelleure. Sie fingen die Idee auf und schufen die gesuchten Kuverttaschen im gestreckteren Format, die sich in den Kollektionen auf der Lederwarenmesse eingestuft haben. Nach dem Dekorationswechsel für den Herbst werden sie in den nächsten Wochen schon in den Fachgeschäften und Lederwarenabteilungen der Kaufhäuser zu finden sein.

Die junge Taschenmode des Herbstes 1973 gefällt sich in Extremen. Sie schwelgt in flächiger, fast verwegener Größe oder liebt die betont kleine Tasche mit überlan-

gem schnurdünnen Henkel. Modische Inspirationen haben die sportliche Tasche kaum beeinflusst. Sie gibt sich auch im kommenden Herbst praktisch in Größe, Fassungsvermögen und Verschluss. Vor allem wird eine reiche Inneneinteilung geboten, weil sich die Einraum-Tasche als unpraktisch erwiesen hat. Ordnung muß auch deshalb in der neuen Allround-Tasche sein. Handtaschen, Kleinlederwaren und Reisegepäck sind auch farbkombiniert auf der Messe zu finden. Braun-Braun-Kombinationen oder Schwarz-Weinrot sind modische Varianten des kommenden Herbstes. Lederbesätze zieren Überschlager oder Ecken.

Leder ist eine sehr teure Sache geworden. Und doch wird das Naturprodukt Leder seinen guten Ruf behalten. Für viele Verbraucher ist Leder ein Statussymbol.

Werner Blei



Gerade bei Fleischeinkäufen stehen die Preise im Mittelpunkt der Überlegungen der Verbraucher Foto BfH

Ärger mit Richtpreisen

Preisvergleiche lohnen sich

Das Spiel mit Verpackungen, denen „unverbindliche Richtpreise“ oder „empfohlene Verbraucherpreise“ aufgedruckt wurden, geht eindeutig zu Lasten des Verbrauchers, der weder Zeit noch Lust hat, die aufgedruckten Preisempfehlungen jedesmal mit dem tatsächlichen Verkaufspreis zu vergleichen.

Diese Erfahrung wurde durch eine Untersuchung der hessischen Verbraucherzentrale in Frankfurt erneut bestätigt: Bei einem Vergleich der „Richtpreise“ auf den Verpackungen bekannter Kosmetikmarken mit den Verkaufspreisen wurden Differenzen zwischen 30 und 80 Prozent festgestellt. So kostete eine vielgekaufte Hautcreme in einem großen Geschäft 1,95 DM (Richtpreis 2,80 DM), eine bekannte Zahnpasta 1,98 DM (Richtpreis 3,55 DM), und ein Haarspray war für 2,45 DM zu haben (Richtpreis 6,25 DM)! Das ist eine Spanne von 155 Prozent.

Bei Nahrungs- und Genussmitteln waren die Spannen zwar nicht so hoch, aber mit 20 bis 40 Prozent immer noch beachtlich, da diese Ausgaben bei Verbraucher sich rasch summieren. Eine Fertigsuppe wurde für drei Mark angeboten (Richtpreis 3,90 DM), ein Paket Haferflocken einer bekannten Marke kostete 0,88 DM (Richtpreis 1,20 DM; Spitzenreiter war hier ein Erfrischungsgetränk, das zum Preise von 1,98 DM zu haben war (Richtpreis 3,45 DM) — also eine Spanne von 74 Prozent.

Es lohnt sich also nach wie vor für den Verbraucher, Preisvergleiche bei den Waren des täglichen Bedarfs anzustellen. Liegt der Verkaufspreis in der gleichen Höhe wie der aufgedruckte Richtpreis, dann ist Vorsicht geboten — und ein Preisvergleich in einem anderen Geschäft ratsam. fd

Blühende Wildnis im Sommer

Von Lydia Kath

Das Leben ist wunderbar schön", schrieb Walter von Sanden-Guja einmal, „wir freuen uns nur nicht genug daran... Wieviel Lebensfreude gibt es in der Natur! Felder, Wälder, Seen, und wenn es sein kann, ein Stückchen Wildnis, sind ebenso große Kleinodien für die Seele eines Volkes wie seine schönsten Bauten, Kunstwerke und Erfindungen — ich glaube größere, weil sie dauerhafter sind und einst unsere eigene Heimat waren.“

Diese Worte charakterisieren einen begnadeten Schriftsteller und Lichtbildner, der mit der Natur seiner ostpreussischen Heimat lebte wie kaum ein anderer und sie auch für uns in Wort und Bild unverlierbar einfiel. Wenn wir ihm in seinen Büchern folgen, auf heute verlorenen Wegen, steigt noch einmal und immer wieder aus der Vergangenheit auf, was uns einst an Grünem und Blühendem erfreute in den Wiesen, Feldern und Wäldern Masurens. Das Plätschern der Dachtraufen zur Frühlingszeit, das melodische Glucksen des Schmelzwassers unter dem schwindenden Schnee, zaghaftes Vogelgezirp und zuweilen schon wärmende Sonne. Die Haselsträucher am Weg schütteln wieder ihre braungelben Bommeln im Wind, am Weidenbaum leuchten silberhell die Kätzchen. Unter den lichten Jungbuchen, deren Zweige noch mit dem dünnen, vorjährigen Laub besetzt sind, ist über Nacht ein weißer Anemonenteppich entstanden. Zu den schimmernden Anemonen gesellen sich bald die goldenen Schlüsselblumen, die zarten Schleier der Leberblümchen und der sanften Violett. Vogellaut und Sonne sind wieder um uns wie einst, Tautropfen glitzern im Wiesengras, würzig duftet das Moos, und die frischen Blätter glänzen im Licht.

Jede Jahreszeit hat ihren besonderen Reiz. Am schönsten aber erschienen uns Wiesen, Felder und Wälder, wenn die vielen unbekannten und anspruchslosen Pflanzen erblühten: die wilden Blumen und Kräuter, mit denen unsere Erde daheim so großmütig bedacht war. Der Kunsthistoriker Alfred Lichtwark meinte einmal, gerade „die wilden Blumen sollte man viel eingehender betrachten als bisher. Denn an ihnen erwacht die Freude an der Farbe zu tieferem Bewußtsein. Sie geben sich nicht so leicht wie die Modellblumen, sie wollen umworben und studiert sein“. Schon Walter von der Vogelweide hat das Gras besungen, schon Albrecht Dürer hat es ebenso unvergänglich gemalt wie die kleinen Blumen am Weg, und Walter von Sanden hat Gras und blühende Pflanzen ebenso unverlierbar im Lichtbild für uns festgehalten — so den anmutigen Bach-Nelkenwurz, die graziose Kohl- oder Gänsedistel, den Wald-Engelwurz und viele andere.

Ich erinnere mich noch deutlich an unser Entzücken, als wir an einem Sonntag im späten Frühling auf einer Wiese nahe dem Niedersee zahllose blühende Kuhschellen sahen. So nannte man dort den Bach-Nelkenwurz. Die Blüten mit den nickenden Kronen standen einzeln oder in Dolden auf langen Stielen. Ihre Kronen, Glocken oder Schellen waren außen rötlichviolett und innen gelb. Die braunroten Kelchblätter zitterten mit den Schellen im leichten Abend-



Die beiden Aufnahmen heimischer Stauden und Waldblumen stammen von dem Schriftsteller und Naturforscher Walter von Sanden-Guja

wind. Es war ein zauberhaftes Bild in der fast unwirklichen Stille, die uns dort umgab, fern der lauten Welt — und unvergessen bis heute.

Lateinisch heißt die anmutige Pflanze Geum rivale. Sie wird schon bei Plinius als Heilpflanze erwähnt. Ihre Beliebtheit zeigt sich in den vielen Volksnamen, die man ihr gab — wie eben Kuhschelle, aber auch Bachrösli, Herzglocken, Fleischglöckchen, Herrgottsschüchen, Kapuzinerle, Kapuzinerglöckchen, Speckblümchen und gar Himmelbrot. Aus den Wurzeln der Pflanze wurde ein heilsames Mittel gegen verschiedene Krankheiten gewonnen.

Über den rötlichen Blumenschellen lag damals der letzte Schein der Abendsonne und ließ die Farben intensiver leuchten. Halme und Rispen ragten über die nickenden Blüten empor und wogen sich fast unmerklich mit.

Nicht weit davon blühte gerade der hohe Wald-Engelwurz auf, mit seinen großen weißen und rötlichen Dolden. Auch er war dort häufig auf feuchten Wiesen, an Gräben und Bächen und in lichten Wäldern zu sehen. Dieser Angelica silvestris, das heißt Wald-Engelwurz, schrieb man viele heilkräftige Eigenschaften zu. Aus der mit gelblichem Saft gefüllten, möhrenartig riechenden Wurzel wurde seit alter Zeit ein schleimlösendes Mittel gegen Brustkrankheiten, zur Magen- und Nierenstärkung, gegen Zahn- und Ohrenkrankheiten und andere Übel gewonnen. Auch die Samen erwiesen sich noch als nützlich. Zu Pulver zerrieben halfen sie gegen mancherlei Ungeziefer.

Der Legende nach soll ein Engel vorzeiten den Menschen die heilkräftige Pflanze in einem Wald gezeigt haben. Daher rührt ihr Name Wald-Engelwurz. In manchen Gegenden wurde und wird sie heute noch als dekorative Pflanze kultiviert. Auch sie hat viele Volksnamen: Brustwurz, Wilde Meisterwurz, Heiligenwurz, Tutelle, Gausepoten, Wiesenholunder. Hoch und stolz blühten im Frühsommer ihre großen Strahlendolden über dem roten Klee.

Um die gleiche Zeit etwa entwickelte die schöne Kohl-Distel ihre gelblichweißen Blüten, die von großen hellen Hochblättern umhüllt waren. Diese eigenartige Pflanze sah man auch auf den nährstoffreichen, feuchten Wiesen am See oder im lichten Wald. Bienen und Falter umsummten sie eifrig an warmen Tagen und bestäubten die Blüten; der Wind trug den Samen weithin über die Ebene. In Osteuropa wurde die Kohldistel früher allgemein als Gemüsepflanze im Garten angebaut — daher rührt auch der Name. Man nennt sie daneben jedoch Wiesen- oder Mattendistel, Gelbe Distel oder Otterkopf, Kuller- oder Finkendistel. Ihre weichen, nicht stehenden Blätter lieferten einst das Kohlgemüse. Mit ihr zusammen war bisweilen die kleine stengellose Kratzdistel zu sehen, die man wegen ihrer dornigen Blätter auch Bürste nennt oder Kleine Eberwurz und Jerichorose. Ihre Blüten sind rot und blühen einzeln auf sehr kurzen Stielen.

Dies war daheim die Zeit der wilden Blumen und Kräuter, die so „verschwenderisch“ wild über die tiefgrüne Erde entsproßen. Mit freigegebiger Hand hat die Natur ihre Samen weithin geworfen, in Winden sie umher geweht und mit dem tränkenden Bach und dem befruchtenden Regen unzählige vermischte, damit unsere Erde bunter, seltener und reicher werde. Wer um diese Zeit durch Wälder, Felder und Wiesen ging und geht, fern den rastlosen Straßen, wird beglückt die Vielfalt, die stille und oft so wenig beachtete Schönheit der wilden Blumen und Kräuter erkennen und lieben lernen.

„Wie lange war es her“, schreibt Walter von Sanden-Guja in einem seiner schönen Bücher, „daß im jungen zarten Gras erste Sternblümchen hervorkamen, die Schneeglöckchenbüsche standen und die blauen Perlblümchen im Winde nickten! Über allem hatten die Buchfinken ihren jubelnden Schlag hören lassen. Kein Vogelsang lockt so hinaus im Frühling, zum sorglosen Wandern, wie der Buchfinken Lied, wenn es aus grünenden Baumkronen erschallt und uns immer weiter ruft. Das war eine ganz andere Welt.“ Aber diese Welt ist doch nicht vergangen und verloren, wenn wir in den Erinnerungen und in den Büchern und Bildern, die uns liebten, nach ihr suchen und sie finden — auf den Pfaden von einst.

Wenn es aber ernst wird...

Eine Erzählung aus der heutigen Zeit — Von Heinz Rein

Sie schlenderten durch die Straße, die Hände tief in die Hosentaschen geschoben, die Ellbogen abgewinkelt. Wenn ihnen jemand entgegenkam, verstellten sie ihm zwar nicht den Weg, aber sie wichen auch nicht aus. Sie blickten ihm frech und nicht ohne Drohung ins Gesicht und lachten triumphierend, wenn man einen Bogen um sie machte. Sie hatten den Bürgersteig in Besitz genommen, und niemand wagte es, sie energisch daran zu erinnern, daß die Straße allen gehörte. Zudem war es schon spät, ein gelblichtrüber Nebel hing tief in die Straßenschlucht hinein und schlug sich feucht auf dem Asphalt nieder.

Ein paarmal gingen sie die Straßen entlang, um ihre Macht zu erproben, dann blieben sie vor einem Restaurant stehen. Hinter den Vorhängen war ein gedämpftes rötliches Licht, in dem sich ein paar Schatten bewegten.

„Was meint ihr?“, fragte Kutti und wies mit dem Kopf auf die Eingangstür.

Ditze zog die dichten schwarzen Augenbrauen hoch. „Hast du Geld?“

„Bin blank“, entgegnete Kutti.

„Und du, Jannie?“ fragte Ditze.

„Frage“, antwortete Jannie. „Morgen ist Zahltag. Wo soll ich'n da...“

Ein paar Minuten standen sie unwillig herum und blickten die Straße entlang. Unter den Laternen standen Autos und glänzten verführerisch im feuchten Nebel unter den Straßenlaternen.

„Woll'n wir hier Wurzeln schlagen?“ fragte Ditze. „Los, kommt!“

Sie gingen langsam weiter, Ditze dicht am Bordstein. Im Vorbeigehen blickte er in die Autos und drückte auf die Türklinken. Die Autos waren leer, ihre Türen verschlossen.

„Wirst wohl kein Glück haben“, höhnte Jannie.

Ditze hob eine Hand, als wollte er sagen: Wollen wir erst mal sehen! Aber er hatte kein Glück. Keine Tür ließ sich öffnen.

„Mensch“, sagte Jannie schließlich ärgerlich, „man kann 'ne Tür doch auch ohne Schlüssel aufkriegen.“

Ditze wandte sich rasch nach ihm um. „Genau“, sagte er. „Mit Werkzeug. Hast du welches?“

Jannie schüttelte den Kopf. „Hab' ich nicht. Aber Kutti könnte vielleicht welches besorgen.“ Er stieß Kutti mit dem Ellbogen in die Seite. „Du arbeitest doch in so einer Bude...“

Kutti nickte. „Schon“, sagte er, „aber...“ Ditze trat dicht vor ihn hin und faßte ihn an den Knöpfen seiner Lederjacke. „Was aber? Angst?“

Kutti tippte ihm gegen die Stirn. „Du fragst vielleicht blöde!“ sagte er forsch. „Ich will nur nicht, daß sie mich dabei erwischen — jetzt, wo ich bald ausgeliefert habe. Genügt dir das?“

„Mensch“, sagte Jannie, „du sollst ja nicht 'n Bagger oder 'ne Ramme mitnehmen, nur so 'n niedliches kleines...“

„Laß“, sagte Ditze verächtlich. „Mußt du doch schon spitz haben. Wenn's ernst wird, ist unser kleiner Kutti nicht mit dabei.“ Er ließ Kutti los, drehte um und ging weiter.

„Du bist ungerecht, Ditze“, verteidigte Kutti sich und ging Ditze nach. „Du weißt genau, daß ich kein Spielverderber bin...“

Jannie schob ihn beiseite. „Stimmt“, sagte er und lächelte überheblich. „Aber eben nur bei Kindereien...“

„Ruhel!“ gebot Ditze leise. „Paß lieber 'n bißchen mit auf. Da vorn...“

Sie schwiegen sofort und folgten Ditzes Kopfbewegung mit ihren Blicken. Ein Auto war gerade dabei, sich zwischen die parkenden Autos einzureihen. Der Motor verstummte. Dann stieg ein Mann aus, warf die Tür des Wagens zu und ging eilig in ein Haus.

„Hin!“ sagte Ditze eifrig. „Der hat nicht abgeschlossen!“

Sie liefen nicht, sie beschleunigten nur den Schritt. Jannie faßte nach der Klinke und drückte sie nieder. Die Tür ließ sich öffnen.

„Glück muß man haben!“ Jannie grinste.

„Rein!“ sagte Ditze. „Los, Beeilung, der kann jeden Augenblick wieder da sein!“ Er schob Jannie in den Wagen und blickte Kutti an. „Und du? Gehst lieber nach Hause und hockst dich mit deinen Alten vor den Fernseher. Oder?“

Statt zu antworten trat Kutti an den Wagen, öffnete die hintere Tür und stieg ein.

Jannie schob sich hinter das Lenkrad. „Prima“, sagte er. „Sogar der Schlüssel steckt.“

Ditze stieg ein und zog die Tür zu. „Ab!“ sagte er. „Und zunächst mal tüchtig Gas drauf!“

Jannie startete den Wagen und bugsierte ihn aus der Parkreihe. Er fuhr durch ein paar Nebenstraßen, dann sagte Ditze: „Nun laß mal ran!“

Jannie hielt sofort an, sie wechselten die Plätze. Ditze drehte sich zu Kutti um und fragte: „Und du? Willst du nachher auch mal?“

Kutti saß zurückgelehnt im Fond und strich eine Strähne aus der Stirn. „Danke“, sagte er kurz.

„Verstehe“, sagte Ditze ironisch. „Bist nur mitgefahren!“

„Und wenn der Mann, dem der Wagen gehört, gleich wieder aus dem Haus gekommen ist? Kann ja auch sein, daß er Arzt ist und Krankenbesuche macht“, sagte Kutti langsam, „dann braucht er vielleicht dringend seinen Schlitten.“

Ditze winkte ab. „Was du so spinnst!“ Er trat auf das Gaspedal. Der Wagen schoß vorwärts, seine Scheinwerfer bohrten sich quirlend in den Nebel, der Motor begann zu dröhnen, der Scheibenwischer beschrieb wieder seinen Halbkreis. Jannie und Ditze saßen hoch aufgerichtet da, starrten auf die Straße und genossen die Fahrt. Ditze fuhr vorschriftsmäßig, nicht zu schnell, er beachtete alle Stoppschilder und die roten Lichter an den Ampeln. Er wußte, es gab kein sichereres Mittel, die Polizei auf sich zu ziehen, als wie irr durch die Stadt zu rasen.

Plötzlich legte Kutti seine Hände auf Ditzes Schultern. „Hab' mir's überlegt“, sagte er. „Ich möchte auch fahren.“

Ditze fuhr an den Bordstein heran und hielt. „Bravo!“ sagte er anerkennend. „Setz' dich nach hinten, Jannie. Ich bleib vorn und werde ein bißchen auf Kuttilein aufpassen!“

Kutti und Jannie tauschten die Plätze. Als Kutti hinter dem Steuer saß und nach dem Startschlüssel griff, knurrte Ditze drohend: „Mach keine Dummheiten, kapiert? Sonst bist du erledigt! Irgendwie gefällt du mir heute nicht. Kleiner!“

Kutti saß für eine Sekunde unbeweglich da, dann riß er den Starterschlüssel heraus und stieß die Tür auf. Ehe sich Ditze und Jannie von ihrer Überraschung erholt hatten, war Kutti ausgestiegen und hatte die Tür hinter sich zugeworfen. Dann lief er in den Nebel hinein, warf im hohen Bogen den Schlüssel weg, bog in irgendeine Querstraße ein, sprang über den Zaun, durchschritt einen Garten, ging um ein Haus herum und überstieg noch einen Zaun. Dann war er in einer Straße, die er nicht kannte. Er blieb stehen und lauschte. Er hörte Rufe und Schritte, aber sie kamen nicht näher. Kutti ging nun die Straße entlang, bis er eine Telefonzelle fand. Er betrat sie, warf zwei Münzen ein und wählte die Nummer der Polizei.

Als sich jemand meldete, sagte er: „Wenn Sie wissen wollen, wo der Wagen BES elfdreizehn ist, dann suchen Sie ihn in der Fürstenallee am Alten Rathausplatz.“

Er hängte den Hörer wieder ein und lehnte sich wie erschöpft gegen die Glaswand der Zelle. Er würde nun nach Hause laufen müssen, denn die beiden Münzen, die er eingeworfen hatte, um zu telefonieren, waren sein letztes Geld gewesen. Aber er bereute es nicht.

Ausgesprochen gehässig

Die Sendungen zum 17. Juni gingen glatt an der Sache vorbei. Die Gegenüberstellungen von Berichterstattungen aus Ost und West waren vielleicht ganz interessant, wichtig wäre aber gewesen, aufzuzeigen, wie es dazu kam. Daß der Protestmarsch eine reine Lohnforderung war, ist unrichtig, dazu hätten sich nicht Tausende von Menschen zusammengefunden. Es waren unerträgliche Zustände vorausgegangen, wie man so schön sagt „die Volksseele kochte“ und es bedurfte nur eines kleinen Funkens, um das Pulverfaß zu sprengen. Die Urteile der Herren Professoren in allen Ehren — es ist aber kaum anzunehmen, daß sie zu der Zeit in der Zone lebten. Das Enttäuschende ist, daß der 17. Juni „umfunktioniert“ wurde und nun der Regierung als „Auftrag“ für die neue Ostpolitik gilt, statt Mahnung für alle Deutschen zu sein.

Die Sendung über die Vertriebenenverbände war ausgesprochen gehässig und abwertend. Es wurde dauernd von „Vertriebenenfunktionären“ gesprochen — so was gibt es nicht! Es wurde den Vertriebenen eine „lange Leitung“ bescheinigt, weil sie sich nicht ohne weiteres positiv zu den Verträgen äußern. Die Statistik ist durch nichts bewiesen, man könnte ebenso gut eine andere aufstellen durch Befragen anderer Personen. Das Fernsehen wird mißbraucht, um gewisse Kreise der bundesdeutschen Bevölkerung in Mißkredit zu bringen. Im übrigen stehen die Vertriebenen mit ihren Forderungen nicht allein, werden aber zu Prügelknaben der Nation gemacht. Kann man da noch von demokratischen Freiheiten sprechen?

Anne-Liese Dombrowski, Glückstadt

Sowjetische Normalität

Seit wir überall am „Normalisieren“ sind, haben wir uns sehr tief in die kommunistische Begriffswelt hineingearbeitet. Das Wort „normal“, das so harmlos klingt, hat im kommunistischen Osten einen ganz anderen Inhalt. Die erschütternden Nachrichten über die Einlieferung von Dichtern und Wissenschaftlern in Irrenhäuser — jetzt zuletzt war es der Mathematiker Jurij Schichanowitsch, der für unzurechnungsfähig erklärt und in einer psychiatrischen Klinik interniert wurde — bekommen eine andere Bedeutung, wenn man sich mit der Kremlogik vertraut macht.

Sie macht es sich sehr einfach: Wer kein Kommunist ist und es nicht mehr sein will, der kann nicht normal sein. Der gehört dafür ins Irrenhaus. Und Schichanowitsch hatte nach Kreml-Auffassung einfach Zeichen von Unzurechnungsfähigkeit gezeigt. Er hatte nämlich öffentlich mit anderen Wissenschaftlern zusammen die Freilassung eines verhafteten Kollegen gefordert. Vor fast einem Jahr war er dafür selbst eingesperrt worden. Vermutlich hat das nicht ausgereicht, ihn wieder zu „normalisieren“. Wenn das so weiter geht, wird bald ein großer Teil der russischen Intelligenz, soweit er unnormalerweise der Freiheit des Denkens frönt, in geschlossenen Anstalten untergebracht sein.

Erwin Neufert, Lüneburg

Verbindung zur Heimat

Ich würde es begrüßen, wenn das Blatt neben der sehr lobenswerten Wachhaltung der Erinnerung an die alte Heimat mehr

Wie „Historiker“ Zeitgeschichte machen

Hanna Reitsch über die letzten Tage der Reichskanzlei

Vor rund drei Monaten hatten wir uns in unserer Zeitung unter dem Titel „Adolf Hitler und kein Ende“ mit dem weltweiten Hitler-Rummel beschäftigt und ihn ganz schlicht als einen „Beschubs“ bezeichnet. Besonders hatten wir uns dabei des Filmes „Hitler — die letzten zehn Tage“ angenommen, der dem Publikum als angebliche „historische Wahrheit“ verkauft wird. In diesem Film wird u. a. auch Flugkapitän Hanna Reitsch verzeichnet dargestellt. Die echte Hanna Reitsch war in den letzten Tagen in der Reichskanzlei und kann wirklich den Anspruch darauf erheben, Ohren- und Augenzeugin jener dramatischen und nunmehr Geschichte gewordenen Ereignisse gewesen zu sein.

Dieser Tage veröffentlichte die Hamburger Zeitung „Die Welt“ zu diesem Film einen Leserbrief von Hanna Reitsch, den wir nachstehend ungekürzt abdrucken:

Der englische Darsteller Hitlers — weltberühmt und sogar von der Queen geadelt — und die Schauspielerinnen, hübsch und sympathisch, spielen, ohne daß man es ihnen übernehmen könnte, nichts anderes als: „Wie Klein-Mäxchen sich den Untergang des Dritten Reiches vorstellt.“ Sie wissen eben nicht, daß die Tage und Stunden im Bunker vor dem Untergang alles eher als dramatisch waren und daß sich das Sterben dort in der Stille vollzog.

Auch der Regisseur, der übrigens einen sehr berühmten Vater hat — den weltberühmten Regisseur Max Reinhardt, der wie viele andere aus Deutschland emigriert war —, hätte als Filmstoff besser etwas anderes wählen sollen, vor allem weil ihm (nach Aussage des Films) sehr daran gelegen zu sein schien, „historisch und authentisch“ darzustellen.

Einen der laut Filmvorspann Mitverantwortlichen des Films kann man schwer verstehen, den ehemaligen Rittmeister Boldt. Er wußte und weiß genau, daß die Darstellungen der letzten Tage im Bunker der Reichskanzlei glatt unwahr und unsachlich sind. Sollte Rittmeister Boldt der unüberwindlichen Macht der Filmproduzenten so sehr unterlegen gewesen sein, daß es ihm kaum gelang, auch nur ein klein wenig historische Wahrheit über den Ablauf des Endes im Bunker einzubringen? Er hätte es unbedingt ablehnen müssen, seinen Namen als Garantie für historische Wahrheit her-

zugeben. Es gelang ihm anscheinend nur, im Hinblick auf seine eigene Person, zu erreichen, daß man jenen Rittmeister im Film statt Boldt Hoffmann nannte. Wie er selbst dargestellt wird, ist eben auch falsch. So hat es, um nur ein Beispiel zu nennen, niemals ein viertes Testament Adolf Hitlers gegeben, und deshalb hat auch niemals Herr Boldt ein viertes Testament vor den Bunkermauern zerrissen. Aber was macht es — Geschichte hin, Geschichte her —, warum soll man nicht Millionen, die solche Filme sehen oder Magazine lesen, ruhig belügen, wenn es einem um der Dramatik willen in die Story paßt.

Was nun die Darstellung meiner Person, mein Tun und die Worte, die ich dort gesprochen haben soll, betrifft, so ist aber auch jedes Wort und Geschehen unwahr. Hätte man wirklich die Wahrheit aussagen wollen, so hätte man ja nur mich persönlich zu Rate zu ziehen brauchen; doch man wußte sicher: Wenn man bei der Wahrheit geblieben wäre, so wäre der Film halt recht undramatisch geworden.

Der wirklich dramatische Flug, den ich als Flieger durchzuführen hatte, um Generaloberst von Greim nach Berlin zu bringen, konnte im Film nicht dargestellt werden, so mußte die Phantasie herhalten, und man setzte mich ganz einfach zwischen Adolf Hitler und Eva Braun, um ihnen die Geschichte unseres Fluges zu erzählen. Dabei habe ich niemals in meinem Leben mit ihnen zusammengesessen.

Meine angebliche Erzählung ist ebenso unwahr wie alles andere; zum Beispiel wurde in Wirklichkeit kein einziger Begleitjäger abgeschossen, im Film dagegen waren es 43. Doch war dies wohl notwendig für das zugrunde liegende Konzept. Ja — und verheiratet wollte mich der Regisseur im Film auch noch mit Feldmarschall Ritter von Greim. Er hat nur nicht gewußt, daß Herr von Greim bereits verheiratet war. Unserer „Ehe“ habe — dem Film zu Folge — nur im Wege gestanden, daß ich „Ehe“ als überholte Bürgerlichkeit abgelehnt hatte. Das ist, auf gut deutsch gesagt, eine beispiellose Unverschämtheit.

So aber, wie meine Rolle (im Film) erfunden ist, außer der einfachen Tatsache, daß ich den verwundeten Generaloberst heil vor dem Brandenburger Tor landete

und im Bunker pflegte, so sind auch die Worte und Handlungen der anderen Figuren des Films grotesk erfunden. Es gab im Bunker weiß Gott keine Tanzgelage oder Geschunkel bei festlichem Schmaus — es war dort tiefbedrückend, es war fast unreal und still wie in einer Gruft.

Die „historische Wahrheit“ des Films stützt sich auf die Angaben des englischen Historikers Trevor-Roper und dessen Buch über die letzten Tage im Hitlerbunker. Also muß es wohl wahr sein, so meinten wohl die Filmemacher. Daß ein Historiker, der noch heute am Christ-Church-College in Oxford liest, an der Wahrheit nicht interessiert ist, sondern nur an Politik, mag erstaunen, aber es ist Tatsache. Als ich nach anderthalbjähriger Inhaftierung durch die Amerikaner eines Tages erschreckt von dem Buch Trevor-Ropers erfuhr und es las, schrieb ich ihm umgehend einen Brief.

Ich war damals allerdings noch sehr jung und glaubte selbstverständlich an das ehrliche Bemühen um die Wahrheitsfindung eines Historikers. Ich teilte ihm mit, er sei einer Fälschung zum Opfer gefallen, denn er habe einen sogenannten „Augenzeugenbericht“ von Hanna Reitsch über die letzten Tage im Hitlerbunker benutzt, der in „Ich-Form“ geschrieben sei, den ich aber nie gemacht, nie geschrieben, nie gesehen und vor allem aber auch nie unterschrieben hätte, weil er eben nicht der Wahrheit entspräche.

Ich sei bereit, ihm zu schreiben, was ich dort erlebt hätte. Seine Antwort — für einen Historiker geradezu erstaunlich — war dem Sinne nach: Was er geschrieben habe, das hätte er von der amerikanischen CIC erhalten, und die sei es gewohnt, nur die Wahrheit zu schreiben. Der englische Historiker wollte meinen eigenen Bericht überhaupt nicht; denn Geschichte schreibt sich, erfunden und gefälscht, für einen Historiker aus dem Kreis der Siegermächte viel leichter, schöner und interessanter, zumal wenn es sich um Taten und Reden der Besiegten handelt.

In meinem Buch „Fliegen, mein Leben“ (Lehmanns-Verlag, München) kann jeder, der an der Wahrheit interessiert ist, nachlesen, wie es wirklich war.

Hanna Reitsch, Flugkapitän
6 Frankfurt a. M.

Beiträge über deren gegenwärtige Situation (Besiedlung, Wiederaufbau, Wirtschaft und Verkehr, ev. Besuchsmöglichkeiten etc.) bringen würde. Nicht wenige ehemalige Ostpreußen würden sicher gern einmal ihre alte Heimat, die Gräber ihrer Angehörigen und Betriebe oder Behörden, in denen sie einmal tätig waren, wiedersehen. Auch interessiert es sicher sehr, ob und wer von der früheren deutschen Bevölkerung dort noch ausharrt und unter welchen Bedingungen er lebt. Ich verkenne nicht, daß solche Nachrichten sicher nur vereinzelt und schwierig zu beschaffen sind (besonders aus der russischen Zone), aber um so mehr dürften sie auf Interesse stoßen. Nach meiner Meinung wird die Zukunft einer jeden Gemeinschaft von Heimatver-

triebenen wesentlich davon bestimmt sein, inwieweit es gelingt, die lebendige Verbindung zu der alten Heimat aufrechtzuerhalten oder — wenn auch in bescheidenem Umfang — neu zu knüpfen.

Dr. v. Fischer-Lofkain
Lugano (Schweiz)

Klares Wort aus Kanada

In Nr. 14 des Ostpreußenblattes auf Seite 12 nehmen Sie Stellung zu der berechtigten Klage „Ihres Landsmannes“ Wilhelm H. in Waterloo (Ontario). Dieser muß sich ob dieser Begebenheit nach Ottawa wenden, und zwar an den Herrn Minister persönlich. Ich bekomme das Ostpreußenblatt als „Nichtostpreuße“ pünktlich und ohne Ausfälle. Ich, als „Deutscher“, möchte das Ostpreußenblatt nicht missen. Sie bezeichnen Herrn H. als Ihren Landsmann und sind der Meinung, daß „Wir Ostpreußen“ zusammenhalten müssen, heut' und immerdar.

Meine Frage: Tut ihr das? Und zu welcher Kategorie zählen Sie die, die keine Ostpreußen sind, aber dieses Ostpreußen genauso im Herzen tragen wie Sie bzw. die gebürtigen Ostpreußen. Ich kenne hier auch englisch sprechende Ostpreußen, auch solche, die sich noch, wenn' sein muß, ihrer Muttersprache bedienen. Sie lesen das Ostpreußenblatt gern; aber nur dann, wenn man es ihnen schenkt. Solche Dämlacken gibt es auch.

Es ist teuer für uns, das Ostpreußenblatt. Wenn ich gezwungen sein werde, mich nach der Decke zu strecken, dann muß man manches abstreichen. In diesem Falle steht dann das Blatt der „Ostpreußen“ an letzter Stelle bei mir!!! — Soll ich mich nun verabschieden in „landsmanntlicher Verbundenheit“ oder „es grüßt Sie ein vertrottelter Deutscher“? Nichts für ungut.

Hermann Schirmacher, Winnipeg (Kanada)

Autofahren — Charaktersache

Die Kritik an der 0,8-Promille-Grenze in Folge 29 „Puritaner im Kraftwagen“ von Herrn Weyer halte ich für ungerechtfertigt. Wenn es nach Herrn W. nicht um die von keinem bestrittene Gefährlichkeit von Alkohol am Steuer geht, dann möchte ich wissen, warum es sonst geht. Diese „imaginaire Grenze“ von 0,8 Promille ist mit geringen Abweichungen nach oben und unten bis hin zu 0,0 Promille (!) in den Gesetzen vieler Staaten in Ost und West zu finden.

Wenn man bedenkt, daß schon die geringste Menge Alkohol die Reaktionsfähigkeit beeinträchtigt und der Führerschein schon ab 18 Jahren erworben werden kann, dann ist es — auch mit wissenschaftlich verbrämten Argumenten — nicht vertretbar, zugunsten einiger konstitutionsstarker Gewohnheitstrinker zu lamentieren, die sich bis zu 2,0 Promille und mehr vollauflassen können — ob gefahrlos, das sei dahingestellt. Autofahren ist nämlich Charakter-sache.

Johannes Kucharski, Neuhofen

Sachlich und unverzerrt...

Mit großem Interesse habe ich in Folge 28 den Artikel „Der Sturz Mussolinis“ gelesen und möchte mich dafür bedanken. Es war praktisch zum erstenmal, daß ich als junger Mensch in einer sachlichen und unverzerrten Darstellung etwas über die Entstehung und das Wesen des Faschismus erfuhr, den unsere Generation ja nur als Schlag- oder Schimpfwort kennt, ohne zu wissen, was dahintersteckt. In der Schule erfährt man kaum etwas darüber und auch unsere Eltern haben manchmal etwas verschwommene Vorstellungen, weil sie nicht über Einzelheiten Bescheid wissen, wie z. B. den Ursprung des schwarzen Hemds. Ebenso interessant war es auch, etwas über die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland in jener Zeit zu erfahren, denn gewöhnlich hört man nur von „verbündeten Diktatoren“ und Achsenmächten. Artikel dieser Art würde ich gern öfter lesen.

Axel Dauer, Großhansdorf

Heimat ist größer

Es ist verständlich, daß sich unsere Zeitung in erster Linie mit Ostpreußen beschäftigt. Aber unsere Heimat im Osten ist doch wesentlich größer als die eine Provinz. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sie auch einmal gut gebildete Berichte über Pommern, Danzig, Schlesien und das Sudetenland bringen würde. Diese schönen Teile Deutschlands interessieren den Leser auch.

Anna Erdmann, Münster



Leonids Reiseschnur

„Ich hab' mir in den USA auch ein Irrenhaus hineinstecken? — Nur lauter wirklich Irrel!“

angesehen. Und was glaubt ihr, wen die dort

Zeichnung: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur auszugsweise veröffentlichen. Die Leserbriefsteller geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleibende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Von Bielkenfeld bis Kut-el-Amara

Vor 130 Jahren wurde Goltz-Pascha geboren — Der Lebensweg eines großen Soldaten

Die Annalen großer Deutscher durchforschend, stößt man verschiedentlich auf Persönlichkeiten von hohem Rang, deren Erkenntnisse und Bestrebungen im Vaterland keinen Anklang fanden oder durch Intrigen und Ränke zum Scheitern verurteilt waren, die aber im Ausland zu Ruhm und Würden gelangten. Zu diesen zählt Colmar Freiherr von der Goltz-Pascha, dessen Erdendasein vor einhundertdreißig Jahren begann.

„Pascha“ war vor 1918 die Bezeichnung für einen im Generalsrang stehenden türkischen Offizier.

Um die Wende des vorigen Jahrhunderts stand es schlecht um das türkische Reich. Die Machtverhältnisse hatten sich seit der Zeit, da Mohammed II., Bajazid II. und Selim I. regierten, grundlegend gewandelt. Damals hatte das türkische Reich seine höchste Blüte gehabt. Selim besiegte 1514 den Schah von Persien, eroberte Armenien und die Mamelucken, unterjochte 1517 auch Syrien, Palästina und Ägypten; Suleiman II. eroberte 1521 Belgrad und vertrieb von der Insel Rhodos die Johanniter, vernichtete 1526 das ungarische Heer und drang 1529 bis Wien vor. Seine Flotten beherrschten das Mittelmeer bis Gibraltar und beunruhigten durch Raubzüge im Indischen Ozean die portugiesischen Kolonien. Den Türken galt damals nicht der Frieden, sondern der Krieg als ein Zustand, der erstrebenswert war.

Aber gerade darin lag auch schon der Keim zu den einsetzenden Mißerfolgen, die — zwar unterbrochen von neuen Siegen — stets weiter abwärts führten.

In der Schlacht bei Zenta am 11. September 1697 wurde unter Führung von Prinz Eugen die türkische Macht in Ungarn gebrochen. Die in Intervallen erfolgenden Angriffe der Russen, die zwar nicht immer siegreich verliefen, aber doch eindrucksvoll an der Substanz des türkischen Machtbereichs zehrten, ließen die Kurve steil abwärts gleiten, abgesehen von den inneren Kämpfen, die mit der Zerrüttung der Finanzen Hand in Hand gingen. Etwa um das Jahr 1880 war es soweit, daß die Regierung in Konstantinopel alle ihr zugefügten Aggressionen hinnehmen mußte, weil die Schlagkraft des Heeres zu dürrig war, um sie abzuwehren.

In dieser Situation wurde der Major und Lehrer für Kriegsgeschichte an der Kriegsakademie zu Berlin, Colmar Freiherr von der Goltz, von der türkischen Regierung nach Konstantinopel gerufen, um eine Neuaufstellung des Heeres und eine Ausbildung in preußischem Stil zu unternehmen.

In den „Nachrichten über die Familie der Grafen und Freiherren von der Goltz“, erschienen 1886 in Straßburg, ist folgendes nachzulesen: „... von der Goltz, ein in Preußen verbreitetes, mit einem Zweig auch in den Niederlanden ansässiges, teils gräfliches, teils freiherrliches Geschlecht, aus dem viele hervorragende Mitglieder der preußischen Militär- und Zivilverwaltung hervorgingen ...“

Und ein Sproß dieser großen und ausgezeichneten Familie war Colmar Freiherr von der Goltz, in einer Chronik als „Militärschriftsteller“ deklariert; zwar hat er kriegsgeschichtliche und militärkritische Werke geschrieben, aber das Allumfassende seiner Leistung begann erst damit.

Dabei sah die Zukunft des kleinen Colmar, als er am 12. August 1843 auf dem Gut Bielkenfeld im Kreis Labiau geboren wurde, alles andere als rosig aus. Sein Vater, der schon früh als Leutnant seinen Dienst beim preußischen Heer quittiert hatte, um sein Gut zu bewirtschaften, hatte bei dem damaligen Tiefstand der Landwirtschaft, die sich noch nicht von den Kriegslasten aus der Zeit der Befreiungskriege erholt hatte, einen so schweren Stand, daß er sein Gut Bielkenfeld zwischen Haff, Deime und Pregel nicht halten konnte; er verkaufte es und erwarb für den Erlös das kleinere Besitztum Fabiansfelde zwischen Königsberg und Preußisch-Eylau.

Als er starb, mußte die Witwe auch dieses Anwesen veräußern, für einen so geringen Preis, daß nach Abzug der Schulden bitter wenig für die Ausbildung des Sohnes übrigblieb. Man erwog bereits, ihn Handwerker werden zu lassen. Weil er sich aber nach Kräften, mit den

Mitteln des Kindes, zur Wehr setzte und Soldat werden wollte, tat sich die Familie zusammen und brachte ihn bei der Kadettenanstalt in Kulm unter; später nahm man ihn als Kadetten in Berlin auf; er wurde Leutnant und besuchte die Kriegsakademie. Im Krieg gegen Österreich wurde er verwundet, trat zwei Jahre später in das Topographische Büro des Generalstabs ein, war auch im deutsch-französischen Krieg Generalstabsoffizier und kehrte als Hauptmann in den Großen Generalstab zurück, wo er in der historischen Abteilung beschäftigt wurde.

In dieser Zeit ist sein Buch über Leon Michel Gambetta, auch in französischer Übersetzung, erschienen. Im Generalstab nahm man ihm dieses Buch aus zwei Gründen übel, einmal weil er den „Helden“ von einer zu freundlichen Seite behandelte, und außerdem, weil er in diesem Werk für eine zweijährige Dienstzeit im Deutschen Heer plädierte. Er wurde deshalb in das 96. Regiment versetzt, doch holte man ihn 1878 in die kriegsgeschichtliche Abteilung des Großen Generalstabs zurück und beförderte ihn zum Major, machte ihn außerdem zum Lehrer für Kriegsgeschichte an der Kriegsakademie.

Was das erwähnte Buch betrifft: Gambetta war ein französischer Staatsmann, der im deutsch-französischen Krieg 1870/71 eine sehr aktive Rolle spielte. Er tadelte im Parlament die leichtfertige Art, Deutschland den Krieg zu erklären, proklamierte nach dem Fall von Sedan die Thronsetzung Napoleons III. und seiner Familie „auf ewige Zeiten“ und übernahm in der Regierung das Department des Krieges und der Finanzen, zog die uneingeschränkte Macht an sich und verstand es, durch seine mitreißenden Reden die Leidenschaften des Volkes zu entzünden.

Er stellte neue Armeen auf und rüstete sie aus. Er glaubte, und übertrug den Glauben auch auf die Volksmassen, daß es möglich sein müßte, durch ein rasch ausgebildetes Massenheer und durch einen Partisanenkrieg im Rücken der deutschen Armeen diese aufzubrechen, Paris zu entsetzen und die Deutschen vom geheiligten Boden des Vaterlandes zu vertreiben. Alle neuen Mißerfolge reizten ihn nur um so mehr; er setzte Generale ab und griff selbst in die Führung ein. Als der Frieden dennoch geschlossen wurde, nahm er seine Entlassung.

Freiherr von der Goltz hatte dieses Buch über Gambetta aus der Sicht des Strategen geschrieben, als Beispiel etwa für die Möglichkeit, im Ernstfall für die Verteidigung große Armeen aufzustellen; darum auch sein Plädoyer für eine kürzere Ausbildungszeit der Rekruten. Die harte Kritik seiner Vorgesetzten und seine Abberufung aus dem Großen Generalstab zur Truppe hatten einen Stachel im Herzen des äußerst fähigen, klugen Offiziers, trotz seiner Rehabilitierung, wenn man seine Rückkommandierung so nennen darf, hinterlassen. Er war nicht glücklich.

Als die Frage an ihn herangetragen wurde, ob



Colmar Freiherr von der Goltz-Pascha

Foto Archiv

er bereit sei, als Reorganisator der türkischen Armee nach Konstantinopel zu gehen, gab er ohne Zögern sein Jawort.

Hier, wo man seine Fähigkeiten, und sei es auch nur aus seinen Schriften, erkannt hatte, wo man ihn brauchte und ihm vertraute, ging eine Verwandlung in ihm vor. Voll und ganz gab er sich seiner Aufgabe hin. Hier konnte er zeigen, was er gemeint hatte und was er zu leisten vermochte. Er wurde zum Adjutanten des Sultans ernannt und in den Generalsrang erhoben. Die Leitung des gesamten Militär-ausbildungswesens lag fortan in seinen Händen.

Die Früchte seines Wirkens zeigten sich bald. Als Griechenland 1897 die Türkei neuerlich zum Kriege herausforderte, rückte das türkische Heer in Thessalien ein und besetzte fast die ganze Provinz; auch in Epirus mißlang ein Eingriff der Griechen. Die Mobilmachung klappte ganz ausgezeichnet und die Führung und Haltung der Truppen war vorbildlich. Die Türkei behielt Thessalien und die Griechen mußten eine hohe Kriegskostenentschädigung zahlen.

Von der Goltz-Pascha, wie er jetzt hieß, hatte aber auch den inneren Anschluß an seine türkischen Freunde gefunden. Das orientalische

Leben bezauberte ihn. Es machte ihn heiter und die Landschaft am Bosphorus schlug ihn in ihren Bann. Es war eine gute, eine fruchtbare Zeit; glücklich und zufrieden und stolz auf den Mann, den sie liebte, war auch die Frau, die er sich aus dem Kreise seiner ostpreußischen Kinderfreundschaften geholt hatte: Therese Dorguth aus Orschen im Kreis Pr.-Eylau.

Nach zwölf Jahren Türkei meldete er sich wieder zum Dienst in und für Deutschland zurück. Man gab ihm ein Kommando in Königsberg. Keinen besseren Dienst hätte man ihm erweisen können, denn er liebte die Heimat, liebte die Stadt seiner karglichen Kinderjahre. Er wurde Chef des Ingenieur- und Pionierkorps und Generalinspektor der Festungen. Die Königsberger waren stolz auf ihren General und ganz Ostpreußen raunte von ihm, von dem Außergewöhnlichen, das ihm anhaftete, zugleich in Scheu vor dem großen Mann und dem Reiz des Fremdartigen, als trüge er das Odeur der Bazare von Bagdad an sich. Er sprach selten und dann nicht sehr viel davon, eher seine Gattin gab das eine oder andere Erlebnis zum Besten beim Kaffeekränzchen, das sie den Damen des Stabes zu geben verpflichtet war.

Von 1902 bis 1907 stand er an der Spitze des I. Armeekorps. In dieser Zeit wurde ihm eine ganz besondere Ehrung zuteil: die Königsberger Universität verlieh ihm die Würde eines Ehrendoktors. Seit 1911 trug er auch die Friedensklasse des Ordens pour le mérite. Danach war er Armee-Inspekteur und erhielt Ehrungen und Orden, nur das, was ihn am meisten erfreute und geehrt haben würde, die Stellung des Chef des Generalstabs der Armee blieb ihm versagt. Beim Großen Generalstab in Berlin betrachtete man ihn immer noch wegen der Gambetta-Schrift als Ketzler.

So kam es, daß nicht Freiherr von der Goltz sein Ostpreußen verteidigte und den Rußlandfeldzug leitete, als 1914 der Krieg ausbrach; statt dessen kehrte er wieder zu seinen türkischen Freunden zurück. Im Frühjahr 1915 wurden ihm alle Truppen in der Türkei unterstellt, die nach Persien vordringen sollten, um von dort aus gegen die Engländer zu operieren. Das Land, in dem er nicht vergessen war, bereitete ihm festliche Empfänge, wobei er im Sultanspalast den ersten Platz neben dem Thron innehatte.

Sechs Tage fuhren sie auf dem Tigris nach Bagdad, auf Flößen aus aufgeblähten Hammelfellen. Auf dem Kriegsschauplatz in Mesopotamien schlossen sie 13 000 Engländer, eine ganze englische Division unter dem Kommando des Generals Townshend so lange ein, bis sie sich ergeben mußte.

Im März infizierte sich von der Goltz an Fleckfieberkrankheit; man nimmt an, auf einer Dampferfahrt nach Bagdad, wobei Verwundete und Kranke das Schiff bis zum letzten Winkel füllten. Noch vom Krankenbett aus leitete er die kriegsrischen Operationen, und der überwältigende Sieg über den Feind konnte ihm noch gemeldet werden. Das nahm er mit hinüber; damit löschte sein irdisches Leben aus, in der Nacht vom 18. zum 19. April 1916. Ein großer Soldat, ein vorzüglicher Mensch, ein Ostpreuße hatte Abschied genommen.

Seine türkischen Freunde haben ihm in Konstantinopel im Therapia-Park eine würdige Ruhestätte geschaffen. p. b.

Pures Gold zahlte man für weiße Falken

Jagdfalken aus dem Ordensland galten ehemals als fürstliche Geschenke

Es soll hier nicht darüber entschieden werden, ob die Beizjagd mit abgerichteten Falken schon den jagdfreudigen Prussen in ihren Wohnsitzen zwischen Weichsel und Memel bekannt war oder ob der Deutsche Ritterorden diese im Mittelalter weiterhin blühende Jagdart erst nach Altpreußen gebracht hat. Es mag hier die durch vielerlei Urkunden belegte Tatsache genügen, daß die Beizjagd zur Ordenszeit in Preußen in hoher Blüte stand und nicht nur von den deutschen Ritters im Ordensmantel, sondern auch nicht weniger eifrig von prussischen Edelingen geübt wurde.

Das Abrichten und schon der Fang der Falken und Habichte, die die Ordensbücher als „Terzel“ bezeichneten, galt als hohe und edle Kunst. Nur der Hochmeister des Ordens hatte — nach einer Verordnung Winrichs von Kniprode —

allein das Recht, Jagdfalken in das Ausland zu versenden, und wir wissen durch die Gründung eines weiteren Falkenhofes durch den Hochmeister Konrad von Jungingen 1396, daß aus dem Haupthaus der Marienburg ein lebhafter Handel mit Beizvögeln in alle Welt getrieben wurde. Der Hochmeister zahlte für einen abgerichteten Falken anderthalb Mark, ein für damalige Zeiten sehr hoher Preis, da eine Mark dem Wert von 480 Kilo Roggen entsprach. Ausländischen Fürsten und Herren zahlten für die Jagdfalken aus dem Preußenland mindestens drei Mark an den Ordensreiter. Auch weiße Falken wurden als große Seltenheiten unter den Beizvögeln aus dem Preußenland geliefert und mit purem Gold bezahlt.

In den waldreichen preußischen Landschaften waren überall „Falkenbuden“ eingerichtet, von denen aus Falkenmeister den Fang und die „Abtragung“ — die Abrichtung — der Habichte und Falken vornahmen. Besonders ergiebige Fangplätze waren das Samland und die Frische Nehrung. Aber auch in der Wildnis an der Südgrenze nach Masowien gab es mehrere Falkenbuden, so bei Soldau und Rhein. Sehr genau wurde über die Kosten für Falkenfang und Aufzucht in den Büchern der Komtureien Rechnung gelegt, und es ist daraus zu folgern, welche Bedeutung die Falknerei im Ordensland besaß. „Falkengeschenke“ des Ordenshochmeisters wie auch später des Herzogs von Preußen an fremde Fürsten waren hochgeschätzte Gaben.

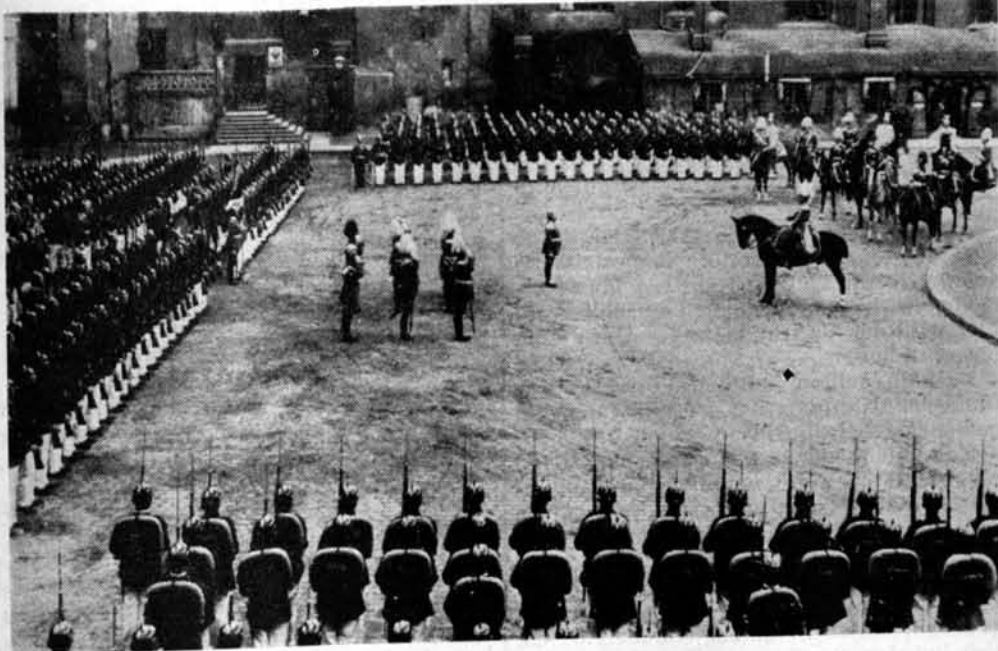
Etwa aus der Zeit um 1696 lautet ein Bericht über eine Reiherbeize: „Man geht auf ein weites ebenes Feld, um weit um sich blicken zu können, am liebsten auf einen kleinen Hügel. Die berittenen Jäger begeben sich mit den Vögeln auf der Faust zu ihren Posten, und wenn ein Reiher gesichtet wird, lassen sie zwei Vögel fliegen. Die Kunst besteht darin, es so abzuweisen, daß die Falken mit dem Vorteil des Windes die Reiher überflügeln. Sobald dieser nämlich den Falken erblickt, versucht er so hoch als möglich in die Luft zu steigen. Das tut auch der Falke, und es ist schön und unterhaltend, welche Wendungen und Künste die beiden machen, um sich zu überflügeln. Wenn der Reiher fühlt, daß er dem Falken nicht mehr entkommen kann, wendet er sich mit vorgestrecktem Schnabel gegen den Feind. Dann packt ihn der Falke von oben und beide stürzen zur Erde. Zu-

weilen wird aber auch der Falke vom Schnabel des Reihers durchbohrt und beide sterben zusammen. Nach der Jagd pflegt man dem Falken eine junge Taube zu geben, damit er von seiner Beute abläßt.“

Es ist das Verdienst des ostpreußischen „Vogelprofessors“ Dr. J. Thienemann von der Vogelwarte Rossitten auf der Kurischen Nehrung, daß die seit zwei Jahrhunderten vergessene Falknerei in den zwanzig Jahren unseres Jahrhunderts in Ostpreußen wieder ein breites Interesse fand. Thienemann veröffentlichte Abhandlungen über die große Tradition der ostpreußischen Falknerei und gab aus seinen einmaligen Erfahrungen auch praktische Ratschläge für die Abrichtung der Beizvögel.

Auf ihn war es auch zurückzuführen, daß 1929 in Ortelburg, der Garnisonstadt des I. Jägerbataillons I.R. 2, ein Falkenverein gegründet wurde, dessen Vorsitzender der jeweilige Kommandeur des Bataillons war, und daß dort ein Falkenhof geschaffen wurde, der der größte seiner Art in Deutschland und wohl auch Europa war. In dessen Gästebuch konnte man lesen: „Den Gedanken, das Jägerbataillon mit der ältesten und weidgerechtesten Jagdart zu verbinden, verdanken wir Herrn Oberleutnant Knabe (verstorben 1973 als Oberst a. D. in Bad Dürkheim). Unser lieber Vogelprofessor Dr. Thienemann, Rossitten, lehrte uns 1929 die Kunst, mit Raubvögeln zu jagen. Dem deutschen Osten dieses kulturelle Werk zu erhalten, es seinen ideellen, ästhetischen, wissenschaftlichen und jagdsportlichen Aufgaben zuzuführen, ist unsere höchste und vornehmste Aufgabe.“

Im Heimatbuch „Der Kreis Ortelburg“ (Holzner-Verlag 1957) wird berichtet, daß der Falkenverein die Nestjungen von Wanderfalken, Habichten und Sperbern mit viel Mühe aus den Horsten besonders im Forstamt Corpiellen holte, sie großzog und durch Falkenmeister Stock abtragen ließ. Der Falkenhof Ortelburg besaß ca. 40 abgetragene Beizvögel und zeigte auf Beizjagden in ganz Ostpreußen das hohe Können seiner Beizvögel und ihres Meisters. Selbst Beizjagden zu Pferde fanden statt. Auch der berühmte Thienemannsche Kaiseradler „Sturm“, der einzige Kaiseradler Deutschlands, der für die Beize abgerichtet war, hatte hier im Falkenhof seinen Standort.



Zu Goltz-Paschas Zeit in Königsberg: Kaiser Wilhelm II. (zu Pferde) übergibt dem Pionierbataillon Fürst Radziwill eine neue Fahne (1910) Foto Archiv

Wohnungsbau:

Die breite Mittelschicht ist betroffen

Herr in den eigenen vier Wänden: Für viele Bausparer nicht mehr zu verwirklichen?

Hamburg — Das ist schon ärgerlich! Da sparen die Bausparer treu und brav jahrelang ihr Guthaben an, kalkulieren genau Eigenkapital und Fremdkapital, um über die Runden zu kommen. In diese Kalkulation konnten sie bisher auch die Steuervergünstigung nach Paragraph 7b mit einbeziehen. Das ist nun vorläufig vorbei. Auch für die Vielzahl der Bausparer, die nur einmal im Leben von dieser Vergünstigung unter sonst großen persönlichen und materiellen Anstrengungen Gebrauch machen können. Selbst Fachleute waren davon überrascht, daß die Bundesregierung in ihr Stabilitätspaket auch die Aussetzung der erhöhten Abschreibung für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie für Eigentumswohnungen einbezogen hat.

Die Vorschrift des Paragraphen 7b trat am 1. Januar 1949 in Kraft. Zwischenzeitlich wurde sie mehrfach modifiziert. Bisher wurde ihr Vollzug jedoch noch niemals ausgesetzt. Zwar setzte das Steueränderungsgesetz vom 30. Juli 1960 die Begünstigungshöhe von 10 auf 7,5 Prozent herab, und eine weitere Einschränkung erfuhr die Vorschrift durch das Gesetz zur Einschränkung des Paragraphen 7b vom 16. Mai 1963. Zur Begründung der Einschränkung hatte die Bundesregierung damals ausgeführt, daß auf dem Baumarkt seit Jahren ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bestehe, das zu einem ständigen und erheblichen Ansteigen der Preise geführt habe.

Da eine Ausweitung des Angebots in dem erforderlichen Ausmaße kurzfristig unmöglich sei, könnten gesunde Verhältnisse nur durch Dämpfung der Nachfrage erreicht werden. Daher sollten die von den erhöhten Absetzungen nach Paragraph 7b profitierenden Baumaßnahmen vorübergehend eingeschränkt werden. Damals wurde die Vergünstigung nur noch für die eigentumspolitisch besonders förderungswürdigen Eigenheime, Kleinsiedlungen und eingegrenzten Eigentumswohnungen zugelassen.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Einschränkung des Paragraphen 7b EStG hatte die Bundesregierung damals erstmalig den Vermögensbildungscharakter dieser Form der Wohnungsbauförderung hervorgehoben. Auch in der Folgezeit, insbesondere bei der Novellierung des Paragraphen 7b durch das Gesetz zur Neuordnung der Absetzung für Abnutzung bei Gebäuden vom 16. Juni 1964, wurde die Absicht des Gesetzgebers, privates Kleineigentum als besondere Form der Vermögensbildung zu fördern, unterstrichen.

Die Landesbausparkassen/Öffentliche Bausparkassen fühlen sich als legitime Interessenvertreter ihrer Bausparer. Seit Jahren treten sie für die Rückgewinnung

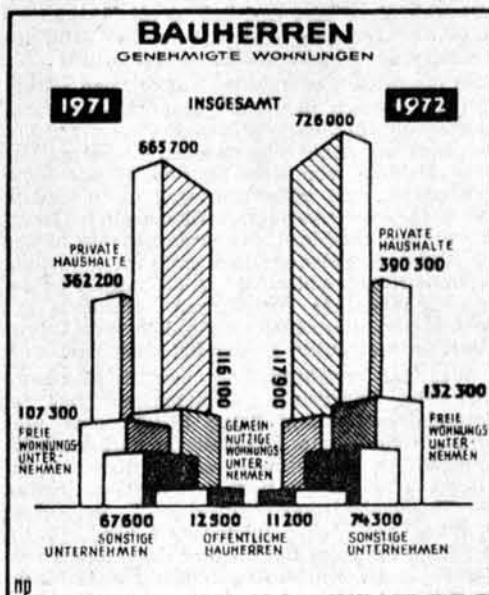
der Geldwertstabilität ein. Diesem Grundsatz haben sie oberste Priorität eingeräumt. Die Bausparkassen können daher jetzt nicht in Wehklagen ausbrechen, wenn die Maßnahme der Bundesregierung auch einen harten und schmerzhaften Eingriff für die Bausparer darstellt. Insofern ist die zeitweise Aussetzung des Paragraphen 7b zwar kein angenehmer, aber ein richtiger Schritt in der auch von den Bausparkassen gewiesenen Richtung.

Folgendes ist aber zu bedenken: Nach den Zahlen zum Jahresende 1972 sind mehr als zwei Drittel aller Bausparer der Landesbausparkassen/Öffentlichen Bausparkassen Arbeitnehmer, die ihre Bausparverträge erfahrungsgemäß für den Bau eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung verwenden. Diese Bausparer betrachten Haus und Grundbesitz zugleich als eine Maßnahme der Vermögensbildung im engeren Sinne. Das wird auch dadurch erhärtet, daß diese Bevölkerungsgruppe zu 71 Prozent das 624-DM-Gesetz über Bausparverträge ausgenutzt hat.

Der Wegfall der 7b-Abschreibung trifft daher in erster Linie die breite Mittelschicht von Arbeitnehmern, Beamten und Selbstständigen, deren Einkommen gerade über den Grenzen für den sozialen Wohnungsbau liegen. Bei dieser Sachlage wird die Aussetzung des Paragraphen 7b auch ihre Wirkung insofern nicht verfehlen, als die meisten der betroffenen Bausparer bis zum 1. Mai 1974 keinen Antrag auf eine Baugenehmigung stellen werden. Auch die Bausparkassen könnten in dieser Richtung beratend tätig sein, wenn sie die Gewißheit hätten, daß nach diesem Zeitpunkt gerade diese Bevölkerungskreise für den Erwerb von Wohnungseigentum die Steuervergünstigung nach Paragraph 7b wieder in ihre Pläne einkalkulieren können. Eine

entsprechende Zusicherung der Bundesregierung wäre sehr von Nutzen, damit sich die Pläne der Bausparer verwirklichen, einmal im Leben Herr in den eigenen vier Wänden zu sein.

Dr. Alfred Röher



Hamburg — Für 768 500 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden wurden 1972 Baugenehmigungen erteilt. Das war der Nachkriegsrekord. Davon lagen 726 000 Wohnungen in Wohngebäuden. Unter den Bauherren stehen nach wie vor die privaten Haushalte an der Spitze. Die Zahl der für sie genehmigten Wohnungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Prozent. Bei den freien Wohnungsunternehmen betrug die Zunahme jedoch 23,3 Prozent, bei den sonstigen Unternehmen 9,9 Prozent, bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen dagegen nur 1,6 Prozent. Bei den öffentlichen Bauherren ergab sich sogar eine Abnahme der genehmigten Wohnungen.

Junge Ostpreußen, die ihre Angehörigen suchen

1. Gesucht werden Eltern und Angehörige für eine junge Frau, die mit Vornamen angeblich Traute heißt und etwa 1940/41 geboren ist. Traute hat graublaue Augen und blondes Haar. Sie soll in der Nähe von Sensburg aufgefunden worden sein und wurde im Juni oder Juli 1944 auf dem Bahnhof in Wartenburg, Kreis Allenstein, durch einen Bahnbeamten, zwei Angestellten des Kinderheimes Wartenburg übergeben.

2. Gesucht werden Eltern oder Angehörige einer jungen Frau, die angeblich Helga oder Hilde Neumann heißt und etwa 1940/41 geboren ist. Sie hat blaugraue Augen und kastanienbraunes Haar. Im Sommer 1947 wurde sie mit noch weiteren Kindern, die aus Ostpreußen stammten, in das Kinderheim Konstancin bei Warschau eingeliefert, zuvor befand sie sich höchstwahrscheinlich in einem Kinderheim in Ostpreußen. Helga Neumann kann eventuell aus dem Kreis Allenstein, Rastenburg, Sensburg oder Röbel stammen. Sie erinnert sich an einen Bruder, eine ältere Schwester und will mit Vater und Mutter in einem Parterrehaus gewohnt haben. Ferner erinnert sie sich, daß sie später mit ihrer Mutter in einem Dorf auf einem Zimmer gewohnt und mit Kindern auf dem Felde im Heu gespielt hat. Die Mutter soll in dem Zimmer an einem Beinleiden gestorben sein.

3. Aus Großgarten, Kreis Angerburg, wird Erika Stroetzel, geb. am 22. August 1924, gesucht von ihrem Sohn Werner Stroetzel, geb. 26. Mai 1944. Die Gesuchte wurde Anfang des Jahres 1945 von ihrem Sohn getrennt.

4. Aus Karkheim, Kreis Angerapp, wird Ernst Mertins, geb. 20. November 1897 oder 1898, gesucht von seiner Tochter Helga, geb. 8. März 1938. Der Gesuchte wurde in der Nähe des Dorfes Kuckenhütte, Kreis Angerapp, von seiner Familie getrennt.

5. Vermutlich aus Königsberg oder der näheren Umgebung werden Eltern oder Angehörige gesucht für Johannes Kostrow, geb. etwa 1941, und Peter Kostrow, geb. etwa 1942/43. Peter und Johannes kamen im Herbst 1947 mit einem Aussiedlertransport aus einem Waisenhaus in Königsberg nach Mitteldeutschland.

6. Aus Königsberg wird Hildegard Klein, geb. etwa 1924/25 gesucht von ihrer Tochter Renate Klein, geb. 6. Februar 1944 in Königsberg. Renate soll auch noch weitere Geschwister haben.

7. Aus Königsberg wird Eva Maronse, geb. 1928, gesucht von ihrem Bruder Hans-Dieter Maronse, geb. 1944. Auf der Flucht im Jahre 1945 soll Hans-Dieter in Danzig von seinen Angehörigen getrennt worden sein.

8. Aus Königsberg, Sternwartstraße 56, wird Frieda Meller gesucht von Manfred Meller, geb. 5. Februar 1940. Frau Meller war vermutlich von Beruf Hausgehilfin. Sie soll noch einen Sohn Dieter, geb. etwa 1943, gehabt haben.

9. Aus Königsberg, Sackheim 10, wird Berta Tengler, geb. 10. März 1919, gesucht von ihrem Sohn Dietmar Tengler, geb. 15. Mai 1943 in Königsberg. Frau Tengler war bei der Firma Tengelmann in der Vorstädtischen Langgasse beschäftigt. Im April 1945 hat man sie das letzte Mal in Tenkitten bei Neukuhren gesehen.

10. Vermutlich aus Königsberg oder aus dem Kreis Samland werden Eltern und Angehörige gesucht für Hans-Peter Weber, geb. 25. Oktober 1943. Hans-Peter kam mit einem Transport aus der Kinderklinik Königsberg-Schwarzenberg.

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, 2 Hamburg 13, Postfach 8047, unter Kindersuchdienst 8/73.

Auskunft wird erbeten über ...

... die Nachkommen des August Bortz, der 1842 geboren und 1861 von Ostpreußen nach den USA ausgewandert ist.

... Otto Pauke, aus Labiau, Bürovorsteher bei Rechtsanwalt Buhrke in Labiau, Königsberger Straße 69.

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Suchdienst, 2 Hamburg 13, Postfach Nr. 8047.

Sozialrecht:

Sonderleistungen für Wehrpflichtige

Neuregelungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz jetzt erfolgt

Bonn — Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums sind für die wehrpflichtigen Soldaten der Bundeswehr Neuregelungen bei den Sonderleistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz in Kraft getreten. Dabei geht es um Beiträge für Lebensversicherungsverträge, Bauspar- und Prämiensparverträge wie auch um den Sparvertrag über vermögenswirksame Leistungen nach dem 624-Mark-Gesetz.

Bei Anträgen auf Erstattung von Sparbeiträgen als Sonderleistungen vertreten die Unterhaltssicherungsbehörden der Stadt- und Landkreisverwaltungen bisher die Auffassung, daß bei Lebensversicherungs-, Bauspar- und Prämiensparverträgen nicht nur der Vertrag selbst zwölf Monate vor der Einberufung zum Wehrdienst bestanden haben mußte, sondern auch die Verpflichtung zur Zahlung der Sparbeiträge.

Wurde z. B. der Wehrdienst am 2. März 1973 angetreten, so mußte der erste Beitrag spätestens am 1. 3. 1972 gezahlt worden sein, um eine Beitragserrstattung als Sonderleistung zu erhalten.

Das ist jetzt anders geworden. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts kommt es ab 1. April 1973 nur noch darauf an, daß der Vertrag zwölf Monate vor der Einberufung wirksam abgeschlossen worden ist. Der Beginn der Zahlungsverpflichtung ist nicht mehr von Interesse, d. h. er kann erst kurz vor der Einberufung oder während des Wehrdienstes liegen!

Für einen Sparvertrag über vermögenswirksame Leistungen (624-Mark-Gesetz) konnten bisher keine Beiträge erstattet werden. Auch hier ist eine Änderung zugunsten der Wehrpflichtigen eingetreten.

Vom 1. Juli 1973 an kann der wehrpflichtige Soldat auf Antrag auch für derartige Verträge Sonderleistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz in bestimmten Grenzen erhalten. Die Zwölfmonatsfrist (wie bei den anderen Verträgen) gilt auch hierbei.

Allerdings erhält der Wehrpflichtige keine Prämie, wenn er die Sonderleistung auf den bisherigen Sparvertrag über vermögenswirksame Leistungen einzahlt. Auch hier wird der Vertrag trotz der Einzahlung unterbrochen.

Deshalb sollten, so der Vorschlag des Bundesministeriums der Verteidigung, die gewährten Leistungen auf einen bestehenden prämienbegünstigten Ratensparvertrag eingezahlt oder ein neuer prämienbegünstigter Vertrag abgeschlossen werden.

In allen Fällen müssen die Sonderleistungen bei den Unterhaltssicherungsbehörden neu beantragt werden — auch wenn ein früherer Antrag abgelehnt worden ist. Wehrpflichtigen Soldaten wird empfohlen, sich bei den Sparkassen oder Banken beraten zu lassen.

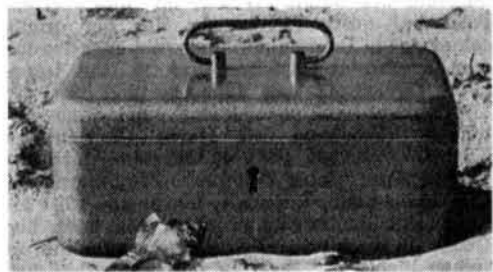
E. M.

Die Kriminalpolizei rät:

Saisondieben das Geschäft verderben

Urlaubsraune darf Reisende nicht leichtsinnig machen

Wiesbaden — Saisondiebe — die gibt es wirklich. Und sie machen leichte Beute, weil die Urlaubsfreude und -entspannung sorglos macht. Wer mag denn schon an Diebe denken, wenn er frohen Herzens in Feld und Flur wandert. Am Rastplatz wird die Jacke ausgezogen, die Brieftasche steckt darin. Man schlendert nur etwas in der Gegend herum, sucht ein paar Beeren, beobachtet die Natur und läßt den Rastplatz aus



den Augen. Kommt man zurück, ist die Jacke, vielleicht auch nur die Brieftasche fort. Andere stellen ihren Kraftwagen am Wanderparkplatz im Walde ab; aber weil es so warm ist, bleiben die Fenster offen, vielleicht läßt man sogar den Zündschlüssel stecken und vergißt das Abschließen des Wagens. Dem Saisondieb ist all das, was im Wagen liegt, eine willkommene Beute; er kann ja auch in Ruhe arbeiten, weil er genau beobachtet hat, daß sich die Wageninsassen entfernt haben und nun sicher nicht so schnell zurückkommen werden.

Auch mancher Urlauber, der an einer süd-

lichen Meeresküste ein frisches Bad nehmen wollte, hat schon erleben müssen, daß, während er fröhlich im klaren Wasser schwamm, gleich der ganze Wagen gestohlen wurde. Es sind Fälle bekannt, in denen der Bestohlene, der weit ins Meer hinausgeschwommen war, aus der Ferne mit ansehen mußte, wie sein Fahrzeug ausgeplündert oder fortgefahren wurde, ohne daß er eingreifen vermochte.

Saisondiebe! Das sind Verbrecher, die die Sorglosigkeit anderer einkalkulieren und zur Grundlage ihres Treibens machen. Es gibt keine für alle Fälle sichere Methode, sich ihrer zu erwehren. Aber man kann selbst viel gegen sie tun. Man läßt nichts unbeaufsichtigt am Rastplatz liegen, man sichert das parkende Kraftfahrzeug, läßt keine begehrten Gegenstände (z. B. Filmgeräte) sichtbar darin liegen und schließt die Fahrzeugfenster, man löst sich beim Schwimmen im Waldweiher ab, so daß immer einer die abgelegten Kleider bewachen kann — um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Die Urlaubsstimmung darf nicht zum Leichtsinne verleiten. Auch nicht auf dem Campingplatz, im Hotel oder auf der Bank im Park. Wer seine Sachen dort achtlos herumliegen läßt, darf sich nicht wundern, wenn sich andere ihrer angenommen haben. Andere — das sind die Saisondiebe, die auf die Unachtsamkeit ihrer Mitmenschen spekulieren. Verderben wir ihnen das Geschäft durch Vorsicht und Aufmerksamkeit.

L. K.

Der Hauptgewinn: Ein Auto auf Losnummer 18674

Bei der Bundesgeschäftsführung wurden in Hamburg jetzt die Preise der Festabzeichen-Tombola ausgelost

Endlich haben auch die letzten noch ausstehenden Gruppen ihre Abrechnungen über den Verkauf der Festabzeichen zum Bundestreffen 1973 abgegeben, und das ist nicht ganz unwichtig — nicht nur aus finanziellen Gründen für die Landsmannschaft, sondern auch für die Mitglieder der Landsmannschaft und Leser des Ostpreußenblattes, die ein oder mehrere Festabzeichen gekauft haben. Jedes Festabzeichen war ja bekanntlich mit einer Losnummer gekoppelt, die zur Teilnahme an einer Verlosung berechnete, bei der mehr als zweihundert schöne Preise zu gewinnen waren.

Am Mittwoch vergangener Woche war es nun soweit: Im Sitzungszimmer des Ostpreußenhauses in der Hamburger Parkallee versammelten sich eine Reihe von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsführung, um in Anwesenheit von Dr. Günther Lindenau, Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung, und Bundesgeschäftsführer Friedrich-Karl Milthaler die Verlosung vorzunehmen. Zwei große Wannen waren mit gut gemischten Losen gefüllt, aus denen es die Gewinne zu ermitteln galt. „Glücksfee“ war Frau Ursula Illas, eine junge Spätaussiedlerin, die in der Anzeigenabteilung des Ostpreußenblattes arbeitet. Sie war es, die immer wieder in die Wannen griff und die Lose herausholte, die mit einem Gewinn bedacht wurden.

So, und nun nehmen Sie am besten Ihre eigene Losnummer zur Hand und studieren Sie die folgende Liste.

Die Gewinnliste

Der Hauptgewinn, ein Personenwagen vom Typ Simca 1100, entfällt auf die Losnummer 18674.

Ein Trakehner Fohlen (oder den Gegenwert in bar) gewann das Los mit der Nummer 20713.

Eine Reiseflasche in Silber mit Bernstein: Nr. 11847.

Ein Reisegutschein für die Deutsche Bundesbahn im Werte von 250,— DM: Nr. 22426.

Ein Reisegutschein für die Deutsche Bundesbahn im Werte von 100,— DM: Nr. 03773.

Ein Ölgemälde: Nr. 19004.

Je ein Exemplar „Ostpreußen in 1440 Bildern“: Nr. 22288, Nr. 35364, Nr. 01324, Nr. 01492, Nr. 23937, Nr. 33360.

Ein Original-Kurenwimpel, ca. 110 cm lang: Nr. 32317.

Ein Holzgeschnittener Elch: Nr. 33083.

Ein Kurenwimpel, 50 cm lang: Nr. 32390.

Je ein Präsentkorb mit Fischspezialitäten: Nr. 42779, Nr. 41673.



Viele schöne Preise vom Kurenwimpel bis zum heimatlichen Getränk

15 Kartons portugiesischer Rotwein mit je 4 Geschenkflecken zu 2,05 Liter: Nr. 10420, Nr. 07664, Nr. 25860, Nr. 09650, Nr. 08226, Nr. 39306, Nr. 32857, Nr. 26946, Nr. 35481, Nr. 38080, Nr. 41029, Nr. 40985, Nr. 31688, Nr. 40286, Nr. 23984.

Ein Exemplar Gause: „Königsberg in Preußen“: Nr. 08860.

Ein Exemplar: „Große Deutsche aus Ostpreußen“: Nr. 36347.

Je ein Exemplar: „Erinnerungen an Ostpreußen“: Nr. 45380, Nr. 31865.

Je ein Exemplar Matull: „Von Grafen, Pastoren und Marjellen“: Nr. 03882, Nr. 08731.

Je ein Exemplar Klootboom: „Carol“: Nr. 02661, Nr. 32324, Nr. 40128.

Je ein Exemplar von Sanden-Guja: „Im Wechsel der Jahreszeiten“: Nr. 00473, Nr. 38295, Nr. 09462, Nr. 16612, Nr. 09255.

Je ein Exemplar Georg Banzeros: „Deutschland ruft dich“: Nr. 39394, Nr. 19528.

Eine Geschenkpäckung Briefpapier: Nr. 34969.

Je eine Flasche echt ostpreußischer Bärenfang

(0,7 l): Nr. 03491, Nr. 33915, Nr. 23725, Nr. 06703, Nr. 30789, Nr. 15518, Nr. 39079, Nr. 12551, Nr. 31611, Nr. 08551, Nr. 17141, Nr. 01899, Nr. 42066, Nr. 27312, Nr. 14352, Nr. 19049, Nr. 33509, Nr. 24453, Nr. 07528, Nr. 24765, Nr. 24820, Nr. 40278, Nr. 36089, Nr. 32253, Nr. 11058, Nr. 14401, Nr. 04602, Nr. 35845, Nr. 24572, Nr. 14745.

Je eine Flasche Kosakenkaffee (0,7 l):

Nr. 02967, Nr. 24168, Nr. 08543, Nr. 13595, Nr. 11745, Nr. 24969, Nr. 41906, Nr. 27988, Nr. 31792, Nr. 33418, Nr. 39161, Nr. 06023, Nr. 29080, Nr. 10869, Nr. 30564, Nr. 39863, Nr. 17524, Nr. 22625, Nr. 38396, Nr. 22321, Nr. 18384, Nr. 22494, Nr. 24626, Nr. 32815, Nr. 00550, Nr. 16556, Nr. 15433, Nr. 39009, Nr. 29446, Nr. 02374.

Je eine Flasche Krambambuli (Kirsche, herb —

Danziger Lachs, 0,7 l): Nr. 16341, Nr. 07414, Nr. 40137, Nr. 15361, Nr. 23752, Nr. 24025, Nr. 33936, Nr. 12143, Nr. 23895, Nr. 25372, Nr. 08777, Nr. 06874.

Je eine Geschenkpäckung Königsberger Marzipan:

Nr. 00752, Nr. 24549, Nr. 05984, Nr. 30751, Nr. 28443, Nr. 00876, Nr. 08133, Nr. 31069, Nr. 05114, Nr. 33263, Nr. 15090, Nr. 07235, Nr. 38253, Nr. 16885, Nr. 16257, Nr. 26529, Nr. 20727, Nr. 25003, Nr. 04998, Nr. 45140.

Je eine Flasche Danziger Lachs (Goldwasser,

0,5 l): Nr. 08895, Nr. 32842, Nr. 08630, Nr. 16287, Nr. 03843, Nr. 38927, Nr. 04210, Nr. 42633, Nr. 05203, Nr. 22137, Nr. 36999, Nr. 38747, Nr. 03861, Nr. 23747, Nr. 09663, Nr. 34149, Nr. 27614, Nr. 33583.

Je eine Flasche Danziger Lachs (Kurfürst, 0,5 l):

Nr. 00264, Nr. 35947, Nr. 06707, Nr. 16212, Nr. 06078, Nr. 19428, Nr. 24640, Nr. 11353, Nr. 19863, Nr. 05004, Nr. 05073, Nr. 16220, Nr. 32357, Nr. 38704, Nr. 39167, Nr. 07002, Nr. 00694, Nr. 16551.

Je eine Flasche Danziger Lachs (Pomeranzen,

0,5 l): Nr. 31735, Nr. 30954, Nr. 24438, Nr. 16394, Nr. 16617, Nr. 05055, Nr. 22667, Nr. 28369, Nr. 32748, Nr. 41998, Nr. 18933, Nr. 05224.

Je eine Flasche Bärenfang (0,35 l): Nr. 18464,

Nr. 13833, Nr. 02665, Nr. 12926, Nr. 23316, Nr. 22273, Nr. 02868, Nr. 41401, Nr. 45988, Nr. 35624, Nr. 13736, Nr. 38898.

Je eine Flasche Kosakenkaffee (0,35 l):

Nr. 45099, Nr. 45927, Nr. 02387, Nr. 27112, Nr. 41626, Nr. 40589, Nr. 08291, Nr. 34421, Nr. 29806, Nr. 38136, Nr. 29933, Nr. 42233.

Je eine Flasche Rilling-Sekt (0,7 l): Nr. 01458,

Nr. 38219, Nr. 39554, Nr. 38962, Nr. 21791, Nr. 01901, Nr. 22089, Nr. 14935, Nr. 16412, Nr. 38055, Nr. 16210, Nr. 17008, Nr. 41002, Nr. 00208, Nr. 33986.

Ein Barpreis von 20,— DM: Nr. 30957.

Haben Sie etwas gewonnen? Dann senden Sie bitte bis spätestens 10. Oktober Ihre Losnummer mit gut lesbarer Anschrift (am besten Druckbuchstaben) ein an die

Landsmannschaft Ostpreußen
Bundesgeschäftsführung
2000 Hamburg 13, Parkallee 86

Im Mittelpunkt stand das Pferd

29. Preußische Tafelrunde hörte Vortrag über Trakehnen

Unter den 140 Gästen der 29. „Preußischen Tafelrunde“ konnte die Pforzheimer Gruppe der Landsmannschaft neben dem Referenten Diplom-Chemiker Dieter Hildebrand den Altbundestagsabgeordneten Siegfried Meister, viele Stadt- und Altsiedler, den Stadtdirektor und Kreisjägermeister, stellvertretend für alle geladenen Gäste der Pforzheimer und ländlichen Reitervereine den Vorsitzenden Fabrikant Robert Hafne rund unter den vielen auswärtigen Gästen aus Rastatt, Stuttgart und Heidelberg Albrecht Wüst begrüßen, der in Ellmendingen eine Deckplatte für Trakehner Hengste unterhält.

Dem Pferdethema entsprechend, begann der Abend mit dem „Füttern und Tränken bei gelockerten Gurten“ mit einer, auf die ostpreußischen Wälder bezogene Waldmeisterbowle und einem nach alten Allenstein Rezepten gerichteten Essen von Rinderbrust mit Meerrettich und Bouillontkartoffeln, die den zwei Dritteln Nichtostpreußen ebenso vortrefflich schmeckten, wie den gastgebenden Ostpreußen. Nach diesem Auftakt mit typischen Getränken und Gerichten der Heimat und angeregten Tischgesprächen, begann der Referent des Abends, selbst leidenschaftlicher Reiter und stolzer Besitzer edler Pferde, seinen Vortrag mit einer geschichtlichen Rückblende in die uralte ostpreußische Pferdegeschichte, die mit den Wildpferden, den pruzischen Schweiken und den ersten Streitrössern der Ordensritter ihren Anfang nahm. Über die planmäßige Pferdezucht der Hochmeister und später der preußischen Fürsten und Könige entwickelte sich mit der Gründung des Gestütes in Trakehnen vor fast 250 Jahren jenes edle, leistungsfähige und kluge ostpreußische Pferd, das mit dem siebenendigen Eichschaufelbrand heute zur Elite zählt. Graf Schwerin, Domhardt, von Burgdorff und schließlich Graf Lehndorff waren die großen Förderer, in Notzeiten auch Retter des Gestütes.

Der mit großer Leidenschaft und erstaunlicher Sachkenntnis von diesem gebürtigen Pforzheimer Pferdefreund dargebrachte Vortrag griff nicht nur tief in die geschichtlichen Abläufe vergangener Jahrhunderte, sondern nahm auch mit den Aussprüchen einstiger großer Zeitgenossen sinnvoller Bezug zu Mensch und Pferd und zum Gestüt Trakehnen. Erschütternd waren jene

Schilderungen, wie unter oftmals schon dramatischen Umständen die Hengste und Stuten vor schwerer, kriegerischer Bedrohung und Vernichtung gerettet wurden. Zuletzt war es in unserer Zeit Landstallmeister Dr. Ehlers, der in einem, in der Geschichte wohl einmaligen Treck 1200 Pferde des Gestütes durch verfolgende Panzer und angreifende Tiefflieger über die Fluchtstraßen des Haffes und der Nehrung meist im Trab in den Westen rettete. Diese größte Leistungsprobe, die Pferde unter solchen Umständen je bestanden, bestätigt nachdrücklich das Werk des Grafen Lehndorff, der in den zwanziger Jahren das noch heute gültige Zuchtziel festlegte und eine Prüfungsordnung für die Trakehner einführte. Wenn sich heute der Trakehner, wie in der Bundesrepublik und in der ganzen Welt, so auch im baden-württembergischen Haupt- und Landgestüt Marbach durchsetzt, wo 71 Trakehner Warmbluthengste stehen, so beweist dies den hohen Zucht- und Leistungsstand. Für die vertriebenen Ostpreußen bleibt der Trakehner mit der Elchschaufel, der auch in den Ställen in und um Pforzheim immer häufiger anzutreffen ist, ein lebendiges und leibhaftiges Stück ostpreußischer Heimat. Zugleich symbolisiert es den Brückenschlag zur neuen Heimat durch gelungene Integration, wie dies durch die in den Vortrag eingeschlossene Würdigung der Arbeit in dem 400jährigen Marbacher Gestüt zum Ausdruck kam.

Die Zuhörer dankten dem Referenten mit lang anhaltendem Beifall. Ein Film, vor fast 35 Jahren in Trakehnen entstanden, machte die Ostpreußen und alle Pferdefreunde noch einmal besinnlich im Nacherleben jenes entrückten Pferdeparadieses. Die beiden Vorsitzenden der Gruppe fanden dankbare Worte für diese Darstellung ostpreußischer Zuchtleistung, ostpreußischer Pferdeliebe und ostpreußischen Fluchtschicksals. Besser als manche, in der nun acht Jahre währenden Veranstaltungsreihe der „Preußischen Tafelrunde“ dargestellte Persönlichkeit aus dem Land zwischen Memel und Weichsel hat es gerade das Trakehner Pferd geschafft, zum Verständnis und zur Anerkennung vollbrachter großer Leistung im verloren gegangenen deutschen Osten beizutragen.

Werner Buxa



Ursula Illas zieht den Hauptgewinn

Foto Victoria Passarge

Eine Halskette aus Naturbernstein: Nr. 16068.

Je ein Brieföffner, mit Naturbernstein verarbeitet: Nr. 39290, Nr. 35182, Nr. 06768.

Je ein Flaschenzierkorken in Silber mit Naturbernstein: Nr. 07060, Nr. 41559, Nr. 09240.

Je ein Schlüsselanhänger mit Naturbernstein: Nr. 38529, Nr. 42965, Nr. 24116.

Ein Wandteller, original Wächtersbacher Keramik: Nr. 41892.

Eine Pferde-Statuette in Messing: Nr. 00931.

Eine Tischglocke in Messing: Nr. 38749.



Der dritte Preis: Eine schöne Reiseflasche aus handgetriebenem Silber, mit Bernstein verarbeitet

Eine kam aus Kanada zum Klassentreffen

Fröhliches Wiedersehen der Frischbier-Schülerinnen aus Königsberg

Ludwigsburg — In jeder Folge des Ostpreußenblattes sind einige Seiten der landmannschaftlichen Arbeit und den Kreisnachrichten gewidmet. Daraus habe ich entnommen, daß Treffen von Schulgemeinschaften, Vereinen und Verbänden überall stattfinden, die wohl weit im voraus organisiert werden. Für die von mir besuchte Schule besteht keine Gemeinschaft und doch fand nach nur dreimonatiger Vorbereitungszeit ein Klassentreffen statt, das auf privater Basis aufgebaut war und ein voller Erfolg wurde.

Angeregt durch ein erhaltengebliebenes Klassenbild ließ ich Ende 1970 die Mitschülerin Gertrud suchen, und wir kamen auch bald zusammen. Dieses Wiedersehen brachte mir weitere gerettete Aufnahmen aus der Jugendzeit und weckten damit das Interesse, die Ehemaligen der Klasse ausfindig zu machen. Ich setzte mich mit den Suchstellen in Duisburg und Lübeck in Verbindung. Der Kreis der Mitschülerinnen wurde immer größer, ich hörte von vielen Schicksalen und zeichnete sie in einem Buch auf. Mit weiteren Fotos kamen dann längst vergessene Gesichter und Namen wieder in Erinnerung, die ebenfalls wieder ausfindig gemacht wurden. Die Verbindungen untereinander konnten hergestellt werden, einige Schulfreundinnen besuchten sich, und das war auch das Ziel meiner Bemühungen.

Eine vom Suchdienst mitgeteilte Anschrift ließ ich ein Jahr lang unbeachtet, weil ich annahm, daß hier kein Zusammenhang mit der Geschichte besteht, da als Heimatstraße keine „Roßgärten“ angegeben war. Erst Ende 1972 fragte ich an, ob ein Verwandtschaftsverhältnis bestehe. Die Antwort überraschte mich und Edith schrieb gleich im ersten Brief u. a.: „Ich weiß nicht, wie viele Anschriften Du hast. Ob es wohl mal zu einem Treffen kommen könnte? Ob das Interesse groß genug bei allen ist? Mein Mann leitet ein Familienerholungsheim in einem landschaftlich herrlich gelegenen Ort in Westfalen. Ich könnte das Haus an einem Wochenende freihalten. Wo Du Gelegenheit hast, dies zur Sprache zu bringen, tu es doch bitte.“ Ich brachte es „zur Sprache“ mit zwei Rundschreiben. Um die noch fehlenden Mitschülerinnen einladen zu können, bemühte ich mich um deren Anschriften, was mir leider nicht gelang. Vielleicht lesen die Angesprochenen diese Zeilen, erkennen sich auf dem Foto wieder und melden sich dann.

Die Möglichkeit zu einem Klassentreffen wurde von fast allen „Wiedergefundenen“ genutzt. Somit trafen sich 24 von 42 Frischbierschülerinnen der Königsberger Volksschule vom Abgangsjahr 1938 jetzt 35 Jahre nach der Schulentlassung in Oberkirchen, Westfalen. Es war ein freudiges, bewegtes Wiedersehen. Man lag sich mit Lachen und Weinen in den Armen, war glücklich und dankbar, daß es geschehen durfte. Selbst die Ehemänner waren ganz gerührt. Auch Wiedersehensschwierigkeiten gab es, die bei Namensnennung schnell überwunden waren. Man fühlte sich bei Edith sofort wie zu Hause und der Ausspruch von Ursula: „Ich bin rundherum glücklich“ kennzeichnet die Atmosphäre. Das „Fest der Feste“, wie Edith es nannte, hatte sie wohl vorbereitet und ihre Gäste mit selbstgebackenem ostpreußischen Kuchen empfangen. Ihr Programm, vorgetragen in Form von gekonnten Reimen mit Erinnerungen an die Schul-

zeit, Erkenntnissen und ein Gedenken an die in Norddeutschland lebende Lehrerin, die die Klasse acht Jahre führte, ließ an diese Gedanken des Dankes wachwerden.

Ein paar lustige Geschichten und Musik auf der Harmonika fanden kein rechtes Gehör mehr, denn der Erinnerungsdrang war stärker und man wurde des Erzählens und des Fragens nicht müde. So haben sich manche Mädchen von Freitag bis Montag heiser geredet. Die Erinnerungen an unsere Schulerlebnisse und Jugendzeit ließen uns die Heimat nahe sein und deutlich empfinden.

Die Ehemänner mußten es sich gefallen lassen, mit den Mädchennamen ihrer Frauen angesprochen zu werden, da die anderen Namen unter uns noch nicht gefestigt waren.

Oberkirchen hat keine Bahnstation, und der Ort ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln umständlich zu erreichen. Das haben die Ehemaligen auf sich genommen für eine Fahrt in die Vergangenheit. Selbst aus Kanada und aus Schweden war je eine Mitschülerin angereist. Obwohl man allgemein

informiert war, wer am Treffen teilnehmen wollte, war doch das Erscheinen von Margarete aus Ottawa eine große Überraschung; denn sie hatte keine Gelegenheit mehr gehabt, sich zu melden, weil sie erst am Montag Kenntnis vom Treffen erhielt und bereits am Mittwoch, an ihrem 50. Geburtstag, mit dem vorletzten Ticket für diese Woche in der Maschine zum Flug nach Deutschland saß. Sie kam schon einen Tag früher an und war der erste Gast im Haus.

Nachdem eine westfälische Kreiszeitung einen Bericht über das Treffen und das Konfirmandenbild veröffentlichte, konnte dadurch eine Verbindung mit einer Mitschülerin hergestellt werden, die es natürlich sehr bedauerte, nicht dabeigewesen zu sein.

Wir reisten mit den Wünschen ab, daß es ein Wiedersehen mit allen in einigen Jahren geben möge und dann auch die Schülerinnen dabei sein können, die jetzt verhindert waren. Mögen dann auch unsere Mitschülerinnen, die in der „DDR“ wohnen, Gelegenheit finden, das große Wiedersehen mitzuerleben.

Gerda Virzins

Innenminister Genscher gratuliert Prof. Dr. Gause

Zu denen, die am vergangenen Wochenende dem Königsberger Historiker und Stadtvertreter Prof. Dr. Fritz Gause zur Vollendung des 80. Lebensjahres gratulierten, gehörte auch Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher. Sein Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Zu Ihrem 80. Geburtstag übermittle ich Ihnen meine besten Wünsche. Ich verbinde sie mit meinem Dank für die in einem langen Leben erbrachten Leistungen für Ihre ostdeutsche Heimat. Mit Ihrem Werk über die Geschichte Königsbergs haben Sie Ihrer Vaterstadt und der deutschen Kulturleistung im Osten ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt. Von der vorurteilsfreien Weite Ihres Blicks zeugt auch Ihr Buch „Die deutsch-slavisches Schicksalsgemeinschaft“, für das der Dehio-Preis Träger besonderer Anerkennung verdient. Ich wünsche Gesundheit und Schaffenskraft für Ihr Wirken und grüße Sie an Ihrem Ehrentage herzlich.“

Hans-Dietrich Genscher
Bundesminister des Inneren

*

Von der Anerkennung, die Prof. Gause über den ostpreußischen Rahmen hinaus genießt, zeigte auch die viertelstündige Sendung „Ein getreuer Chronist Ostpreußens“, die das II. Programm des Westdeutschen Rundfunks dem Jubilar am vergangenen Montag um 16.15 Uhr widmete.

Schröder-Reise

In Warschau Briefe überreicht

Der Leiter des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Gerhard Schröder, hat anlässlich seines Besuches in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und in Polen dem polnischen Außenminister Olszowski eine Sammlung von mehreren Dutzend Briefen überreicht, die ihm vor seiner Reise aus dem ganzen Bundesgebiet von Bürgern zugegangen waren. Die Angehörigen im polnischen Machtbereich haben. Wie der Warschau-Korrespondent des Bonner General-Anzeigers berichtet, trat in dem Gespräch zwischen Schröder und Olszowski die „Ostpolitische Alternative“ der Union deutlich zutage, die schon bei den Besuchen Barzels und Höchels in Warschau angekündigt war: Die Union will den Anspruch auf die Wiedervereinigung Deutschlands mit mehr ostentativem Nachdruck geltend machen, um die „deutsche Frage“ in Bewegung zu halten. Durch die Akzentuierung einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland will sie diese „politische Frage“ für die polnische Führung interessant machen.

Bernsteinmuseum im Leuchtturm von Kahlberg

Danzig — Im Leuchtturm bei Kahlberg auf der Frischen Nehrung wurde, wie die Zeitung „Trybuna Opolska“ meldet, ein Bernsteinmuseum eröffnet. Besucher dieses einsam gelegenen Leuchtturm-Museums werden zugleich von der Aussichtsplattform sowohl die Danziger Bucht als auch das Frische Haff mit dem gegenüberliegenden ostpreußischen Ufer bei Tolkmitt betraachten können. Diese Attraktion werde sicherlich viele in- und ausländische Touristen auf die Frische Nehrung locken. jon

Neue Straßenbrücke über die Weichsel

Danzig — Eine seit zwei Jahren gebaute Straßenbrücke über die Weichsel bei Käsemark wurde, wie Radio Warschau meldet, am 20. Juli eröffnet. Seit der Zerstörung der alten Brücke gegen Ende des Zweiten Weltkrieges hatten an dieser Stelle polnische Pioniere jeweils für die Sommermonate eine Pontonbrücke errichtet. Im Winter jedoch mußte die Pontonbrücke wegen starken Eistreibens auf der Weichsel demontiert und der Straßenverkehr zwischen Danzig und Elbing dann über Dirschau-Marienburg umgeleitet werden. Über die neue Brücke rollt nunmehr der gesamte Verkehr auf der E 81 zwischen Danzig und Warschau. jon

Fünf Meistertitel für die Ostdeutschen

Heide Rosendahl mit dem Rudolf-Harbig-Preis ausgezeichnet

Im Berliner Olympiastadion kamen die deutschen Leichtathletikmeisterschaften zum Austrag. Wie meist nach olympischen Jahren gab es nur wenige Klasseleistungen, da der Trainingseifer nachgelassen hat und bewährte Athleten wie auch der Exeuropameister und Vorjahresmeister über 1500 m Bodo Tümmler (29), Thörn/Charlottenburg, vom Leistungssport zurückgetreten ist. Auch von den meist um die 50 ostdeutschen Meisterschaftsteilnehmern waren diesmal nur etwa 20 am Start. Der starke Wind störte vor allem die Läufer, und die Zuschauerkulisse mit je 15 000 an den beiden Entscheidungstagen war gegen frühere Jahre unbefriedigend.

Das Abschneiden der Ostdeutschen war recht gut, wenn auch durch die Ausfälle des ostpreußischen Olympiasiegers (50 km Gehen) Bernd Kannenberg (30), Königsberg/Fürth, im 20 km Gehen und des Europarekordmannes im Weitsprung (8,35 m) Josef Schwarz (32), Sudetenland/München, auf weitere Meistertitel oder gute Placierungen verzichtet werden mußte. Mit fünf Meistertiteln konnte man trotzdem sehr zufrieden sein. Sie fielen an Elfgard Schittenhelm (25), Sudetenland/Berlin, die sich bei den Olympischen Spielen in München verletzte. Sie gewann die 100 m wie schon zweimal zuvor in 11,4 Sek. und war die schnellste der Berliner OSC-Staffel, die mit 45,2 Sek. Meister wurde.

Mit einer deutschen Jahresbestleistung verteidigte Ameli Koloska (28), Zoppot/Mainz, ihren Meistertitel im Speerwerfen mit 57,14 m, und auch für Klaus-Peter Hennig (26), Tappau/Leverkusen, gab es mit neuer deutscher Jahresbestleistung von 63,06 m den Meistertitel im Diskuswerfen. Die zweifache Olympiasiegerin (Weitsprung und Staffel) Heide Rosendahl (26) konnte mit nur geringen Trainingsmöglichkeiten ihre Titel nicht erfolgreich verteidigen und wurde im Weitsprung mit für sie mäßigen 6,25 Metern Zweite, ebenso als Schlußläuferin der TuS Leverkusen 4 x 100-m-Staffel in 45,4 Sek. Die junge Marlies Koschinski (20), Ostpreußen/Leverkusen, wurde Dritte über 100 m Hürden in 13,7 Sek. und Vierte in der zweiten Leverkusener Staffel in 45,8 Sek. Einen vierten Rang erreichte der Wartheländer Weitspringer Hermann Latzel (31), Dortmund, mit 7,51 m, während Christiane Krause-Osterode über 100 m wie

200 m in 11,7 bzw. 23,6 Sek. nur fünfte Plätze schaffte. Gleichfalls Fünfter wurde Hartmut Bräuer (26), Pommern/Itzehoe, über 5000 m in 14:14,4 Min.

Die sonst so guten ostdeutschen Hochspringer und Speerwerfer enttäuschten. Im Hochsprung war mit 2,05 m Spielvogel-Schlesien als neunter der beste und im Speerwerfen der Wartheländer 80-m-Werfer Struse mit Platz sieben mit 71,56 m. Lutz Philipp, Königsberg/Darmstadt, verteidigte nicht seine 10 000-m-Meisterschaft, da er sich auf die noch längeren Strecken und den Marathonlauf spezialisiert hat. Viel Pech hatten der ostpreußische Meistergeher Kannenberg und der sudetendeutsche Weitspringer Schwarz. Beim 20-km-Gehen erlitt Kannenberg wie schon in München einen Kreislaufkollaps und Schwächeanfall bei 13,5 km und mußte aufgeben.

Sonder-Ehrenpreise erhielten die Doppelsiegerin Elfgard Schittenhelm-Sudetenland sowie der junge Hammerwurfsieger Riehm-Trier mit 73,98 m. Zum Abschluß der Meisterschaften im Olympiastadion wurde Heide Rosendahl in Anerkennung ihrer großen sportlichen Erfolge und ihrer Verdienste um die Leichtathletik mit dem ewigen Wanderpreis, dem „Rudolf-Harbig-Preis“, ausgezeichnet und geehrt. Heide Rosendahl, die Weltrekordinhaberin im Weitsprung mit 6,84 m, die sich eigentlich vorgenommen hatte, ihren Weltrekord nochmals zu verbessern, nahm nun doch schon nach den Meisterschaften Abschied vom Leistungssport. Die Diplomportlehrerin und Dozentin an der Sporthochschule in Köln hat jetzt als Studentin für Innenarchitektur nicht mehr die erforderliche Trainingszeit. Sie kann wohl als erfolgreichste deutsche Leichtathletin mit 41 deutschen Meistertiteln, zwei Gold- und einer Silbermedaille bei Olympischen Spielen, Gold und Bronze bei Europameisterschaften, fünf Weltrekorden und 60 Einsätzen in 34 Länderkämpfen bezeichnet werden. Heide Rosendahl nach ihrer Ehrung auf dem Siegerpodest: „Mit diesem Preis sollen ja Sportler geehrt werden, die dem Sport auch als Persönlichkeit etwas gegeben haben. Und deshalb bin ich stolz auf diese Auszeichnung, besonders jetzt, wo ich aufhöre.“



Vor 35 Jahren: Schülerinnen der Frischbier-Schule 1938 in Königsberg

Foto privat



Vierundzwanzig trafen sich wieder: 1973 im westfälischen Oberkirchen

Rundschau-Foto Hans Mündelet



Helene Kerrutt

geb. Sobotka
* 26. 8. 1884 † 22. 7. 1973
Reinkental, Kreis Treuburg

Nach einem Leben voller Liebe und Fürsorge entschlief meine liebe Mutter und Schwiegermutter, unsere liebe Großmutter, Urgroßmutter, Schwägerin und Tante.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen

Helene Schemionek, geb. Kerrutt
und Kinder

2870 Delmenhorst, Schumannstraße 23

Käte Fleischer

geb. Gryczowski
geb. 20. 1. 1895 gest. 27. 6. 1973
aus Gumbinnen — Königsberg (Pr)

Wir trauern um unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Helga Addicks, geb. Fleischer
Harry Addicks
Harry, Verena und Rainer

2354 Hohenwestedt, Lindenstraße 20, den 27. Juni 1973

Die Beisetzung der Urne fand fern von ihrer geliebten Heimat Ostpreußen in Hohenwestedt statt.

Adolf Sievers

Oberstudiendirektor
der Scharnhorst-Schule Pr.-Eylau

im 92. Lebensjahre heimgerufen.

Wolfgang Sievers
und Frau Dorothea, geb. Böhm
Heinz-Gerhard Rohde-Rohden
und Frau Hildegunt, geb. Sievers
Brigitte Peter, geb. Sievers
Dr. Rudolf Heinrich
und Frau Dietlind, geb. Sievers
9 Enkel und 13 Urenkel

4801 Hoberge-Uerentrop, Ruchfeldweg 111, den 26. Juli 1973

Statt freundlich zugedachter Kranzspenden bitten wir auf Wunsch des Verstorbenen um eine Spende für die Ev. Pfarrgemeinde Rastenborg-Bartenstein/Ostpreußen auf das Konto Nr. 716 480 bei der Kreissparkasse Bielefeld.



Haltet mich nicht auf, denn der Herr hat Gnade zu meiner Reise gegeben. Lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe.
1. Mose 24, 56

Am Sonntag, dem 22. Juli 1973, entschlief nach schwerer, in Geduld ertragener Krankheit unsere liebe, treusorgende Mutti, Schwiegermutter, Omi, Schwester, Kusine, Schwägerin und Tante

Hedwig Jander

geb. Hollstein
aus Rosenort, Kreis Bartenstein, Ostpreußen

im 70. Lebensjahre.

In stiller Trauer:
Adelheid Röhler
und Ehemann Karl-Heinz
Enkelkind Cornelia
Horst Jander
Lothar Jander und Ehefrau Eva
und Angehörige

4933 Blomberg, Am Hänkenberg 5, den 22. Juli 1973

Die Beisetzung fand am Freitag, dem 27. Juli 1973, statt.

Nach kurzem Leiden entschlief am 28. Juli 1973 plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Siegfried Kramer

geb. am 26. 2. 1903 in Schwadenfeld, Kreis Goldap
gest. in 228 Schleswig, Kasseler Straße 3

Wir trauern alle sehr um ihn.

In Liebe und Dankbarkeit

Ilse Stahl, geb. Kramer
Ute Deitert, geb. Kramer
Hans Joachim Stahl
Hermann Deitert
Enkelkinder Thomas, Stefanie
und Lutz

23 Kiel, Lindenallee 19

Was Gott tut, das ist wohlgetan.

Fern ihrer geliebten Heimat nahm Gott der Herr heute plötzlich und unerwartet meine liebe Mutter und Schwiegermutter, unsere gute Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Margarete Schwark

geb. Bannaschewski
aus Thurau, Ostpreußen

zu sich in die Ewigkeit.

Sie starb im Alter von 74 Jahren, versehen mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche.

In stiller Trauer
Helmut Schwark und Frau Dorothea
geb. Haschke
Matthias und Gabriele als Enkelkinder
und alle Anverwandten

475 Unna, Danziger Straße 3 a, den 1. August 1973

Trauerhaus: Vinckestraße 20

Meine treue Lebensgefährtin in guten wie in bösen Zeiten, unsere gute Mutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante ist heute nach langer Krankheit im Alter von 69 Jahren von uns gegangen.

Herta Raehs

geb. Buettler
Henschkischen, Kreis Pillkallen

Kurt Raehs
Sabine Raehs
Urte Großmann, Rangendingen
Carl Raehs, Südwestafrika
Lisbeth Butt, Belsen

7406 Mössingen, Talstraße 16, den 3. August 1973

Die Beisetzung hat am 6. August 1973 in Mössingen stattgefunden.

Fern der Heimat muß ich sterben, die ich, ach, so sehr geliebt, doch ich bin jetzt hingegangen, wo es keinen Schmerz mehr gibt.

Nach langem, mit Geduld getragenen, schwerem Leiden entschlief am 20. Juli 1973 mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwager und Onkel

Landwirt

Gottlieb Adamzik

aus Bärengrund und Woinassen in Ostpreußen
im 80. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Gertrud Adamzik, geb. Karaschewski
Ingrid Adamzik
Helmut Adamzik und Familie
Gottfried Adamzik und Familie
und alle Angehörigen

2301 Ralsdorf über Kiel, Bahnhofstraße 2

Die Trauerfeier fand am 25. Juli 1973 in der Kirche Ralsdorf statt.

Ich weiß, daß mein Erlöser lebt.
Hilob 19, 25

Nach langer Krankheit ist mein lieber Lebensgefährte, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, Schwager und Onkel

Emil Losch

aus Lötzen (Ostpreußen)
heute im 78. Lebensjahre heimgegangen.

In stiller Trauer
Elisbeth Losch, geb. Broese
Siegfried Losch u. Frau Ute, geb. Riebow
USA
Siglinde Kuczmajno, geb. Losch,
und Familie, Polen
Klaus-Dieter Losch und Frau Sigrid,
geb. Wolter, Solingen
Hartmut Losch und Frau Rita, geb. Stöver
Burscheid
Ilse Losch
12 Enkel und 2 Urenkel
sowie alle Anverwandten

242 Eutin, Charlottenstraße 6 a, den 28. Juli 1973

Die Trauerfeier fand am 1. August 1973, 11 Uhr, in der Friedhofskapelle Eutin, Plöner Straße, statt.

Unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Vorlauf

geb. Stein
* 31. 8. 1895 in Jodeglienen
† 26. 7. 1973 in Rhaderelstedt

wurde von ihrem schweren Leiden erlöst.

In stiller Trauer
Johann Garms und Frau Erna, geb. Vorlauf
Erich Mundt und Frau Ida, geb. Vorlauf
und Enkelkinder

2149 Rhaderelstedt über Zeven

Die Beerdigung fand am 30. Juli 1973 in Rhaderelstedt statt.

Nach einem erfüllten Leben verstarb am 29. Juli 1973 plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere liebe Mutti, Schwiegermutter und Omi

Auguste Riemann

geb. Kinder
* 18. 4. 1896 † 29. 7. 1973
aus Mühlhausen, Kreis Pr.-Eylau

In tiefer Trauer
Franz Riemann
Familie Alfred Riemann
Familie Helmuth Haacke

2263 Horst, Heimstraße 22

Nach längerer Krankheit entschlief unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Fritz Reinhardt

* 23. 9. 1893 in Gumbinnen † 24. 7. 1973 in Berlin Ost
zuletzt wohnhaft in Tilsit, Deutsche Straße 52

In stiller Trauer
Familien
Ulrich Reinhardt, Berlin West
Erich Reinhardt, Friesoythe
Bruno Reinhardt, Kayhauserfeld

1 Berlin 13, Hoka III, Str. P Nr. 2, August 1973

Nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden ist am 20. Juli 1973 mein lieber Mann, unser Vater, Schwiegervater und Onkel

Erwin Springer

aus Königsberg (Pr)-Ponarth

im 67. Lebensjahre fern seiner geliebten Heimat entschlafen.

In stiller Trauer
Gertrud Springer, geb. Przytulla
Lieselotte Bath, geb. Springer
Jürgen Bath
und alle Anverwandten

1 Berlin 47, Bruno-Tant-Ring 19 a

Die Trauerfeier fand am 27. Juli 1973 auf dem Parkfriedhof in Britz statt.

Am 18. Juli 1973 verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Oma und Uroma

Friederike Marzinowski

geb. Latossek
aus Milussen, Kreis Lyck, Ostpr.

im gesegneten Alter von 85 Jahren.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Wilhelm Marzinowski
3036 Bomlitz, Breslauer Str. 3

Die Beerdigung fand am 22. Juni 1973 in Stralsund statt.

Am Fuße der breiten Treppe, die vom Ehrenmalhof in die Neue Reichskanzlei führt, stand der Chef der Präsidialkanzlei, Staatsminister Dr. Meißner, in dunkelblauer Diplomatenuniform, und begrüßte den Volkskommissar Molotow, der von dem stellv. Außenminister Dekanosow begleitet war. Im Ehrenhof war ein Zug der Leibstandarte „Adolf Hitler“ angetreten, um dem sowjetischen Gast die militärischen Ehren zu erweisen.

Drinnen, in der Reichskanzlei, hatte sich Hitler auf das Gespräch mit seinem Besucher aus Moskau vorbereitet. Sein Außenminister von Ribbentrop, die einzige Prominenz in der NS-Führung, die engen persönlichen Kontakt mit der sowjetischen Spitzengarnitur gehabt hatte, hatte gelegentlich seines Besuches im Kreml berichtet, er habe sich „wie unter alten Parteigenossen gefühlt“. Hitler war bekannt, was der russische Außenminister am 31. 8. 1939 vor dem Obersten Sowjet über die Verhandlungen mit den Westmächten und den Pakt mit Deutschland ausgeführt hatte. Vor etwas mehr als einem Jahr nämlich sagte Außenminister Molotow:

„Aber all dies beweist die hoffnungslose Ohnmacht der Feinde des Paktes, die sich mehr und mehr als Feinde der Sowjetunion als auch Deutschlands enthüllen und die nur bestrebt sind, Krieg zwischen diesen Ländern zu provozieren.“

Wir können verstehen, daß diese Politik von reinen Imperialisten verfolgt wird. Aber wir können nicht über diese Tatsache hinwegsehen, daß gewisse Führer der sozialistischen Parteien Großbritanniens und Frankreichs einen ganz ungewöhnlichen Eifer in dieser Hinsicht entfalten. Diese Herren sind so aufgereggt, daß sie aus dem Gleise geraten sind. Diese Leute verlangen, daß sich die UdSSR ohne Zögern an der Seite Großbritanniens in einen Krieg gegen Deutschland stürzen sollte. Haben diese rasenden Kriegstreiber ihre Vernunft verabschiedet?

Am 18. Juni 1940, als die französische Niederlage besiegelt war, so schreibt Churchill in seinen Erinnerungen, habe Molotow den deutschen Botschafter v. d. Schulenburg in sein Bureau berufen und ihm „die wärmsten Glückwünsche der Sowjetregierung zu dem prachtvollen Erfolg der deutschen Streitkräfte“ ausgesprochen. Und nun war dieser Molotow in Berlin.

Wer war Molotow?

Das Auswärtige Amt hatte für die nun anstehende Unterredung für Hitler eine Aufzeichnung verfaßt, die sich auf die Persönlichkeit seines Gastes bezog. Darin hieß es:

„Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow wurde in einem Dorf des Gouvernements Wjatka am 9. März 1890 als Sohn eines Handlungsgehilfen geboren. Er heißt mit richtigem Namen Skrijabin. Das Pseudonym Molotow bedeutet etwa Hämmerer oder Hammerschwinger. Er besuchte die Oberrealschule von Kasan. Schon 1905 schließt er sich der damals ausbrechenden ersten revolutionären Bewegung an. 1906 tritt er als Mittelschüler der sozialdemokratischen Organisation in Kasan bei und gründet eine Reihe illegaler Schülerorganisationen. Außerdem organisiert er Geldsammlungen für politische Gefangene und Verbannte. Im April 1909 wird er kurz vor seinem Abitur verhaftet und auf zwei Jahre in Gouvernament Wologda verschickt, wo er dann als Externer sein Abitur macht.“

1911, nach Ablauf seiner Verbannungsfrist, reist er nach Petersburg und besucht dort die Technische Hochschule. Hier nimmt er die revolutionäre Arbeit unter der Studentenschaft wieder auf und bemüht sich vor allem, durch gleichgesinnte Kommilitonen die revolutionären Gedanken in die Arbeitermassen hineinzutragen. 1912 arbeitet er in den bolschewistischen Zeitungen „Swesda“ und „Prawda“ mit. Als Redaktionssekretär der „Prawda“ führt er den Schriftwechsel mit dem Auslandszentrum der Bolschewistischen Partei und persönlich mit Lenin. Aus jener Zeit datiert auch seine Bekanntschaft mit Stalin. 1913 wird Molotow bei der Liquidation des „Vereinigten Sozialdemokratischen Studenten-Komitees“ verhaftet und aus Petersburg ausgewiesen.

Bei Beginn des Weltkrieges befindet sich Molotow wieder in Petersburg. Als Anhänger der Leninschen Theorie über den Krieg und die Revolution bekämpft er die chauvinistischen Strömungen in den Arbeiterorganisationen. 1915 wird Molotow nach Sibirien verbannt, jedoch gelingt es ihm bereits 1916, aus der Verbannung zu entfliehen. Im Herbst 1916 wird er Mitglied des russischen Zentralkomitees der Bolschewisten, das unter der Führung von Lenin steht. Die Oktoberrevolution macht er als Mitglied des Petersburger Kriegsrevolutionskomitees mit.

1920 wird Molotow zum Sekretär der Parteizentrale der Sowjetukraine gewählt. Von



Molotow im Gespräch mit Hitler in der Reichskanzlei: starre Fronten

Foto Ullstein

1921—1930 ist er als Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Stalins rechte Hand. Seit 1924 ist Molotow Mitglied des Politbüros, der höchsten Parteispitze. 1930 wird er als Nachfolger Rykows zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion ernannt. Nach der Kaltstellung Litwinows übernimmt er im Mai 1939 zugleich auch das Amt des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten.

Der 50. Geburtstag Molotows am 9. März 1940 wurde in der gesamten Sowjetunion feierlich begangen. Molotow wurde für „herausragende Verdienste um die Organisation der Bolschewistischen Partei und die Schaffung und Festigung des Sowjetstaates“ mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. Die Stadt und das Gebiet von Perm wurden in „Molotow“ umbenannt. Zwei Kriegsschulen und eine Fabrik erhielten gleichfalls den Namen Molotow. Bei den zahlreichen an Molotow gerichteten Begrüßungen wurde er als treuer Schüler Lenins und Stalins bezeichnet, der sein Leben lang der Sache der Arbeiterklasse gedient und die Fahne des Sozialismus stets hochgehalten habe . . .

„ . . . Mit der Ernennung Molotows zum Außenkommissar hat Stalin gleichsam selbst die Leitung der Außenpolitik übernommen . . .“

Hitler wußte also, daß sein Besucher sozusagen ein Bolschewik der ersten Stunde war und nun sollte er erfahren, daß der Gast von der Moskwa weder durch die weiten Hallen der Reichskanzlei noch durch das zur Schau getragene militärische Gepräge irgendwie beeindruckt war. Molotow, der ihm als zögernd und zurückhaltend, mitunter stotternd, geschildert worden war, erwies in Berlin sich als ein zäher Verhandlungspartner, der völlig unbeeindruckt nach den ihm offensichtlich von Stalin gegebenen Weisungen handelte. Jedenfalls hat der Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, in seinem Buch „Statist

auf politischer Bühne“ seine Hochachtung vor Molotow bekundet, von dem er sagt, er habe keinen ausländischen Staatsmann erlebt, der mit Hitler unbefangen und zielbewußt verhandelt habe.

Dieser Molotow saß nun Hitler in dessen Arbeitszimmer in der Reichskanzlei gegenüber. Nach der Begrüßung beschäftigte sich Hitler zunächst mit der Situation des kriegsführenden Reiches, das gezwungen gewesen

stellen, zum mindesten in Ostasien werde sie ihre Ansprüche selbst bestimmen können. Generell war das Thema jedoch Hitler weniger sympathisch. Hatte er doch geglaubt, mit Molotow anders klar zu kommen. Ein Luftalarm, der die Gespräche unterbrach, dürfte Hitler daher nicht ungelogen gekommen sein. Als der sowjetische Außenkommissar später die Reichskanzlei verließ, bemerkte er immerhin beim Ab-

Ein Pakt zerbricht

Vorgeplänkel zum folgenschweren 13. November 1940 (III.)

sei, in Gebiete einzudringen, an denen keinerlei politisches, sondern nur ein wirtschaftliches Interesse bestünde. Dabei erheischte Hitler Verständnis dafür, daß das Reich während des Krieges den Balkan nicht preisgeben könne. Er wünschte von Molotow zu erfahren, wie sich die Sowjetunion die Sicherung ihrer Interessen im Schwarzen Meer und der Meerengen vorstelle, wobei er hinzufügte, das Reich sei bereit, der Sowjetunion zu helfen, eine Verbesserung des Meerengenregimes durchzusetzen.

Nach Hitlers Darlegungen war es sein Ziel, durch eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse zu verhindern, daß aus diesem Krieg ein neuer Krieg entstehen könnte. Er sprach von der Notwendigkeit eines Friedensschlusses mit England und von einer Kombination von Mächten, . . . „die unter nüchterner Beurteilung der Realitäten ihre Interessengebiete untereinander festzulegen hätten und sich der anderen Welt gegenüber unter entsprechenden Bedingungen behaupten würden.“

Asien, und in welcher Weise würde die Sowjetunion mit eingeschaltet? . . . Außerdem seien Fragen bezüglich der russischen Balkan- und Schwarzmeerinteressen hinsichtlich Bulgariens, Rumäniens und der Türkei zu klären. Es würde für die russische Regierung leichter sein, konkret zu den vom Führer aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, wenn sie die soeben erbetenen Erläuterungen erhalten könnten. Sie interessiere sich für die Neuordnung in Europa und außerdem besonders auch für das Tempo und für Form dieser Neuordnung. Auch sie würde gern eine Vorstellung über die Angrenzungen des sogenannten ostasiatischen Raumes haben.“

Molotow hatte in der Tat heiße Eisen angepackt und Hitler war von dem Lauf, den das Gespräch genommen hatte, alles andere als begeistert. Er sprach von seiner Anti-England-Koalition, die er zustandebringen wollte. Dabei sei das deutsch-russische Verhältnis keineswegs das schwierigste Problem. Er habe auch nicht die Absicht, die Sowjetunion vor vollendete Tatsachen zu

schied, eine Teilnahme Rußlands am Dreimächtepakt sei keineswegs ganz abwegig. Voraussetzung jedoch sei, daß die Sowjetunion als Partner mitwirken könne und nicht als Objekt eines solchen Paktes gedacht sei.

Dieses erste Gespräch war wirklich nur ein erstes Vorgeplänkel gewesen, doch Hitler muß zu dieser Stunde erkannt haben, daß seine Taktik keinen Erfolg haben konnte und er Molotow zu den von diesem angeschnittenen Problemen klare Auskünfte geben mußte. Vor allem hatte Hitler den Worten Molotows entnommen, daß Stalin den bisherigen Pakt nicht für ausreichend ansah und erwartete, daß die bisherigen Vertragsbestimmungen durch andere, weitergehende ersetzt würden. Angesichts der militärischen Situation konnte das nur bedeuten, daß die Sowjetunion nun von Deutschland ein weiteres Entgegenkommen hinsichtlich der eigenen politischen Vorstellungen und Absichten erwartete.

Am Abend dieses Tages gab Außenminister von Ribbentrop im Berliner Hotel „Kaiserhof“ zu Ehren des sowjetischen Gastes einen Empfang. Das Fernbleiben Hitlers sollte nicht bereits als eine Reaktion auf das erste Gespräch angesehen werden. Vielmehr dürften protokollarische Gründe maßgebend gewesen sein. Am anderen Vormittag, dem 13. November 1940, stattete Molotow dem Reichsmarschall Hermann Göring und dem „Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, Höflichkeitsbesuche ab.

Im Schloß Bellevue, das als Gästehaus der Reichsregierung diente und dem sowjetischen Gast für die Dauer seines Aufenthaltes zur Verfügung gestellt war, bereitete sich Molotow auf das entscheidende Gespräch mit Hitler vor, das im Anschluß an ein Frühstück vorgesehen war, zu dem Hitler führende Vertreter von Staat, Wehrmacht und Partei eingeladen hatte und an dem auch die Begleitung Molotows teilnahm. Etwa zwei Stunden dauerte dieses gemeinsame Essen. Dann begaben sich Hitler mit Ribbentrop und dem Dolmetscher Dr. Schmidt, Molotow mit seinem Dolmetscher Pawlow in Hitlers Arbeitszimmer.

Es war am 13. November 1940, gegen 15 Uhr, als die folgenschwere Unterredung begann, mit der der Bruch des Paktes vom August 1939 eingeleitet wurde.

Wird fortgesetzt